



Angela Merkel: Zeit für Taten. Zeit für den **Wechsel**

„Sie waren toll!“ Mit diesem Zuruf bedankte sich die Parteivorsitzende im Schlusswort bei den Delegierten des 15. Parteitags und forderte zum engagierten Kampf um den Regierungswechsel auf.

Angela Merkel: „Dieser Parteitag ist ein Signal der Geschlossenheit und der Kampfbereitschaft. Gehen sie hinaus und scheuen Sie sich nicht, auch harte Dis-

kussionen zu führen. Wir müssen den Menschen klar machen, dass wir mehr aus Deutschland machen können als Rot-Grün.“

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten das Regierungsprogramm 2002–2006 von CDU und CSU. In einem symbolischen Akt unterzeichneten Angela Merkel und der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, das Programm.

UD

Leistung und Sicherheit.



Regierungsprogramm 2002–2006

Zeit für Taten.
CDU CSU

<http://>
Wortlaut des
Parteitagsbeschlusses:
[www.cdu.de/
regierungsprogramm](http://www.cdu.de/regierungsprogramm)



■ Edmund Stoiber: Tragen Sie die Stimmung der Zuversicht und des Aufbruchs zu den Menschen in Deutschland. Rede des Kanzlerkandidaten von CDU und CSU. Seite 23–34



■ Laurenz Meyer: Die gesamte CDU muss kämpfen – bis zum 22. September 18 Uhr. Bericht des Generalsekretärs. Seite 35–49



■ Friedrich Merz: Die Bundestagsfraktion kämpft um die Ablösung von Rot-Grün. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seite 50–62



■ Helmut Kohl: Vom 17. Juni 1953 zum 17. Juni 2002 – Vom Volksaufstand zur europäischen Einigung. Rede des Bundeskanzlers a. D. Seite 63–67



■ Pressestimmen: Geschlossen. Kampfkärtig. Selbstbewusst. Zuversichtlich. Es herrscht wieder Wechselstimmung im Land. Seite 68–69

Zeit für Taten



15. Parteitag
der CDU
16.–18. Juni
2002
in Frankfurt
am Main

ANGELA MERKEL:

Mit der Mehrheit der Deutschen verbindet uns **ein Wille**: Es ist Zeit für Taten

■ Noch 97 Tage bis zur Abwahl von Rot-Grün. ■ Noch 97 Tage bis zum Wechsel für eine bessere Politik in Deutschland. Noch 97 Tage, bis Edmund Stoiber Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ist.

Wir wenden uns heute von diesem Parteitag in Frankfurt an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und sagen ihnen: Wir, die Union aus CDU und CSU, sind bereit, die Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Wir, die Union aus CDU und CSU, treten an, diese Regierung des Misserfolgs abzulösen. Wir treten an, um mit einer besseren Politik dieses Land wieder nach vorne zu bringen. Wir treten an, um nach den vielen enttäuschten Erwartungen der letzten Jahre den Menschen wieder das zu geben, was sie verdient haben.

■ Das ist eine ehrliche Politik, die nicht mehr verspricht, als sie halten kann.

■ Das ist eine tatkräftige Politik, die Rat- und Hilflosigkeit nicht mit

Bericht der Parteivorsitzenden



Angela Merkel auf dem
15. Parteitag der CDU
in Frankfurt am Main
am 17. Juni

dem Wort von der ruhigen Hand kaschiert.

■ Das ist eine sozial gerechte Politik, die die Gesellschaft zusammenhält, statt einzelne Gruppen dauernd gegeneinander auszuspielen.

■ Das ist eine zukunftsgerichtete Politik, die nicht einfach nur das Hier und Jetzt verwaltet, sondern die die Chancen von morgen in den Blick nimmt.

Wir treten an, um der Politik in Deutschland wieder Maß und Mitte, Kompetenz und Orientierung zu geben. Wir laden alle dazu ein, die-

ses Werk mit uns gemeinsam in Angriff zu nehmen – auch und ausdrücklich diejenigen, die nicht schon aus Tradition bei uns sind und deren Hoffnungen und Erwartungen von Rot-Grün so schwer enttäuscht wurden. Wir setzen diesen Enttäuschungen Optimismus und Tatkraft entgegen. Wir, die Union aus CDU und CSU, werden eine Politik machen, die wieder Zuversicht gibt und die die Kräfte unseres Landes, die Talente, den Fleiß sowie die Leistungsfähigkeit seiner Menschen neu weckt – die einfach Deutschland wieder nach vorne bringt.

Liebe Freunde, was immer die rot-grüne Regierung an Details in der Politik falsch gemacht hat – da kann man ihr eine ganze Menge vorzuwerfen -: Unser zentraler Vorwurf an Schröder und seine Leute lautet, dass sie nicht in der Lage sind, die schöpferischen Kräfte, die es in Deutschland gibt, die Leistungsfähigkeit, die Leistungsbereitschaft, die Talente und den Fleiß der Menschen zur Entfaltung kommen zu lassen. Sie können es

nicht, weil sie den Menschen im Grunde nichts zutrauen. Sie können es nicht, weil sie den Einzelnen, den ganz normalen Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, aus den Augen verloren haben. Das ist der Vorwurf, den man ihnen machen muss. Deshalb müssen sie abgelöst werden.

Die Zeit von Rot-Grün ist einfach abgelaufen

Es ist die Wahrheit: Schröder und das rot-grüne Projekt hatten ihre Chance. Die Wahlentscheidung vor vier Jahren war klar und eindeutig. Sie war im Übrigen für uns bitter. Aber es gab Gründe dafür. Wer wollte das bestreiten? Vielen erschien es damals als der Beginn einer langen Ära von Rot-Grün. Vieles sollte moderner, leichter, schöner und besser werden. „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“, sagt der Dichter. Dieser Zauber ist längst verflogen. Ernüchterung, ja Enttäuschung haben sich breit gemacht. Längst ist offenkundig geworden: Rot-Grün hat seine Chance nicht genutzt. Die Bilanz ist enttäuschend. Die Koalition ist verbraucht; die Luft ist heraus. Die Zeit von Rot-Grün ist einfach abgelaufen.

Man spürt ja, dass man das in der SPD genauso sieht. Lafontaine, der heimliche König in den Herzen vieler Sozialdemokraten, sieht angesichts der sozialdemokratischen Politik, wie überall die Wut wächst, während sich Schröder tapfer einredet, der Mut wächst. „Mut – wo zu?“, möchte man fragen. In den Kulissen tobt schon der Kleinkrieg. Gabriel stänkert gegen Müntefering; Müntefering keilt zurück. Stolpe wird zusammengefaltet, weil er ausplaudert, dass man auch im SPD-Präsidium Rot-Grün längst abgeschrieben hat, als Auslaufmodell behandelt und sich letztlich in eine Große Koalition retten will. Schröder wäre dann weg vom Fenster. Er könnte nur dann Kanzler bleiben, wenn die PDS ihm dazu verhilft. Gysi hat seine Dienste – wie immer – schon angeboten. Lassen wir uns nicht einlullen: Wenn sich die Möglichkeit dazu ergibt – Berlin hat es gezeigt –, werden sie es so machen. Liebe Freunde, wir werden aber verhindern, dass sie es so machen können.

Wir sind nicht der Rettungsanker zur Verlängerung von SPD-Karrieren. Uns geht es nicht um Koalitionsspielereien und Pöschenschachereien. Uns geht es um eine andere, eine bes-

sere Politik für Deutschland. Deshalb braucht Deutschland am 22. September den Wechsel.

Der Wahlsieg ist noch nicht unter Dach und Fach

Wir spüren, dass die Chancen gut stehen. Aber hüten wir uns vor Übermut! Jedes Spiel muss erst gespielt werden. Der Wahlsieg ist noch nicht unter Dach und Fach. Es liegen noch Wochen harter Arbeit und Überzeugungsarbeit vor uns. Aber das Ziel ist in Sichtweite. Wir haben uns beharrlich herangearbeitet, manchmal auch auf Umwegen. Was lange Zeit völlig außerhalb jeder Vorstellung lag, ist jetzt greifbar nahe.

Viele haben daran mitgearbeitet, dass wir so weit vorangekommen sind und dass wir uns zielstrebig und in großer Geschlossenheit dorthin vorgekämpft haben, wo wir heute stehen.

- Ich nenne stellvertretend Wolfgang Schäuble als meinen Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden.
- Ich nenne Friedrich Merz als Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
- Ich nenne Edmund Stoiber, unseren gemeinsamen Kanzlerkandidaten.

an der Spitze unserer Schwesterpartei.

Es war nicht immer leicht für uns in den zurückliegenden Jahren. Es schmerzt – das ist keine Frage –, wenn man erkennen muss, dass man nicht immer alles richtig gemacht hat und dass Fehler gemacht wurden, die wir jetzt korrigieren müssen. Es ist nicht bequem, wenn auch eigene Positionen und Argumente auf den Prüfstand zu stellen sind und verändert werden müssen, wenn sie der Überprüfung nicht mehr stand halten.

■ Wir alle spüren, wieviel Hoffnung wieder in die Union gesetzt wird

Aber, liebe Freunde, wir sind diesen Weg gegangen. Es kann uns mit tiefer Genugtuung erfüllen, wenn wir heute feststellen: Diese Arbeit war richtig, sie hat Früchte getragen. Wir alle spüren, wie viel Hoffnung und wie viel Zutrauen wieder in die Union gesetzt werden. Das macht uns Mut, das spornst uns an, das gibt uns Kraft. In diesem Sinne arbeiten wir weiter.

Und die SPD? Die SPD ist in einem „kläglichen“ Zustand: programmatisch ausgezehrt, politisch ausgelaugt, personell ausgeblu-

tet“. Das sagen nicht wir, das schreibt der „Stern“. Da muss man einmal sagen: Wo er Recht hat, hat er Recht, was die Sozialdemokraten anbelangt.

Deshalb sind bei den Sozialdemokraten auch alle so nervös, so verkniffen und so aggressiv. Dort spürt man natürlich die wachsende Enttäuschung und auch die Entfremdung der Wähler. Man kennt die Stimmung an der Basis. Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter, selbst SPD-Mitglied, charakterisiert diese Stimmung als „verzagt, verunsichert und kleinmütig“, weil die Mitglieder an der Basis – so ist es – „nicht wissen, warum sie sich für das einsetzen sollen, was die Regierung in Berlin macht“.

Das, liebe Freunde, ist für uns kein Grund zur Hämme und auch kein Grund dafür, dass wir übermütig werden. Allerdings sage ich auch: Mein Mitgefühl hält sich in Grenzen. Liebe Freunde, wenn man sich einmal überlegt, wie uns die Sozialdemokraten in dieser Legislaturperiode behandelt haben, wie Müntefering und Co. nicht zu feige waren, immer wieder unwahre Behauptungen aufzustellen! Ich kann dem Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten nur eines sagen:

■ **Kümmern Sie sich um Saarbrücken**, darum, dass sein Oberbürgermeister, der verurteilt ist und am Amt klebt, dort endlich wegkommt!

■ **Kümmern Sie sich um Schleswig-Holstein**, wo eine Ministerpräsidentin vor sich hinmauscheilt und erst ein Untersuchungsausschuss die Wahrheit an den Tag bringen muss!

■ **Kümmern Sie sich um Nordrhein-Westfalen**, wo Politik wirklich käuflich ist! Das gilt es aufzuklären, Herr Bundeskanzler, Herr Parteivorsitzender. Dann können Sie etwas sagen, wenn es um uns geht. Das müssen wir immer wieder sagen.

■ Die soziale Kluft in Deutschland ist größer geworden

Aber was sollen die Leute der Kampa auch tun? Hochglanzbroschüren und teure Zeitungsanzeigen helfen nicht darüber hinweg, dass die Regierungsbilanz mager ist. Was ist davon geblieben, dass Schröder gesagt hat, er wolle nicht alles anders, aber vieles besser machen? Wo steht denn unser Land heute? Wenn man die Menschen in unserem Land fragt, wie sie die Regierungsarbeit dieser

Bundesregierung bewerten, ist das Ergebnis: Nur 12 Prozent der Deutschen halten das Land heute für wirtschaftlich stabiler als vor vier Jahren. Noch schlechter ist das Ergebnis, wenn es um die soziale Gerechtigkeit geht: 11 Prozent halten die Versprechen von Schröder für erfüllt; die anderen sagen: Die soziale Kluft in Deutschland ist größer geworden. Und das unter einer rot-grünen Regierung! Das ist das Ergebnis desjenigen, der stolz darauf ist, der Genosse der Bosse zu sein.

SPD – das heißt: keine Perspektiven, keine mitreißenden Gedanken

Aber das eigentliche Problem ist, dass zum Ende dieser Regierungszeit nicht nur keine Leistungsbilanz vorliegt, sondern dass auf die Fragen: „Was sind eigentlich die zentralen Projekte? Was will diese Bundesregierung, was will Rot-Grün von 2002 bis 2006 machen?“, Sendepause herrscht. „Die führenden Köpfe der SPD bieten keine Perspektive, die mitreißen könnte, keine interessanten Gedanken“; das schreibt Albrecht Müller. Er war Wahlkampfberater Willy Brandts. Der Mann muss

wissen, was er sagt; denn er hat Willy Brandt damals zum Sieg geführt.

Und Herr Struck sagte neulich so schön: *Unser oberstes Wahlziel ist: Gerhard Schröder muss Kanzler bleiben. Und wir wollen die rot-grüne Koalition fortsetzen.*

Punkt. Aus. Ende. Keine Perspektiven, keine Inhalte, nichts. Unser Mann muss seinen Posten behalten, unsere Minister müssen im Amt bleiben. Das war es. Von der Programmpartei zum Kanzlerwahlverein in neuer Rekordzeit! Respekt, meine Damen und Herren!

Liebe Freunde, diese Herrschaften haben so abgehoben, dass sie gar nicht merken, dass es den Leuten im Zweifel nicht so sehr daran ankommt, wer auf welchem Stuhl sitzt, als vielmehr darauf, wer aus seinem Amt etwas macht, und zwar zum Wohle der Menschen.

Uns geht es um Politik, uns geht es um Kompetenz. Wir setzen auf die Überzeugungskraft der Argumente. Wir setzen auf die größere Tatkraft der Person. Wir haben das bessere Angebot, programmatic und personnel. Und das merken die Menschen. Deshalb gehen wir gelassen und mit Zuversicht dem 22. September entgegen. Kompetenz setzt sich am Ende durch.

Wir haben heute Vormittag des 17. Juni 1953 gedacht. Wir haben Revue passieren lassen, was in dem halben Jahrhundert seitdem passiert ist. Heute geht es um die Lebenschancen für uns alle in einer Welt, die sich dramatisch verändert hat. Sie ändert sich wirtschaftlich und sozial, sie ändert sich politisch. Wir nennen und beschreiben das immer wieder mit dem Wort der Globalisierung. Was ist Globalisierung? Globalisierung ist im Grunde nichts anderes als ein permanenter Vergleichstest der Länder untereinander und miteinander. Dabei geht es nicht um irgendwelche abstrakten Zahlen, sondern ganz konkret um die Lebenschancen von Menschen.

Globalisierung: Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland Nutzen daraus ziehen können

Wir wollen, dass im Zuge der Globalisierung die Menschen in Deutschland eine Perspektive haben und Nutzen daraus ziehen können. Das ist unser Anliegen. Deshalb sind Veränderungen kein Selbstzweck, deshalb sind Veränderungen keine Auswahl von Grausamkei-

ten, sondern Veränderungen sind Verheißen für, dass es den Menschen besser geht und dass wir das Richtige daraus machen.

Wir wollen den Veränderungen eine Richtung geben

Zum Teil haben die Menschen den Eindruck, dass die Politiker gar nichts mehr verändern können, dass sie gar nichts verändern wollen. Deshalb geht es um einen Gestaltungsanspruch. Politik hat die Aufgabe, den Anspruch zu erklären, dass wir die Veränderungen zum Wohle der Menschen gestalten wollen. Wir wollen den Veränderungen eine Richtung geben. Das ist das Anliegen der Christlich Demokratischen Union am Anfang des 21. Jahrhunderts. Deshalb haben wir programmatiche Arbeit nicht als Selbstzweck betrieben.

Deshalb haben wir unser Regierungsprogramm nicht als Selbstzweck entwickelt, sondern haben dieses Regierungsprogramm gemacht, um zu sagen: Jawohl, wir vertrauen in die Chancen der Globalisierung. Wir wissen, dass wir etwas verändern müssen, aber diese Veränderung muss eine Richtung haben, ihr muss Gestalt ge-

geben werden. Das wollen wir gemeinsam anpacken.

Die Sozialdemokraten schreiben neuerdings auf ihre Plakate – ich weiß nicht, ob Sie das gesehen haben –: „Wir tun was für Deutschland.“ Das freut uns sehr, aber es verfehlt das Thema. Es geht nicht darum, irgendetwas für Deutschland zu tun, sondern es geht darum, das Richtige für Deutschland zu tun. Das ist die Alternative am 22. September. Darüber müssen wir mit den Menschen ausführlich sprechen.

Wir tun das Richtige: im Arbeitsrecht, bei den sozialen Sicherungssystemen, bei der Steuer und den Bildungsangeboten. Wir tun das Richtige, um Chancen zu eröffnen und Sicherheit in unserem Leben mit Vielfalt zu ermöglichen. Denn, liebe Freunde, Vielfalt und Unterschiedlichkeit sind das Kennzeichen einer modernen Welt. Wir, die Christlichen Demokraten, wollen diese Vielfalt. Wir wollen keine Politik der Gießkanne und das Gleiche für ganze Gruppen und Schichten, die Einteilung der



Gesellschaft schon vorher und von einer Zentrale ausgedacht. Wir sind froh über die Vielfalt. Das ist unser Verständnis von Freiheit und das leitet uns.

Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten

Deshalb sagen wir von der Familienpolitik über die Sozialpolitik bis hin zu anderen Bereichen: Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, das Leben zu gestalten, aber wir wollen es ihnen nicht vorschreiben. Da liegt der mas-

sive, der eigentliche Unterschied zwischen Rot-Grün und uns Christdemokraten.

Es geht darum, wie wir die Weichen stellen. Der 22. September ist nicht mehr und nicht weniger als eine Weichenstellung für die nächsten zehn Jahre deutscher Politik.

Wir wollen, dass Leistung der Menschen möglich ist, dass sich Leistung lohnt und dass aufgrund dieser Leistung neue Sicherheiten in unserer Gesellschaft entstehen. Genau deshalb heißt unser Regierungsprogramm: „Leistung und Sicherheit“. Dies sind die beiden Schlüsselbegriffe, mit denen wir ins 21. Jahrhundert gehen. Leistung nicht als Selbstzweck, sondern damit Menschen auch im 21. Jahrhundert wieder Sicherheit haben.

■ Wenn wir von Leistungen sprechen, dann wissen wir, dass die Menschen etwas leisten können und dass sie etwas leisten wollen. Das gilt für die Krankenschwester, für den Unternehmer, für die Existenzgründerin, für den Polizisten, für den Facharbeiter und für den Universitätsprofessor – sie alle erbringen ihre Leistung für diese Gesellschaft. Das muss anerkannt werden.

■ Wenn wir von Leistungen sprechen, dann meinen

wir vor allen Dingen, dass sich Leistung wieder lohnen muss. Eines der Urprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft lautet: Wer mehr leistet als der, der weniger leistet, der muss mehr in der Tasche haben. Das ist eine der elementaren Regelungen; ansonsten funktioniert die Gesellschaft nicht.

■ Wenn wir von Leistungen sprechen, dann blicken wir auch auf diejenigen Formen von Leistung, die man nicht einfach in Euro und Cent verrechnen kann, dann reden wir über Eltern, die ihre Kinder erziehen, dann reden wir über Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, dann reden wir über den Wert des Alters; dahinter steht nämlich geleistete Lebenserfahrung. All dies spielt in ihrem Leistungsbe- griff dieselbe Rolle wie die materielle Leistung. Das ist unser Verständnis von Leistung.

Größtmögliches Maß an Entfaltung – größtmögliches Maß an Unterstützung

Die Soziale Marktwirtschaft war immer diejenige Ordnung, in der niemand zurückgelassen wurde. Sie hat sich doch – das ist im globalen Vergleich auch heute

noch erkennbar – als diejenige gesellschaftliche Ordnung herausgestellt, in der die Menschen ein größtmögliches Maß an Entfaltung hatten und in der die Schwächeren gleichzeitig ein größtmöglichstes Maß an Unterstützung bekamen. In der deutschen Politik geht es darum, dass die Menschen die Sicherheit wieder bekommen. Dafür ist es notwendig, dass die Leistungsträger in diesem Lande bleiben und dass sich nicht so viele auswärts bessere Lebenschancen suchen, sodass wir uns anschließend hier, in diesem Lande, über die Verwaltung von nichts unterhalten; denn die Leistungsträger sind alle weg. Diese Aufgabe liegt vor uns; mit ihr müssen wir uns auseinandersetzen.

Der demographische Wandel unserer Gesellschaft erfordert eben ein neues Denken. Wir müssen uns damit auseinander setzen, damit die Älteren weiterhin eine sichere Rente erwarten können, was aber nicht auf Kosten der Jungen geschehen darf. Es muss vielmehr gemeinsam mit der jungen Generation geschehen. Die Christdemokraten waren immer stark, wenn es darum ging, Brücken zu bauen. Brücken zwischen den Generationen zu bauen.

das ist einer der Aufträge im 21. Jahrhundert, damit Sicherheit weiterhin gelebt werden kann.

Sicherheit im umfassenden Sinne für die Menschen ist inzwischen fast eine soziale Frage

Wenn wir von Sicherheit sprechen, dann geht es nicht zuletzt um den Schutz vor Kriminalität und Terror. Sicherheit im umfassenden Sinne für die Menschen in unserem Lande zu schaffen, das ist inzwischen fast eine soziale Frage. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der sich zum Schluss nur noch derjenige Sicherheit leisten kann, der im Taxi fährt, der ein eigenes Auto hat, weil man sich nicht mehr auf die Straße traut und weil man sich nicht mehr traut, den öffentlichen Nahverkehr in Anspruch zu nehmen.

Ich möchte nicht, dass wir anfangen, Bagatelldelikte irgendwie zu verharmlosen. Die Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der es ermöglichen sollte, besser gegen Graffitischmierereien vorzugehen. Rot-Grün belächelt so etwas und nimmt es niemals an. Man kann in Deutschland noch ein Weil-

chen weiter schmieren, aber nicht länger als bis zum 22. September. Dann ist Schluss damit.

Deshalb geht es eben auch darum, dass Polizisten, Bundesgrenzschutzbeamte und Bundeswehrsoldaten bei uns Anerkennung und Achtung bekommen, dass wir sie als Autoritäten sehen und dass wir verhindern, dass sich die Bundeswehr international lächerlich macht, weil sie kein Geld für die Mindestausstattung hat. Es dauert doch „einen armen Hund“ – man muss das einmal sehen –, wenn unsere Soldaten 14 Tage brauchen, um von Deutschland nach Albanien zu kommen und sich zum Schluss in der Ukraine ein Flugzeug leihen müssen. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine anständig ausgestattete Bundeswehr, anständig ausgestattete Polizisten und anständig ausgestattete Bundesgrenzschutzbeamte.

1998 hat Gerhard Schröder – damals noch als Ministerpräsident – eine seiner großen Erklärungen abgegeben, nämlich dass sich diejenigen Ausländer, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, aus Deutschland heraus müssen. Schauen Sie sich doch die Sicherheitspakete von Herrn Schily an.

Wenn es um Worte geht, dann ist Herr Schily stark. Wenn es um die Frage „Welche biometrischen Merkmale kommen in den Ausweis?“ geht, dann schafft er es nicht, dafür zu sorgen, dass ein einfacher Daumenabdruck in den Ausweis kommt; denn weder er noch Rot-Grün noch der Bundeskanzler haben die Kraft, sich in der jeweiligen Partei durchzusetzen, oder weil man es nicht will. Aber egal, was der Grund ist: Es gibt keinen richtigen Schutz vor Kriminalität an diesem Punkt.

Personen, die terroristischer Aktivitäten verdächtig sind, müssen unser Land wieder verlassen

Es ist auch unerklärlich, warum die Bundesregierung zwar erklärt, sie kämpfe gegen den Terror; aber wenn es darum geht, vermeintliche Terroristen auszuweisen, dann kann man nicht auf eine entsprechende Rechtslage zurückgreifen. Das werden wir ändern. Wir werden dafür sorgen, dass diejenigen Personen, die terroristischer Aktivitäten verdächtig sind, unser Land wieder verlassen müssen. Das ist eine ganz simple,

normale Weisheit; es ist ein Teil des Kampfes gegen den Terrorismus.

Liebe Freunde, natürlich haben wir nachgedacht, natürlich haben wir uns weiterentwickelt. Peter Müller hat zusammen mit vielen anderen ein Zuwanderungskonzept entwickelt. Wir sind in die entsprechenden Debatten gegangen. Wir haben nicht gesagt: Wir brauchen kein Zuwanderungsgesetz. Deutschland braucht eine geregelte und gesteuerte Zuwanderung. Unsere Vorschläge dafür lagen auf dem Tisch und unsere Vorschläge dafür werden umgesetzt werden.

Unabhängig davon, was der Bundespräsident demnächst bezüglich der Unterzeichnung des Zuwanderungsgesetzes macht – unterzeichnet er den Gesetzentwurf, dann klagen wir gemeinsam mit den Ländern in Karlsruhe; es ist vollkommen klar, dann wird der Fall geklärt: Wir werden die inhaltliche Auseinandersetzung über die Frage der Zuwanderung führen.

An einem Punkt werden wir diese Auseinandersetzung natürlich intensiv und in ganz besonderer Weise führen: Es gibt 4 Millionen Arbeitslose; angesichts dessen kann es uns nicht kalt lassen, wie man mit diesen Arbeitslosen umgeht und



welche Art von Zuwanderungen wir brauchen. Zuwanderung brauchen wir vielleicht in der Form, dass wir um die besten Köpfe kämpfen; aber wir brauchen mit Sicherheit keine Form von Zuwanderung, die es mit sich bringt, dass mehr Menschen in den einfachen Arbeitsmarkt eintreten, auf dem unsere eigenen Leute nicht richtig ausgebildet umgeschult und wieder eingesetzt werden.

Wir brauchen nicht mehr Zuwanderung, sondern erst einmal die Integration derer, die bei uns leben

Wir werden über Pisa zu diskutieren haben. In diesem Zusammenhang wird sich die Frage der Integration und der Deutschkenntnisse stellen. Ob wir das ansprechen oder nicht: Die Menschen kennen das Pro-

blem. Natürlich wird es unsere Aufgabe sein, dass wir uns vor allen Dingen erst einmal um diejenigen ausländischen Kinder und Jugendlichen kümmern, die heute noch kein Deutsch kennen. Wir brauchen nicht mehr Zuwanderung, sondern erst einmal die Integration derer, die bei uns leben. Das ist unsere Aufgabe und danach muss unser Angebot ausgerichtet sein.

Das Ganze darf aber nicht nach dem Strickmuster von Rot-Grün – der Bund beschließt, die Kommunen zahlen, obwohl die Kommunen vorher durch die Steuerreform von Herrn Eichel vollkommen ausgeblutet sind – vonstatten gehen, sondern mit einer fairen Lastenverteilung. Damit das ganz klar ist: Natürlich wird die Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung ein Thema im Wahlkampf sein.

Davor kann sich Rot-
Grün so viel fürchten, wie es



wirtschaft neu ist, sind wir in der Lage, den Menschen im Hinblick auf die Bundestagswahl 2002 eine klare Alternative vorzuschlagen. Es wird ganz deutlich, worin die Unterschiede zwischen dem bestehen, was die Menschen zu wählen haben: Entweder es gibt weiterhin

eine Politik der Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen und des Gegeneinanderausspielens von Interessen – das ist die Politik von Rot-Grün – oder es kommt zu einer Politik, die jedem Einzelnen in diesem Lande wiedereine Stimme gibt und dadurch die schweigende Mehrheit in dieser Gesellschaft wieder zu Wort kommen lässt. Das ist die Alternative, für die wir stehen.

Deshalb hat Edmund Stoiber gesagt, er sei der Mann, von dem es heißt: Es ist Zeit für Taten und nicht für eine Politik der ruhigen Hand. Wir haben die Wahl zwischen Stillstand und „etwas tun“. Wir wollen etwas tun. „Zeit für Taten“ ist das Motto für die Zeit nach dem 22. September.

Liebe Freunde, einer hat

es uns vorgemacht: Wolfgang Böhmer, der neue Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Ihn möchte ich loben. Er hat eine Wahl gewonnen, nämlich die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Das war ein grandioser Sieg. Mittlerweile ist Sachsen-Anhalt vom letzten Platz unter den Bundesländern endlich weggekommen. Dieses Land hat es nicht verdient, Schlusslicht zu sein.

Eckhardt Rehberg muss am 22. September Ministerpräsident werden

Ich kann nur sagen: Lieber Eckhardt Rehberg, die Fortsetzung der Geschichte folgt. Mecklenburg-Vorpommern muss vom Rot-Rot befreit werden, Mecklenburg-Vorpommern muss wieder eine richtige Chance bekommen, Eckhardt Rehberg muss am 22. September Ministerpräsident werden. Glück auf! Oder besser gesagt: Volle Kraft voraus für den Norden der Bundesrepublik Deutschland!

So viel zu Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Das drängendste Problem der Menschen in Ost und West ist die Frage der Arbeitslosigkeit. Helmut Schmidt, so denke ich,

will. Rot-Grün hatte die Chance, ein Gesetz zu machen, das den Menschen die Probleme abnimmt. Rot-Grün hat das nicht getan, und deshalb werden wir verhindern, dass die Menschen zum Schluss populistischen Rattenfängern hinterherrennen müssen, weil wir ihre Probleme nicht ansprechen. Wir werden ihre Probleme ansprechen, und zwar in verantwortlicher und klarer Weise. Wenn wir an der Regierung sind, dann werden wir das Zuwanderungsgesetz ändern. Das ist unsere Botschaft

Weil sich die Welt verändert hat, von der Familienpolitik über die Zuwanderung bis hin zur Sozialen Marktwirtschaft, weil wir darüber nachgedacht haben, was an der Sozialen Markt-

hatte Recht, als er am 8. Juni in einer Rede sagte – ich zitiere –: „Arbeitslosigkeit hat nichts mit Globalisierung zu tun. Sie ist vollständig hausgemacht.“ Kürzer und knapper kann man dieser Bundesregierung nicht ins Stammbuch schreiben, wo sie versagt hat. Helmut Schmidt hat Recht, Schröder würde wahrscheinlich am liebsten wieder das machen, was er immer macht: Anderen die Schuld geben, diesmal Helmut Schmidt.

Die Kampa hat nur noch Verleumdungen parat

Schröders Rechnung, immer anderen die Schuld zuzuschieben, wird nicht mehr länger aufgehen. Als er noch Ministerpräsident in Niedersachsen war, betraf das Helmut Kohl. Jetzt, wo er in Europa nicht richtig vorankommt, sind es die Amerikaner. Eines Tages, wenn er UN-Generalsekretär werden sollte, sind es wahrscheinlich außergalaktische Individuen, die schuld daran sind, dass die Welt immer noch so aussieht, wie sie aussieht. Diese Ausreden werden wir nicht mittragen.

Es ist ja zum Teil schon obskur, dass die Kampa,

weil es so schlecht um die SPD steht, nur noch Verleumdungen und absurde Geschichten parat hat. Es wird immer wieder versucht, es uns so darzustellen, als ob da ein grober, rücksichtsloser Hinterwäldler – gemeint ist Edmund Stoiber – aus finsternen bayerischen Wäldern aufgebrochen ist, um nach dem eigenen Volksstamm, den er schon seit vielen Jahren in Unglück und Depression hält, im heimtückischen Angriff auf die strahlenden Helden von Rot-Grün jetzt das gesamte Land unter seine Knute zu zwingen und das Elend einzuführen. Manchmal, liebe Freunde, sehe ich geradezu vor mir die endlosen Autokolonnen mit Menschen, die auf verstopften Autobahnen versuchen, aus Bayern, der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, ökologischen Wüste, in die gelobten SPD-geförderten Länder zu entkommen. Liebe Freunde, für wie dämlich hält Müntefering eigentlich uns und die Menschen in Deutschland!

Wer so auf das Schüren von Ängsten und auf Zerrbilder angewiesen ist, liebe Freunde, der hat schon verloren, und zwar zuerst den Anstand und den Stil, und dann, am 22. September, die Wahl! Das ist die Wahrheit.

Deshalb, liebe Freunde, machen wir diese Art von Politik nicht mit. Wir haben eine Alternative. Diese Alternative besteht zuallererst darin, dass wir vor den Tatsachen nicht die Augen verschließen. Deutschland lag im Jahre 2001 erstmals bei der Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt der europäischen Länder. Deutschland nimmt in diesem Jahr den letzten Platz beim Wirtschaftswachstum ein. Das haben nicht wir uns ausgedacht, das sagen wir nicht, um schlecht über Deutschland zu reden, sondern diese schonungslose Analyse ist notwendig, damit die Thrapie ansetzen kann.

...und da sagt dieser Bundeskanzler, er gebe der Jugend dieses Landes eine Chance

Schauen wir uns einmal die Arbeitslosenzahlen an. Abgesehen davon, dass Schröder sein Versprechen von 3,5 Millionen Arbeitslosen bei weitem nicht erfüllt, wird auch im Vergleich der Zahlen zwischen Mai letzten Jahres und Mai dieses Jahres deutlich, dass es mehr Arbeitslose gibt. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt aber dann das ganze Elend: Es gibt fast doppelt so

viele Kurzarbeiter, es gibt nur halb so viele offene Stellen. Die Arbeitslosigkeit bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat nur deshalb abgenommen, weil die Statistik bereinigt wurde. Dem gegenüber steht aber ein Anwachsen bei der Jugendarbeitslosigkeit, bei den unter 25-Jährigen, um 15,5 Prozent allein gegenüber dem Mai des Vorjahres. Da sagt dieser Bundeskanzler, er gebe der Jugend dieses Landes eine Chance. Das Gegenteil ist der Fall. Das müssen wir den Menschen sagen.

Unser Regierungsprogramm: So, wie wir es heute sagen, werden wir es auch machen

Nun haben wir ein ganz konkretes Angebot formuliert; jeder, der das Regierungsprogramm liest, wird das so sehen. Dieses unser Programm wird in Angriff genommen, und zwar in den Zeitläufen, wie wir es im Regierungsprogramm beschrieben haben. Da gibt es keine Giftschränke, die noch nicht geöffnet wurden, da wird nichts verzögert, wenn die Wahl gewonnen ist. Wir werden dann einfach nur entsprechend dem Regierungsprogramm arbeiten.

So, wie wir es heute sagen, werden wir es auch machen. Insofern erübrigts sich jede Diskussion über diese Frage.

Wir werden das Gesetz über die Scheinselbstständigkeit abschaffen. Mit uns wird es keine fünfte Stufe und damit keine Erhöhung der Ökosteuer geben. Am 1. Januar 2003 gibt es mit uns keine Steuererhöhung. Diese Botschaft müssen wir den Leuten vermitteln. Wir werden den generellen Anspruch auf Teilzeitarbeit wieder abschaffen und einen Anspruch auf Teilzeitarbeit nur für diejenigen gesetzlich vorsehen, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen. Es wird aber nicht für jedermann einen Rechtsanspruch geben, mit dem sich der Mittelstand dann in Arbeitsgerichtsverfahren herumplagen muss. Das wollen wir nicht.

Wir wollen auch etwas bei der Mitbestimmung ändern. Ich erinnere daran, die Union war es, die die Mitbestimmung in Deutschland eingeführt hat. Wir stehen weiterhin zur Mitbestimmung. Wir leben aber im 21. Jahrhundert. Warum eigentlich dürfen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Betriebsräte und Arbeitgeber nicht auf der betrieblichen Ebene einigen, wenn es um die Zukunft der eige-

nen Arbeitsplätze geht? Was für eine Vorstellung haben die Sozialdemokraten eigentlich von den Menschen? Wir wollen ein Vetorecht für die Gewerkschaften, aber erst einmal sollen die Betroffenen die Möglichkeit haben, sich für ihren Betrieb, ihre Zukunft, ihr Leben und ihren Arbeitsplatz richtig einzusetzen. Das ist doch das Mindeste, was man den Menschen zutrauen kann.

Wir wollen, dass die Menschen Arbeitsplätze bekommen

Denjenigen, die dann gleich rufen, hierbei handele es sich um die Amerikanisierung unserer Lebensverhältnisse, kann ich nur entgegnen, dass sie wahrscheinlich noch nicht einmal in Amerika waren. Dort ist von Mitbestimmung überhaupt keine Rede. Hier geht es darum, die Dinge so zu regeln, wie wir sie regeln wollen.

Es war doch eine abartige Geschichte, dass VW 5000 Arbeitsplätze für 5000 DM Bruttolohn anbot, aber die Gewerkschaften das am liebsten verboten hätten. Es bedurfte höchster politischer Autorität, damit die 7000, 8000, 9000 bzw. 10 000 Bewerber um diese

Stellen die Chance bekommen, eine solche zu bekommen. Wir wollen, dass die Menschen das machen können, was ihnen richtig erscheint. Wir wollen, dass sie Arbeitsplätze bekommen.

Zum Kündigungsschutz – darüber haben wir ja in Dresden lange diskutiert – sage ich ganz klar: Warum sollen denn die 50-Jährigen, die heutzutage leider scharenweise entlassen werden und keine Chance auf dem Arbeitsmarkt mehr haben, nicht die rechtliche Möglichkeit bekommen, sich mit dem Arbeitgeber darauf zu einigen, dass sie eingestellt werden, aber auf der Basis einer Abfindung auf den normalen Kündigungsschutz verzichten.

Wir werden Schröders Bürokratie-Monster unverzüglich wieder abschaffen

Liebe Freunde, wir wollen den Menschen wieder Chancen eröffnen. Deshalb zeigen wir an dieser Stelle ganz klare Alternativen auf. Wir haben noch weitere Alternativen: Die 630-DM- oder 325-Euro-Arbeitsverhältnisse sind einfach zu bürokratisch. Tausende und Abertausende von diesen Arbeitsverhältnissen gibt es

heute nicht mehr, weil Schröder in diesem Bereich ein Bürokratiemonster installiert hat. Das werden wir wieder ändern, und zwar unmittelbar am Tag nach der gewonnenen Wahl.

Wir werden im Niedriglohnbereich von 400 bis 800 Euro – also bei Tätigkeiten im Haushalt oder mit geringer Bezahlung, die viele Arbeitnehmer heute deshalb nicht aufnehmen, weil sie ab dem 325. Euro sofort 25 Prozent Lohnnebenkosten bezahlen müssen und es sich damit für sie nicht mehr lohnt – schrittweise die Sozialversicherungsbeiträge anwachsen lassen, damit dort wieder mehr Beschäftigung möglich wird. Damit können wir 800 000 neue Jobs schaffen. Wir wären doch wirklich mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir eine solche Chance nicht nutzen und das ausprobieren würden, sondern gleich wieder nur auf die Risiken hinwiesen. Das sind unsere Alternativen.

An dieser Stelle komme ich zu einem ganz wichtigen Vorhaben, nämlich zum Familiengeld. Wie ist denn heute die Situation derjenigen, die im unteren Lohnbereich arbeiten und die zwei oder drei Kinder erziehen? Die stellen am Monatsende fest, dass sie weniger in der

Tasche haben als diejenigen, die von der Sozialhilfe leben. Gleichzeitig haben wir in der Bundesrepublik Deutschland die Situation, dass eine Million Kinder von der Sozialhilfe abhängig sind. Das heißt, dass in vielen Fällen die Entscheidung für ein Kind eine Entscheidung für die Sozialhilfe ist. Mit beidem wollen wir aufräumen. Das ist unsere Aufgabe.

Wir wollen ein Familiengeld in Höhe von 600 Euro

Deshalb, allein deshalb, haben wir gesagt, wir wollen für die ersten Lebensjahre eines Kindes ein Familiengeld von 600 Euro einführen. Es ist nämlich die Wahrheit, dass diejenigen, die von Sozialhilfe abhängig sind, für ihr Kind 300 Euro Erziehungsgeld bekommen und anschließend noch 300 Euro aus der Sozialhilfe; das macht 600 Euro. Wir wollen nichts weiter, absolut nichts weiter, als erreichen, dass derjenige, der einer Beschäftigung nachgeht, für sein Kind genauso viel Geld in der Tasche hat wie derjenige, der von der Sozialhilfe abhängig ist. Das ist fair und entspricht dem Prinzip, dass sich Leistung in diesem Land wieder lohnen muss.

Wenn der Bundeskanzler ein solches Familiengeld als „Prämie“ bezeichnet – er meint wohl „Geburtenprämie“ –, dann hat er, so kann ich nur sagen, von Familienpolitik wirklich überhaupt nichts verstanden. Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie leben sollen. Für uns ist eine Mutter oder ein Vater, der sich für die Erziehung seiner Kinder entscheidet und nicht erwerbstätig ist, genauso akzeptiert wie ein Vater oder eine Mutter, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leben will. Aber wir schreiben es ihnen nicht vor; wir freuen uns über die Vielfalt.

Wir wissen, dass die Zukunft unserer Gesellschaft von der Erziehung von Kindern abhängt. Deshalb wird es mit uns bei aller Toleranz, bei aller Offenheit eine steuerliche Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften mit Familien und Ehen nicht geben. Meine Damen und Herren, wir sagen an dieser Stelle, was wir wollen und wo die Zukunft liegt!

■ Wir haben uns das Projekt 3 x 40 vorgenommen

Weil wir möchten, dass die Menschen von ihrem Leben etwas haben, weil wir

möchten, dass sie auf Veränderungen reagieren können, haben wir uns das Projekt 3 x 40 vorgenommen. Das Projekt 3 x 40 funktioniert aber nur dann, wenn wir im Jahre 2003 bürokratische Hemmnisse abbauen. Ich habe Ihnen Beispiele dafür genannt. Gehen Sie nach draußen und sagen: Das ist unsere Alternative. Wir bringen 2003 das Wachstum in diesem Land wieder in Gang, indem wir Bürokratie wegnehmen, indem wir von bestimmten Dingen befreien, indem wir dem Mittelstand wieder eine Chance geben und indem wir die Leute nicht durch immer längere Formulare kujonieren, sondern ihnen die Hoffnung machen, dass man auch einmal etwas selbst entscheiden kann. Das ist unsere Alternative!

2004 nehmen wir dann eine große Steuerreform in Angriff, eine Steuerreform, die einfacher, gerechter und transparenter ist, eine Steuerreform, die nicht mehr die Mittelständler gegen die Kapitalgesellschaften ausspielt. Was ist das für eine ideologische Bornertheit, zu sagen, den Unternehmen will ich helfen, aber den Unternehmern nicht! Soziale Marktwirtschaft funktioniert nicht, wenn die Men-

schen nicht honoriert werden, die bereit sind, ein Risiko einzugehen, die bereit sind, ein Unternehmen zu gründen, die hier in Deutschland etwas schaffen wollen und die damit auch Arbeitsplätze schaffen.

■ Wir wollen ein gerechtes Steuersystem

Diese Steuerreform hat nicht nur den Anspruch, den Spaltensteuersatz auf unter 40 % zu bringen. Sie hat auch und vor allem den Anspruch, dass nicht anschließend die Menschen Jahr um Jahr mit der kalten Progression in den Spaltensteuersatz hineinwachsen. Wir wollen ein gerechtes Steuersystem, bei dem der normale Einkommensteuerzahler wieder mehr im Säckel hat als heute. Das ist die Voraussetzung für vieles andere, was wir machen wollen.

Die zweite 40, das ist die Staatsquote. Bei der Staatsquote beginnt ja nun die Verleumdung durch die Sozialdemokraten, indem sozusagen nach dem Pawlowschen Reflex verfahren wird. Nun muss man erst einmal wissen, dass der Herr Bundeskanzler im Jahre 1999 auf der Grundlage eines Wirtschaftsberichts seines Wirtschaftsministers auf die

Frage, ob auch die Sozialdemokraten jetzt 40 % Staatsquote richtig finden, gesagt hat, dies sei für einen Sozialdemokraten kein Paradigmenwechsel, sondern das sei eine Anpassung an die Realität. Damit kann das Ziel so ganz falsch ja nicht sein. Heute aber, wo er merkt, dass er mit seiner Politik dieses Ziel nicht erreicht, beginnt, uns zu verleumden und zu erklären, der Sozialstaat gehe bankrott, wenn die Staatsquote sinkt.

Bei Stoltenberg wieder anknüpfen und die Staatsquote auf 40 Prozent senken

Die Staatsquote ist nichts anderes als das, was wir in diesem Lande erwirtschaften, und von dem, was jeder Einzelne erwirtschaftet, heute erst einmal 50 % zum Staat gehen und von dort wieder umverteilt werden. Wir sagen: Wir wollen, dass es 40 % sind. Wir können darauf verweisen, dass zu Zeiten von Gerhard Stoltenberg die Staatsquote Jahr um Jahr um 1 % gesunken ist. Und wissen Sie, was passiert ist? Das Sozialbudget ist in dieser Zeit um 36 % gestiegen. Es sind nämlich zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Damit

kam Wohlstand in unser Land, und daran wollen wir wieder anknüpfen. Diesen Weg wollen wir wieder gehen, auch wenn er ehrgeizig ist, auch wenn er schwierig sein sollte.

3 x 40, das heißt dann auch: 40 % oder weniger bei den Lohnnebenkosten. Die Lohnnebenkosten setzen sich aus Gesundheitskosten, Kosten der Arbeitslosigkeit und Kosten für die Rente zusammen. Die Gesundheitspolitik, die dieser Bundeskanzler gemacht hat, hat dazu geführt, dass die einfache Familie durch höhere Krankenkassenbeiträge im Augenblick all das wieder bezahlen muss, was sie durch die Steuerreform vielleicht erlassen bekommt. Wir wollen, dass durch mehr Wettbewerb, durch Transparenz, durch Klarheit, durch Vorsorge, aber auch durch Eigenverantwortung ein Gesundheitssystem entsteht, das besser funktioniert. Wenn dieser Bundeskanzler uns vorwirft, wir wollten eine Zweiklassenmedizin einführen, dann kann ich nur sagen, er und die Sozialdemokraten waren es, die in Deutschland in dieser Legislaturperiode leider eine Zweiklassenmedizin eingeführt haben. Meine Damen und Herren, damit wird wieder Schluss sein!

Was unser Denken auszeichnet, ist, dass wir auf der einen Seite sagen, wir wollen mit 3 x 40 den Menschen mehr in der Tasche lassen und ihnen mehr Spielraum geben. Auf der anderen Seite werden wir ihnen sehr ehrlich sagen, dass sie in bestimmten Bereichen mehr Eigenvorsorge betreiben müssen. Was wir aber nicht machen können, ist, den Menschen immer mehr Eigenvorsorge abzuverlangen und gleichzeitig die Beiträge steigen zu lassen. Deshalb ist unser Konzept 3 x 40 mit mehr Eigenvorsorge ein in sich schlüssiges und durchdachtes System.

Unser Regierungsprogramm zeigt: Wir haben Alternativen

Liebe Freunde, wer noch dabei erwischt wird – ich sage wirklich: erwischt wird –, zu sagen, wir hätten keine Alternative, dem rate ich, im Regierungsprogramm nur einmal all diese Punkte zusammenzuzählen. Sie werden merken, dass für uns die Vielfalt keine Drohung ist, dass von uns der Einzelne ernst genommen wird und dass wir genau auf Grund dieses Menschenbildes, genau aus dieser Betrachtung heraus in der Lage sind, die

Veränderungen des 21. Jahrhunderts so zu gestalten, dass für die Menschen zum Schluss mehr dabei herauskommt. Das ist unser Ansatz.

Wir werden in den nächsten Wochen eine weitere Diskussion darzubekommen. Im 21. Jahrhundert, in der Wissensgesellschaft, ist das Thema Bildung mit absoluter Sicherheit das entscheidende Thema. Annette Schavan hat in einer brillanten Art und Weise dem Herrn Bundeskanzler ins Stammbuch geschrieben, dass es nicht um ein paar nette Sätze geht, sondern um Taten in der Bundesrepublik Deutschland. Herzlichen Dank, Annette Schavan!

Roland Koch hat es schon gesagt: Sie fürchten sich natürlich vor der Nachweisbarkeit, vor der Überprüfbarkeit ihrer eigenen Leistungen. Deshalb waren sie so gegen Pisa. Annette Schavan hat diesen wunderbaren Satz des früheren Kultusministers aus Hessen noch einmal zitiert. Der hatte gesagt: Das Schwein wird nicht fett vom Wiegen. Ja, meine Damen und Herren, fett vom Wiegen wird es nicht, aber dabei kommt heraus, dass es keinen Speck auf den Rip-



pen hat. Wir wollen eine anständige Bildung, die anständig Speck hat, die anständig Fleisch hat, die jungen Menschen in unserem Lande eine Chance gibt. Das ist die Aufgabe, die wir anpacken werden.

Roland Koch hat in Hessen durchgesetzt, was er versprochen hat

Wie sehen denn die messbaren Ergebnisse aus? Roland Koch hat es geschafft: Er hat gesagt, dass mit dem neuen Schuljahr in Hessen das durchgesetzt wird, was er versprochen hat, nämlich eine Unterrichtsgarantie an den hessischen Schulen. Lieber Christian Wulff, ich kann nur sagen, es muss ge-

lingen, dass du Ministerpräsident in Niedersachsen wirst, damit auch die Leute im Land von Gabriel endlich eine anständige Schulbildung bekommen und die Lehrer nicht mehr als faule Säcke verschrien sind.

Man hat ja den Eindruck, als würde diese Bundesregierung ihre Amtszeit gerade beginnen und nicht beenden, wenn man Frau Bulmahn hört. Nun will sie ganz große bildungspolitische Aktivitäten starten. Meine Damen und Herren, diese Frau hat Jahre damit verbracht, nur ein einziges Ziel zu verfolgen, nämlich das Verbot von Studiengebühren irgendwie in das Hochschulrahmengesetz zu schreiben. Wir haben das Gott sei Dank verhindert.

Ich bin dafür, dass – wie in Baden-Württemberg – Studenten, die nach dem 13., 14. oder 15. Semester mit dem Studien nicht fertig werden, ruhig Langzeitstudiengebühren bezahlen. Das ist ein fairer Umgang auch mit denen, die Ressourcen des Staates in Anspruch nehmen. Wichtig ist dann aber natürlich auch, dass das, was eingenommen wird, den Hochschulen auch wieder zugute kommt.

Nun gucken Sie sich einmal die Situation in Nordrhein-Westfalen an. Herr Ministerpräsident Clement mit seiner Einschreibegebeühr, die natürlich der Finanzminister einvernehmen wollte, weil er sonst kein Geld mehr in der Kasse hat, ist jämmerlich und kläglich an seiner Parteibasis gescheitert. Nordrhein-Westfalen heißt Stillstand. Deshalb, lieber Jürgen Rüttgers, weiterbohren, weitermachen und in Nordrhein-Westfalen endlich nicht nur in den Kommunen, sondern auch im Land den Wechsel herbeiführen!

Rot-Grün hat Entwicklungen in der Forschungspolitik verschlafen

Wir müssen aus dem, was wir forschen und was wir wissen, dann natürlich auch etwas machen. Die Bundesregierung hat in weiten Teilen der Forschungspolitik Entwicklungen verschlafen. Ich nenne an dieser Stelle nur die grüne Gentechnologie. Es gibt dort ein Moratorium. Deutschland ist in Saatgutunternehmen auf allen Ebenen führend. Deutschland wird aber den Anschluss verlieren – ich kann Ihnen das heute schon sagen –,

wenn Rot-Grün weiter an der Macht bleiben sollte, was glücklicherweise nicht geschehen wird. Man hat sich jahrelang schwer getan, die rote Gentechnologie überhaupt zu akzeptieren. Auf dem Gebiet der grünen Gentechnologie ist sogar absolute Ebbe. Das muss sich in Deutschland ändern.

Wir müssen es natürlich auch wieder einmal schaffen, dass wir eine Erfindung wie den Transrapid nicht in China bei Staatsbesuchen bestaunen, sondern ihn hier auf die Schiene, besser gesagt: auf die Magnetbahn bekommen. Der Transrapid ist von dem Ingenieur, der ihn entwickelt hat, einem klugen deutschen Ingenieur, nicht als Zug für den öffentlichen Personennahverkehr, als Zug, der alle zwei Minuten hält, entwickelt worden, sondern als Zug, der lange Strecken schnell fahren kann. Deshalb ist die Idee, ihn im Ruhrgebiet einzusetzen, nun wirklich das Allerallerdümme, was man sich ausdenken kann, wenn man in Deutschland Verkehrspolitik betreiben will.

Liebe Freunde, wenn ich über Bildungspolitik spreche, die Schröder übrigens zur Chefsache machen will – eine der größten Drohungen, die einem passieren können;

ich erinnere an die Erfahrungen, die in Bezug auf den Osten gemacht worden sind; jetzt soll auch noch die Bildungspolitik zur Chefsache gemacht werden – hat dies sehr viel mit dem zu tun, was die Menschen unter Heimat und unter Kultur verstehen. Es hat sehr viel damit zu tun, was die Menschen für Wurzeln haben, wo ihre Herkunft ist, wo sie ihre Traditionen haben und ob sie etwas darüber wissen. Wir dürfen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften doch nicht unentwegt gegeneinander ausspielen.

Rot-grüne Politik hat die Kommunen ausgezehrt

Wir brauchen vielmehr Brücken zwischen den verschiedenen Wissenschaftsgebieten, damit wir unsere eigene Heimat, unsere eigene Kultur auch gestalten können. Für mich, liebe Petra Roth, und andere beginnt Heimat in den Kommunen, in den Regionen, dort wo wir leben. Ich glaube, dass die schlimmste Last aufgrund der Politik der rot-grünen Bundesregierung die Last ist, dass die Kommunen ausgezehrt, ausgedörrt und finanziell abhängig gemacht wurden und

deshalb ihre eigenen Spielräume überhaupt nicht mehr nutzen können, was zu einem massiven Politikverdruss führt.

Eichel hat seine Politik auf dem Rücken von Ländern und Gemeinden gemacht

11,5 Prozent weniger Gewerbesteuereinnahmen, Körperschaftsteuerausfälle von über 23 Milliarden Euro im vergangenen Jahr – Fehleinschätzungen massiver Art durch eine absolut ungerechte Steuerreform. Was bedeutet das? Das ist das Unsozialste, was passieren kann. Da müssen Schwimmbäder geschlossen werden. Da müssen Bibliotheken geschlossen werden. Schulbusse können nicht mehr fahren. Alles, was für die Menschen vor Ort wichtig ist, kann von der Kommunalpolitik nicht mehr geleistet werden, weil Herr Eichel eine Politik auf dem Rücken von Kommunen, Gemeinden und Ländern gemacht hat.

So werden eben alle gegeneinander ausgespielt: die Kommunen gegen den Bund, die Älteren gegen die Jüngeren, die Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer, die Mittelständler gegen die Kapitalgesellschaften.

Eine Gruppe hat es nun besonders schwer. Das sind die Bauern. Ich habe in meinem ganzen Leben nie zuvor eine Ministerin erlebt, die es sich zum Ziel gesetzt hat, ihr Ministeramt dazu zu missbrauchen, die Gruppe, die ihr anvertraut ist, möglichst viel zu beschuldigen, zu bezichtigen, anzugreifen und niederzumachen. So etwas darf es nicht geben!

Diese Dame kann ja nichts dafür, dass sie in der Stadt aufgewachsen ist und dass sie deshalb von der Kuh nicht mehr versteht, als dass sie muh macht.

Diese Dame hat aber die Pflicht, sich einzuarbeiten und nicht dauernd Keile zwischen die Bauern zu treiben und falsche Vorstellungen von Verbraucherschutz und Ökolandwirtschaft zu entwickeln.

Es ist eben falsch, den Eindruck zu erwecken, ein Ökobetrieb sei ein Höfchen mit ungefähr drei Hühnern und fünf Hähnen oder umgekehrt. Es gibt heute Biobetriebe mit 240 000 Legehennen und 180 000 Eiern am Tag. Ich habe ja nichts dagegen, dass das so ist. Mir ist das Recht. Wer hat denn aber das Wort von der Agrarfabrik erfunden, als es den Bauern am schlechtesten ging? Der Bundeskanzler deckt Frau Künasts Tätigkeiten und ist

deshalb selber Schuld daran, dass die Bauern in Deutschland einen so schlechten Stand haben und dass es den ländlichen Regionen damit schlecht geht. Wir werden das ändern, meine Damen und Herren. Wir werden eine Politik für die ländlichen Räume machen.

Bei Schröder ist die deutsche Einheit zur Nebensache verkommen

So wird dann eben auch – das muss man ganz klar sehen – der Osten gegen den Westen ausgespielt. Die Schere hat sich geöffnet. Für Herrn Schröder war die deutsche Einheit angeblich Chefsache. Sie ist zur Nebensache verkommen. Herzenssache war sie für diesen Mann sowieso noch nie, weil er von der deutschen Einheit nichts verstanden hat, weil er sie nicht gewollt hat und weil er sie bis heute nicht gelebt hat – abgesehen von der Erfindung von drei Cousinen. Das ist das einzige Werk von Aufbau Ost, das einmal geklappt hat. Von diesen drei Cousinen war aber eine auch noch bei der Stasi. Auch das muss man sagen.

Ich sage dies in aller Ernsthaftigkeit: Mit der Be-

rufung von Lothar Späth in das Kompetenzteam von Edmund Stoiber hat die Soziale Marktwirtschaft für die Menschen in den neuen Bundesländern endlich ein Gesicht bekommen. Es ist wichtig, dass in den neuen Bundesländern klar wird, dass die Soziale Marktwirtschaft eine Ordnung ist, die für uns alle von gesellschaftlichem Nutzen ist. Deshalb begrüße ich es, dass Lothar Späth, der gezeigt hat, dass er einen Betrieb führen kann, dass er von Politik etwas versteht, jetzt in die Politik zurückkommt, um die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und mehr Arbeit zu schaffen. Das ist ein hervorragendes Signal.

Schröders Politikstil: moralische Überheblichkeit und Nichtstun nach dem Motto der „ruhigen Hand“

Liebe Freunde, Gerhard Schröder hat 1998 angekündigt, eine Politik neuen Stils – so wörtlich – einzuführen. Was ist daraus geworden? Zunächst einmal gab es Stil ohne Politik. Wir erinnern uns daran: Spaßveranstaltungen am laufenden Band. Jean-Claude Juncker hat das Richtige dazu gesagt. Mei-

stenteils gab es in dieser Legislaturperiode dann aber Politik ohne Stil. Wir haben eine bislang nicht bekannte Attitüde moralischer Überheblichkeit erlebt, politischen Aktionismus nach dem Motto: rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, politischen Opportunismus nach dem shakespeareischen Motto: „Wie es euch gefällt“ und politisches Nichtstun nach dem Motto der ruhigen Hand.

Deswegen hinterlässt Rot-Grün neben den vielen materiellen Schwächen ein ganz schwieriges Erbe. Das sind die immateriellen Schäden. Wer allen alles verspricht, dann aber eine Serie beispiellos gebrochener Versprechen hinterlässt, der verschüttet Vertrauen nicht nur in der eigenen Partei, sondern für Politik insgesamt.

Wer Opportunismus zur Richtschnur seines Regierungshandelns macht, mag zwar zeitweise als besonders wendig daherkommen, aber er stößt viele Menschen, gerade junge Menschen, ab, die nach Werten, nach Idealen, nach Orientierung suchen. Deshalb machen mir diese Folgen von Rot-Grün mehr Sorgen als andere. Auch daran zeigt sich, vor welch gewaltiger Herausforderung wir als

Christliche Demokraten stehen, und zwar nicht erst seit dem 11. September des vergangenen Jahres, obwohl dieser Tag die Dinge noch einmal klarer gemacht hat. Immer mehr Menschen suchen nach Halt, suchen nach Orientierung, suchen nach Werten.

Die CDU ist eine wertegebundene Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft

Ich glaube, wir können mit Fug und Recht sagen, dass wir die einzige Kraft sind, die eine wertegebundene Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft ist. Wir haben eine Mission, und deshalb werden wir gebraucht. Nach meiner festen Überzeugung gehört es zu unserer bleibenden und immer wieder neu anzugehenden Aufgabe, für eine Politik zu werben, deren Bindung an Werte klar erkennbar ist. Auch in einer Zeit, in der die Bindungskraft der Kirchen und Glaubensgemeinschaften zurückgegangen ist, bleibt die Orientierung am christlichen Menschenbild modern wie eh und je.

Die zentralen Ideen dieses Menschenbildes, die Idee der persönlichen Wür-

de, die Idee der Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen, vermögen – davon bin ich vollkommen überzeugt – auch jene zu faszinieren, die keine Christen sind. Die vollkommene Humanität des christlichen Bildes vom Menschen ist auch außerhalb des Glaubens mit der Vernunft erfassbar:

■ **Wir Christliche Demokraten** bekennen uns dazu, dass den Menschen in allen Stufen ihres Lebens ungeteilte Menschenwürde als Ebenbild Gottes zukommt.

■ **Wir Christliche Demokraten** wissen: Nicht alles, was der Mensch kann, darf auch gemacht werden. Deshalb führen wir umfassende Diskussionen über die Fragen der modernen Gentechnologie, und deshalb bleibt das Embryonenschutzgesetz für uns gültig und wird nicht einfach aufgegeben.

■ **Wir Christliche Demokraten** leiten unsere Politik aus den Grundwerten ab, aus Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Da kann es keinen Raum für platzen Populismus geben. Da kann es keine Instrumentalisierung dumpfer Ressentiments geben. Da kann es keinen leichtfertigen Umgang mit den Empfindungen der Juden in Deutschland und Israel geben – und schon gar keine antisemitischen Töne.

Es ist wichtig und unsere Aufgabe, alle demokratischen Kräfte in die Mitte zu integrieren. Dabei müssen wir die Sorgen der Menschen kennen, sie ernst nehmen und mit ihnen in einer verständlichen Sprache darüber reden. Integrieren darf aber nicht damit verwechselt werden, einfach bestimmte Parolen zu bedienen. Das wird es mit uns nicht geben.

■ **Wir Christliche Demokraten** sehen – das war immer unsere Stärke – unser Land in der ethischen Pflicht, wo immer möglich in der Welt für die Einhaltung der Menschenrechte einzutreten und einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Krankheit und mangelnder Bildung zu leisten.

■ Im Bundestagswahlkampf bilden CDU und CSU eine schlagkräftige Kampfgemeinschaft

Liebe Freunde, dieses feste Wertefundament unterscheidet uns fundamental von unseren politischen Konurrenten. Es verbindet uns zugleich fest mit unserer bayerischen Schwester. CDU und CSU bilden im Deutschen Bundestag eine starke Fraktionsgemein-

schaft. Unsere beiden Parteien eint eine tief verwurzelte Wertegemeinschaft. Im Bundestagswahlkampf bilden CDU und CSU eine – das sage ich ausdrücklich – schlagkräftige Kampfgemeinschaft. Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen!

Was ist nicht alles geschrieben und gemutmaßt worden: „CDU und CSU – das geht nicht gut im Wahlkampf, das gibt Krach, Eifersüchteleien und Fingerhakeln.“ „Die Merkel und der Stoiber – das geht schief, die können nicht miteinander.“ Liebe Freunde, wir haben gezeigt: So viel Union wie heute gab es – das behauptete ich einmal – in der Geschichte von CDU und CSU noch nie.

Edmund Stoiber ist unser gemeinsamer Kanzlerkandidat. Er wird von uns allen mit großer Geschlossenheit, mit voller Einsatzbereitschaft und aus fester Überzeugung getragen und unterstützt. Edmund Stoiber konnte sich bis jetzt auf die CDU verlassen, er kann sich bis zum 22. September auf die CDU verlassen, und er wird sich nach dem 22. September als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland auf die CDU verlassen können. Das versprechen wir ihm und geben wir ihm mit ins Gepäck.



Wir sind gut gerüstet. Von diesem Parteitag in Frankfurt geht unser Signal hinaus ins Land: Wir sind kampfbereit für den Wahlkampf, wir sind handlungsbereit für die Regierungübernahme, wir sind verantwortungsbereit für Deutschland.

Machen wir die Bundestagswahl zu einer Entscheidung der Zuversicht

Noch aber ist die Ernte nicht in der Scheuer. Ich rufe deshalb gemeinsam mit Laurenz Meyer all unseren Amts- und Mandatsträgern unserer Partei, all unseren

Mitgliedern, all unseren Freunden zu: Geht bis zum 22. September auf die Straße, geht zu den Menschen und sprecht darüber, dass wir das richtige Programm haben, dass wir das haben, was am 22. September die richtigen Weichenstellungen ermöglicht. Das muss unser Ziel sein.

Machen wir die Bundestagswahl zu einer Entscheidung der Zuversicht! Wir wollen gemeinsam etwas leisten für unser Land. Deutschland braucht jetzt eine Regierung mit Kompetenz. Deutschland braucht eine Regierung der Chancen für den Einzelnen und für das Land. Deutschland braucht eine Re-

gierung mit einer klaren Strategie für einen neuen Aufschwung und neue Sicherheit. Deutschland braucht eine Regierung, die Werte verkörpert und zu Prinzipien ihrer Politik macht. Dazu zählt die Orientierung am christlichen Menschenbild und dazu zählt auch die Liebe zum eigenen Land.

Lassen Sie uns gemeinsam mehr aus Deutschland machen!

Mit der Mehrheit der Menschen verbindet uns eine Einsicht und ein Wille: Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit, dass unser Land wieder effizient und tatkräftig regiert wird. Das ist das Angebot, das wir den Menschen in Deutschland machen. Kompetenz entscheidet.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf: Gehen Sie wählen! Nutzen Sie Ihre Stimme am 22. September! Lassen Sie uns gemeinsam mehr aus Deutschland machen!

- Es ist Zeit für Taten.
- Es ist Zeit für die Union.
- Es ist Zeit für den Wechsel.
- Es ist Zeit für einen Bundeskanzler Edmund Stoiber.

EDMUND STOIBER:

Tragen Sie die Stimmung der Zuversicht und des Aufbruchs zu den Menschen in Deutschland!

Am 31. Januar haben wir uns hier in der Frankfurter Messe zum Wahlkampfauftritt von CDU und CSU getroffen. Unser Signal war: Wir packen an! Deutschland braucht eine neue Regierung!

Heute ist unser Signal aus Frankfurt: In 96 Tagen ist der rot-grüne Spuk in Berlin vorbei! Das sind 96 Tage Angriff auf Rot-Grün, 96 Tage Überzeugungsarbeit für unsere Politik und unser Programm. In 96 Tagen geht es wieder aufwärts mit Deutschland!

Wir sind gut gerüstet. Der Schulterschluss zwischen CDU und CSU ist so eng wie nie zuvor. Das ist ein wichtiger Garant für unseren Erfolg.

■ Angela Merkel und ich kämpfen gemeinsam mit vollem Einsatz und aller Kraft für den Erfolg. Angela Merkel, herzlichen Dank für die ausgezeichnete und vertrauensvolle Zusammenarbeit! Wir haben einen Draht zueinander, politisch und menschlich. Das ist die Grundlage für unseren ge-



Manuskriptfassung

meinsamen Erfolg am 22. September.

■ Unsere Bundestagsfraktion hat besonders in den letzten Wochen die Schwächen der rot-grünen Bundesregierung schohnungslos aufgedeckt. Dafür einen besonderen Dank an alle Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU mit Friedrich Merz und Michael Glos an der Spitze. Friedrich Merz, vielen Dank für den engen Schulterschluss.

■ Ich danke den Generalsekretären Laurenz Meyer und Thomas Goppel mit ihren Teams im Konrad-Adenauer- und Franz-Josef-Strauß-Haus. Sie zeigen täglich aufs Neue: Wir ziehen geschlossen, entschlossen und mit Zuversicht an einem Strang für den Wechsel in Deutschland!

■ Überall in Deutschland habe ich bei meinen Auftritten in den letzten Wochen und Monaten von Ihnen, von vielen Freunden in der CDU, viel Zustimmung und Sympathie erfahren. Ich habe ein riesiges Engagement erlebt! Ich spüre, wie Sie sich alle zerreißen für die gemeinsame Sache! So macht Wahlkampf richtig Spaß!

Ein Meilenstein für den Sieg am 22. September war für uns alle natürlich auch der überragende Wahlsieg in Sachsen-Anhalt. Noch nie hat die SPD in den letzten 50 Jahren so hoch bei einer Landtagswahl verloren wie in Magdeburg.

Für diesen Sieg haben unsere Freunde in Sachsen-Anhalt hart gekämpft! Und

genau so gewinnen wir am 22. September im Bund!

Die wichtigste Nachricht aus Sachsen-Anhalt lautet aber: Der rot-rote Spuk ist vorbei! In Magdeburg heißt es ab sofort: Schluss mit Schlusslicht – jetzt wird angepackt für die Menschen im Land! Dafür viel Erfolg, Wolfgang Böhmer!

- SPD und PDS waren verheerend für Sachsen-Anhalt,
- SPD und PDS sind verheerend für das Land Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Der Nordosten Deutschlands braucht am 22. September den Wechsel genau so nötig wie ganz Deutschland! Lieber Eckhardt Rehberg, liebe Freunde aus Mecklenburg-Vorpommern: Gemeinsam wollen wir es in 96 Tagen auch in Schwerin schaffen!

- Und eine Bundesregierung, die von der PDS abhängig ist, wäre verheerend für Deutschland!

Schröder hat zwar versprochen: „Keine Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene.“ Aber wir alle wissen doch, was die Versprechen des Machtopportunisten Schröder wert sind. Gar nichts! Ihm geht Machterhalt über alles, egal wo die Stimmen herkommen.

Aus dem Kanzleramt darf kein Rotes Rathaus werden

Ich bin fest davon überzeugt: Schröder wird auf die PDS zurückgreifen, wenn es anders nicht geht. Wir müssen das mit aller Kraft verhindern: Aus dem Kanzleramt darf kein Rotes Rathaus werden!

Gerhard Schröder bittet die Wählerinnen und Wähler: „Gebt mir weitere vier Jahre.“ Ja für was denn? Nochmals vier Jahre Verlängerung für diese Mannschaft?

- **Vier weitere Jahre** für Verteidigungsminister Scharping? Den hat Schröder doch innerlich schon ausgemustert.

- **Vier weitere Jahre** für Finanzminister Eichel? Der Mann steht für die höchste Neuverschuldung in Europa, für Steuerausfälle in Milliardenhöhe und für den schamlosen Griff in die Taschen der Länder und Kommunen.

- **Vier weitere Jahre** für Landwirtschaftsministerin Künast? Sie ist doch eine einzige politische Katastrophe! Das haben unsere Bauern nicht verdient, die haben mit Naturkatastrophen schon genug zu kämpfen!

- **Vier weitere Jahre** für

Arbeitsminister Riester? Alles, was er anpackt, geht schief: Das Job-Aktiv-Gesetz – gescheitert, die Reform der Arbeitsvermittlung – Funkstille, die Riester-Rente – ein bürokratischer Flop. Das ist kein Arbeitsminister, das ist ein Master of Desaster!

- Und die meisten anderen aus der Mannschaft sind nicht einmal für den Bundeskanzler erwähnenswert. Da hat er Recht! Dieses Schattenkabinett regiert noch 96 Tage, die überstehen wir auch noch!

Mit dieser rot-grünen Truppe hat Deutschland wirtschaftlich verloren – gegen Frankreich, gegen Italien, gegen Dänemark, ja sogar gegen Portugal und Griechenland! Überall ist Deutschland unter Rot-Grün wirtschaftliches und politisches Schlusslicht in Europa!

- Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum,
- Schlusslicht beim Beschäftigungswachstum,
- Nur in einem ist Deutschland kein Schlusslicht: Bei den Unternehmenspleiten. Da sind wir Spitze in Europa!

Wer in vier Jahren nichts schafft, bringt doch auch in acht Jahren nichts zustande. Für diese Politik darf es keine Verlängerung geben!

In 96 Tagen muss es heißen: Das Spiel ist aus! Deutschland kann's besser!

Was hat Gerhard Schröder vor den Wahlen nicht alles versprochen? Gerhard Schröder ist doch der Kanzler der gebrochenen Versprechen! Ich nenne nur wenige Beispiele:

ARBEITSLOSIGKEIT

■ **Versprochen:** Die Zahl der Arbeitslosen sinkt unter 3,5 Millionen. ■ **Gebrochen:** Im Jahr 2002 sind vier Millionen Menschen arbeitslos.

Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt hat dazu Schröder vor kurzem ins Stammbuch geschrieben: „Arbeitslosigkeit hat nichts mit Globalisierung zu tun. Sie ist vollständig hausgemacht.“ (FAS, 9. Juni 2002) Vielen Dank, Helmut Schmidt, für Ihren Freimut, diese Wahrheit auch öffentlich auszusprechen!

STAATSFINANZEN:

■ **Versprochen:** Sanierung der Staatsfinanzen. ■ **Gebrochen:** Deutschland hat 2002 die höchste Neuverschuldung in Europa.

GESUNDHEITSREFORM:

■ **Versprochen:** Bezahlbare Gesundheit für alle. ■ **Gebrochen:** 2002 Rekordbeiträge zur Krankenversi-

cherung, Spitzenmedizin nicht mehr für jedermann.

ÖKOSTEUER:

■ **1998 versprochen:** Bei 6 Pfennig Ökosteuer ist Ende der Fahnenstange. ■ **Gebrochen:** 2003 zahlen wir über 15 Cent Ökosteuer pro Liter.

Erwartet Gerhard Schröder wirklich eine Verlängerung für seine Politik des gebrochenen Wortes? Dafür gibt es keine Verlängerung! Schröder hatte seine Chance! Er hat sie nicht genutzt. Eine zweite Chance für Schröder kann sich Deutschland nicht leisten.

Wofür will er eigentlich eine Verlängerung? Wofür steht er denn?

■ 1998 wurde die „Neue Mitte“ ausgerufen. Was ist heute davon übrig geblieben? Nichts! Kein Wort mehr davon im SPD-Wahlprogramm. Jetzt sucht Schröder verzweifelt Zuflucht bei der alten Linken à la Lafontaine.

■ Erinnern Sie sich noch an das Schröder-Blair-Papier? Schröder nicht mehr, denn da ging es um Leistung, Eigenverantwortung und Dynamik in Staat und Gesellschaft. Jetzt setzt Schröder nämlich auf den Umverteilungsstaat alter Prägung.

Sein Motto: Regieren nach Tagesparolen. Sein

Programm: Der oder ich. Mehr Grundsätze hat der doch nicht!

Wenig Inhalt – viel Show! Bei Schröder weiß wirklich niemand, wofür, wozu und mit welchen Zielen er Deutschland regiert.

Ich wundere mich, was die vielen hunderttausend Mitglieder der SPD mit sich machen lassen. Sie sind der Programmpartei SPD beigetreten, weil sie Politik gestalten wollen – mit Inhalten und Idealismus. Sie wollen doch nicht dem Ehrgeiz eines einzelnen Mannes dienen, der einmal nachts am Zaun des Bundeskanzleramts gerüttelt hat.

Vor Jahren rief er: „Ich will da rein“. Liebe Freunde: Der muss da wieder raus!

Berechenbare Politik von CDU und CSU

Deutschland braucht jetzt eine Regierung, die eine verlässliche und berechenbare Politik betreibt, weil sie Prinzipien hat und Werte verkörpert: Das Fundament von CDU und CSU ist das christliche Menschenbild. Bei uns zählen:

- Leistung **und** Solidarität,
- Individuelle Freiheit **und** soziale Sicherheit,
- Eigenverantwortung **und** Hilfe für Bedürftige,

- Weltoffenheit und Heimat,
- Fördern und Fordern.

Deshalb war, ist und bleibt unsere Politik berechenbar.

Unsere Politik war und ist auch erfolgreich, weil sie den Menschen die besten Chancen eröffnet. Pisa ist dafür der beste Beweis!

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die linken Schulexperimente sind gescheitert. Linke Schulpolitik hat einer ganzen Generation Chancen und Erfolg erschwert.

■ Die Fünfjährigen in Bremen, NRW oder anderen SPD-regierten Ländern sind doch nicht dümmer als zum Beispiel die Kinder in Baden-Württemberg oder Bayern!

■ Wenn die Schulleistungen von 15-jährigen Schülern in den SPD-Ländern schlechter sind, kann dafür nur die linke Schulpolitik der SPD seit den 70er Jahren verantwortlich sein.

Schluss mit linker Schulideologie auf dem Rücken unserer Kinder

Was wir aber brauchen, sind Qualität und Leistung an allen Schulen in Deutschland. Das ist das Beste für die

Zukunft unserer Kinder in ganz Deutschland.

Und weil die SPD ihr Versagen nicht eingestehen will, zettelt sie jetzt eine sinnlose Zuständigkeits- und Zentralisierungsdiskussion an. Pisa muss doch auch dem verbohrtesten Schulideologen klar gemacht haben: Schluss mit linker Schulideologie auf dem Rücken unserer Kinder!

Mit unserem Regierungsprogramm zeigen wir: Wir sind die bessere Regierung, wir machen die bessere Politik für Deutschland. Und in 96 Tagen geht's los!

Trotz der angeblich größten Steuerreform aller Zeiten zahlen Bürger und Unternehmen heute 29 Milliarden Euro mehr Steuern als 1998. Und jetzt diskutiert die SPD auch noch eine Anhebung der Erbschafts- und Schenkungsteuer und die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Dieser Weg in den Steuerdschungel ist doch perspektivlos! Damit würgt man wirtschaftliche Dynamik ab.

Wir wollen alle in Deutschland, Bürger, Unternehmen und auch Unternehmer wirksam entlasten!

- Wir werden als erstes Signal die nächste Stufe der Ökosteuer aussetzen.
- Und wir werden zum 1. Ja-

nuar 2004 eine große Steuerreform auf den Weg bringen. Unsere Leitlinien sind dabei: „einfacher, niedriger, gerechter“.

Durch gezielte Förderung raus aus der Sozialhilfe und rein in die Arbeit

Wir werden für neue Dynamik und neue Chancen am Arbeitsmarkt sorgen. Wir werden unnötige Regulierungen und Einstellungshemmnisse beseitigen und kleinere Beschäftigungsverhältnisse effektiv fördern.

Ich verspreche Ihnen: Das alte 630-Mark-Gesetz kommt wieder, und mehr: 400 Euro im Monat brutto für netto! Und wir werden durch gezielte Förderung Menschen raus aus der Sozialhilfe und rein in Arbeit und Beschäftigung bringen. Damit können bis zu 800.000 neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Das ist doch eine klare Perspektive für Hunderttausende in Deutschland!

Die SPD setzt einseitig auf die Großindustrie. Die Genossen haben es bis heute nicht verstanden: Der Mittelstand ist der Job-Motor Nummer eins in Deutschland, dort entstehen die meisten neuen Arbeitsplätze.

dort werden 80 Prozent der Lehrlinge ausgebildet.

Es ist daher der Kardinalfehler der rot-grünen Steuerreform, dass sie mittelständische Personenunternehmen gegenüber großen Kapitalgesellschaften massiv benachteiligt. Diesen Webfehler werden wir beseitigen! Wir wollen auch Mittelstand, Selbstständige und Existenzgründer mit optimalen Rahmenbedingungen fördern.

Dazu werden wir vor allem auch Bürokratie abbauen, die Investitionen und Beschäftigung hemmt. Bei Bürokratie und Regelungsdichte ist Deutschland ganz vorne dabei. Für die Gründung einer GmbH sind in Großbritannien nur sieben Tage, in den USA zehn Tage, in Deutschland aber rund vier Monate notwendig (Wirtschaftswoche, 14. Februar 2002). Da will sich doch keiner selbstständig machen!

Arbeitsplätze werden von Unternehmern und Existenzgründern geschaffen

Wir brauchen aber mehr junge Unternehmer. Denn Arbeit gibt es genug in Deutschland. Woran es fehlt, sind Arbeitsplätze. Und Arbeitsplätze werden von Un-

ternehmern geschaffen, von Existenzgründern.

Sie sind es, die Innovationen vorantreiben, die neue Märkte erobern, die in neue Produkte investieren. Sie sind die Baumeister unserer Zukunft.

Vor allem der Osten Deutschlands braucht mehr selbstständige Unternehmer. Die Selbstständigenquote in den neuen Ländern ist noch viel zu gering!

Unter Gerhard Schröder ist der Aufbau Ost zum Abbau Ost geworden! Die Arbeitslosigkeit ist in den neuen Länder so hoch wie nie seit der Wiedervereinigung. Die Wirtschaft wächst erstmals seit der Wiedervereinigung langsamer als im Westen, die Schere zwischen Ost und West geht auseinander. Und die Abwanderung junger Menschen erreicht neue Rekordwerte.

Für diese Politik darf es keine Verlängerung geben! Damit muss in 96 Tagen Schluss sein!

Wenn der Abbau Ost nicht endlich gestoppt wird, hat ganz Deutschland keine gute Zukunft. Ganze Land-



striche, in denen die Jugend keine Perspektiven mehr für sich sieht, kann sich Deutschland nicht leisten! Wir wollen und werden das auch nicht tatenlos hinnehmen! Die Abwanderung junger und kreativer Leute aus dem Osten muss gestoppt werden.

Schröders „Chefsache Ost“ – das ist doch angesichts dieser Ergebnisse keine Verheißung für die Menschen, sondern eine Drohung! Bei uns ist der Aufbau Ost keine blutleere Chefsache, bei uns steht dafür der richtige Mann: Lothar Späth!

Wir brauchen Reformen, die den Arbeitsmarkt entfesseln. Wir müssen Bürokratie abbauen. Wir müssen Inno-

vationen fördern. Wir müssen die Wachstumskräfte stärken. Darum geht es am 22. September.

■ Wir brauchen viele gezielte Reformschritte hin auf ein großes Ziel: 3 mal 40 Prozent

Das heißt:

- Senkung des Spaltensteuersatzes auf unter 40 Prozent und damit eine Entlastung auf der ganzen Linie, die allen zugute kommt.
- Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent.
- Und es heißt: Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent.

Wir wollen, dass den Menschen in Deutschland mehr Geld in der Tasche bleibt! Mit jedem Prozent weniger Staatsquote geben wir den Menschen ein Stück ihrer eigenen Leistung, ein Stück Freiheit zurück!

Eine geringere Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben schafft mehr Leistungsanreize. Und das führt zu mehr Einnahmen des Staates und auch zu mehr Einnahmen der Sozialkassen. Gerhard Stoltenberg hat das mit seiner großen Steuerreform Mitte der 80er Jahre bewiesen!

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein deutliches Wort sagen. Unser Regierungsprogramm wird ab dem 22. September in die Tat umgesetzt – ohne Zögern und Zaudern. Und lassen sie mich auch noch eins klarstellen. Wir werden das umsetzen, was wir im Regierungsprogramm ankündigen und nichts anderes.

Wir werden die notwendige Erneuerung Deutschlands mit den Menschen und nicht gegen sie durchführen. Das ist das Markenzeichen von CDU und CSU. Wir wissen: Wir dürfen die Reformbereitschaft der Menschen nicht überfordern. Die Arbeitnehmer und ihre Familien erwarten zu Recht auch Sicherheit. Deshalb wollen wir keine amerikanischen „Hire and Fire“-Verhältnisse in Deutschland.

- Wir erhalten die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.
- Wir erhalten den Kündigungsschutz.

Für uns sind aber auch ältere Arbeitnehmer vollwertige Arbeitnehmer, die nicht zum alten Eisen gehören. Aber welcher ältere Arbeitslose bekommt denn heute noch eine Stelle? Wir wollen deshalb älteren Arbeitslosen die Chance auf einen Arbeitsplatz eröffnen, indem wir ihnen ein Wahlrecht

zwischen dem bestehenden Kündigungsschutz und einer Abfindungszusage des Arbeitgebers einräumen.

Wer das als Abbau von Schutzrechten bezeichnet, weiß nicht, wovon er redet. Die wahren Alternativen heißen doch: Wollen wir Älteren eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben oder wollen wir sie zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilen? Wir sind für die Chance!

■ Wir haben die richtigen Köpfe und Ideen für unsere Ziele

Unser Regierungsprogramm ist ein ehrliches Angebot an die Menschen in Deutschland! Und wir haben auch die richtigen Köpfe für unsere Ziele und Ideen!

Zu jedem Team gehört ein guter Spielführer. Aber ein Spielführer allein kann kein Spiel gewinnen. Er braucht eine starke und kompetente Mannschaft! Wir, CDU und CSU, haben ein kompetentes Team, das alles geben will für eine gute Zukunft in Deutschland!

Lieber Lothar Späth! Du warst ein erfolgreicher Ministerpräsident, du bist ein erfolgreicher Unternehmensführer. Mit Dir hat der Aufschwung ein Gesicht! Deutschland kann's besser



mit den richtigen Konzepten und Ideen.

Was Lothar Späth in der Wirtschaftspolitik ist, ist **Annette Schavan** in der Bildungspolitik. Sie hat letzte Woche im Deutschen Bundestag die ganze Bildungspolitik der SPD glänzend zerlegt und unsere Alternativen deutlich gemacht. Vielen Dank für Ihre großartige Rede.

Wolfgang Schäuble ist ein international anerkanntes politisches Schwergewicht. Er wird mit seiner ungeheuren Erfahrung und seiner politischen Brillanz unserer Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik wieder neuen Schwung geben.

Und ich kann Ihnen allen versichern: In den nächsten Tagen wird unser Kompetenzteam um weitere hervorragende Frauen und Männer aus ganz Deutschland wachsen.

Gerhard Schröder hat recht: Bei der Bundestagswahl am 22. September geht es um eine Richtungsentcheidung. Aber nicht zwischen links oder rechts, nicht vorwärts und rückwärts, wie

er es uns weis machen will. Es geht um aufwärts oder abwärts.

Denn wir brauchen als alter erstes mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze, damit der Staat mehr Steuern und die Sozialkassen mehr Beiträge einnehmen.

Nur durch diese Dynamik gewinnen wir den politischen Gestaltungsraum für eine Gesundheitspolitik, eine Rentenpolitik, eine Familienpolitik, die das Wort sozial wirklich verdienen.

Dafür hat Schröder keine Konzepte, nur Sprechblasen. Deshalb will er sich jetzt im Wahlkampf in andere Themen flüchten. Und siehe da: Plötzlich haben Gerhard Schröder und die SPD die Familienpolitik für sich entdeckt.

Die Linken hatten das Wort Familie auf den ideologischen Index gesetzt

Die Union hat schon in den 80er Jahren mit dem Bundesziehungsgeld für die Familien gekämpft! Damals stand das Wort „Familie“ noch auf dem ideologischen Index der Linken.

Die Familie ist eines der wichtigsten Anliegen für die Menschen und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

- Was gilt die Leistung einer Mutter und eines Vaters in unserer Gesellschaft?
- Wie unterstützen wir sie?
- Wie kinder- und familiengerecht sind unsere Städte und unsere Arbeitswelt?

All die Fragen betreffen Familien in Deutschland, das Herz unserer Gesellschaft.

Hier entscheidet sich, ob wir eine menschliche Gesellschaft bleiben.

Hier entscheidet sich, ob unsere Gesellschaft lebendig, innovativ und leistungsfähig bleibt.

Hier entscheidet sich unsere Zukunft.

Ich weiß, wie wichtig es heute vielen Frauen ist, Kinder zu haben **und** gleichzeitig einem Beruf nachzugehen –

- weil sie unabhängig sein wollen,
- weil ihnen ihr Beruf Spaß macht,
- Viele Frauen müssen auch arbeiten –
- weil einfach das Geld nicht reicht oder
- weil sie ihre Kinder allein erziehen müssen.

Ich habe selbst zwei Töchter. Ich weiß, wie wich-

tig ihnen Familie, Kinder, aber auch ihr Beruf und ihre Unabhängigkeit sind. Ich verstehe und unterstütze das!

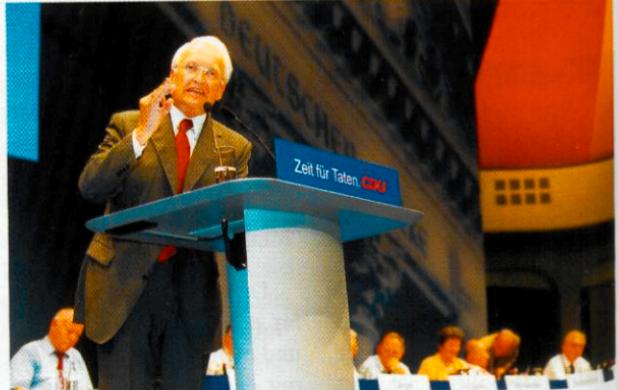
Ich weiß und erlebe deshalb aber auch in meiner eigenen Familie, wie schwierig es für junge Eltern ist, Familie und Beruf zu vereinbaren. Vielerorts gibt es noch zu lange Wartelisten für den Platz in der Kinderkrippe, bei der Tagesmutter oder im Hort.

Deshalb brauchen wir ein besseres Betreuungsangebot. Wir leisten – und da spreche ich für alle Ministerpräsidenten der Union – bereits heute eine ganze Menge für den Ausbau des Betreuungsangebots, mehr als so manches SPD-regierte Land. Und wir sind dabei, das noch zu steigern.

Dafür brauchen wir wahrlich keine Nachhilfe vom Bundeskanzler. Jetzt will Schröder mit der Gießkanne 4 Milliarden Euro für Ganztagsschulen bereitstellen.

Statt das Geld über zentralistische Förderprogramme für vier Jahre zu verteilen, soll es es dauerhaft denen geben, die mehr davon verstehen: den Ländern und Gemeinden. Die wissen nämlich besser als der Bund, was Familien vor Ort brauchen!

Wir werden bereits zum 1. Januar 2003 dafür sorgen,



dass Eltern mehr Kinderbetreuungskosten von der Steuer absetzen können als bisher. Die Steuerpolitik ist eine Bundesaufgabe. Hier, wo der Bundeskanzler handeln könnte und handeln müsste, tut er nichts für die Familien. Wir werden das ändern!

Kinder dürfen für eine Familie nicht zum Armutsrisiko werden

Und wir werden schrittweise ein Familiengeld einführen. Damit wollen wir alle Familien materiell stärken. Kinder sind das kostbarste, was wir haben. Sie dürfen doch für eine Familie nicht zum Armutsrisiko werden.

Über eine Million Kinder sind heute von Sozialhilfe abhängig! Wer weiß, wie bitter es für ein Kind sein kann, beim Klassenausflug nicht mitfahren zu können,

weil das Geld nicht reicht, der darf doch nicht gegen unser Familiengeld wettern! Wir werden mit dem Familiengeld Familien und Kinder aus der Sozialhilfe holen!

Und um das ein für alle Mal klar zu stellen: Dieses Familiengeld steht allen Eltern zu, egal ob sie berufstätig sind oder nicht. Und wenn sie es zur Finanzierung von Kinderbetreuung einsetzen wollen, dann können sie das tun.

Wir wollen echte Wahlfreiheit schaffen! Darum geht es uns. Das entspricht unserer Vorstellung von einer individuellen, eigenverantwortlichen Lebensgestaltung in einer modernen Gesellschaft.

- Ob jemand Familie und Beruf vereinbaren will oder nicht,
- ob jemand heiraten will oder lieber ohne Trauschein zusammen leben,
- ob jemand als Mann und Frau oder in einer gleich-



geschlechtlichen Beziehung zusammen leben will –

das alles ist reine Privatsache. Das geht den Staat nichts an. Aufgabe des Staates ist es, für Familien und Kinder und damit für die Zukunft der Gesellschaft gute und gerechte Bedingungen zu schaffen. Dafür stehen CDU und CSU!

Aber damit auch eins klar ist: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Diesen Schutz von Ehe und Familie werden wir stets verteidigen und niemals aufgeben! Auch dafür stehen CDU und CSU!

Zur Familienpolitik gehört es auch, unseren Kindern alle Zukunftschancen zu geben.

Und hier geht es in Deutschland nicht gerecht zu! Die sozial Schwächeren in unseren Großstädten, im Frankfurter Gallusviertel, in Hamburg Wilhelmsburg, im

Münchner Hasenberg und in Berlin-Kreuzberg, müssen eine schwere zusätzliche Last tragen: Die Integration von Ausländern!

■ Wir wissen, was viele Ausländer mit ihrer Arbeit zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes beitragen

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land, und CDU und CSU sind ausländerfreundliche Parteien. Wir wissen, was viele Ausländer mit ihrer Arbeit zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes beitragen, wie viel kulturelle Bereicherung sie ins Land bringen. Aber darüber dürfen wir die Probleme nicht übersehen.

Deutschland integriert heute jedes Jahr 500.000 bis 600.000 Ausländer. Das ist eine große Leistung. Und diese Leistung wird doch ganz überwiegend von den

einfachen Leuten in den einfacheren Wohngebieten erbracht!

Und vor allem trifft es die einheimischen Kinder, die in den Schulen mit den Kindern der Zuwanderer zusammentreffen. Dabei kommt es zu riesigen Sprach- und Verständigungsproblemen.

Lassen Sie sich doch einmal von Eltern und Lehrern berichten, was es heißt, eine Klasse zu unterrichten, in der jeder zweite Schüler dem Unterricht nicht folgen kann, weil er zu wenig Deutsch versteht. Das bedeutet: Weniger Chancen für die einheimischen Kinder, weniger Chancen für die Ausländerkinder.

Trotzdem will Rot-Grün eine massive Ausweitung der Zuwanderung nach Deutschland!

- Das verkraftet unsere Gesellschaft nicht!
- Angesichts von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland besteht doch – mit Ausnahme von Spezialisten – auf absehbare Zeit kein Bedarf für weitere Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt!

Für uns gilt: Die Integrationsfähigkeit Deutschlands und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sind das Maß der Zuwanderung!

Deshalb sagen wir:

Deutschland braucht eine Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung. Deshalb haben CDU und CSU in großer Geschlossenheit das rot-grüne Zuwanderungsge-
setz abgelehnt. Und wir wer-
den nach der Regierungsum-
bernahme ein neues Gesetz
in Kraft setzen, das Zuwan-
derung wirklich steuert und
begrenzt!

Wir lassen es uns von der SPD nicht verbieten, dieses Thema, das die Menschen zutiefst bewegt und das für die gesellschaftliche Balance von entscheidender Bedeutung ist, verantwor-
tungsvoll und ernsthaft zu diskutieren.

Zum Miteinander gehört Vertrautsein mit der Sprache, Geschichte und Kultur Deutschlands

Wir wollen ein Miteinan-
der, kein Nebeneinander. Für
dieses Miteinander braucht
unsere Gesellschaft ein Min-
destmaß an Konsens über
ihre Werte. Grundlage dieses
Konsenses ist die Werteoord-
nung unseres Grundgesetzes.
Dazu gehört aber auch
Vertrautsein mit der Spra-
che, Geschichte und Kultur
Deutschlands.

Die Menschen in Deutschland wissen: Wir,

CDU und CSU, standen und stehen für Zusammengehörigkeitsgefühl und aufgeklärten Patriotismus, für ein positives Verhältnis zur deutschen Nation!

Dies war auch immer das Credo von Helmut Kohl! Aus diesem Bewusstsein heraus hat er die Deutsche Einheit geschaffen, die uns wahrlich nicht in den Schoß gefallen ist. Genau das wollen Rot-Grün vergessen machen! Die Einheit Deutschlands in Frei-
heit, mit unseren europäi-
schen Nachbarn – dies ist und bleibt das historische Ver-
dienst Helmut Kohls. Und dafür gebührt ihm unsere An-
erkennung. Helmut Kohl bleibt der Kanzler der Deut-
schen Einheit.

Ralf Dahrendorf hat Recht. Das sozialdemokra-
tische Zeitalter in Europa geht zu Ende. Spanien,
Österreich, Italien, Norwe-
gen, Dänemark, Portugal,
Holland und jetzt auch Frankreich: Links wird ab-
gewählt in Europa. Herzlichen Glückwunsch Jacques Chirac und Jean-Pierre Raffarin zum überragenden Wahlsieg!

Das ist ein weiteres er-
mutigendes und ver-
heißungsvolles Zeichen auch für die Bundestags-
wahlen am 22. September:
Die Franzosen haben gestern die Sozialisten und

Rot-Grün abgewählt. Für Lionel Jospin gab es nach ei-
ner Legislaturperiode keine Verlängerung. Auch für Gerhard Schröder wird es keine Verlängerung geben!

Die alte Programm-
partei SPD ist erschöpft. Sie hat nicht mehr die Kraft für die Modernisierung unseres Landes. Ihr fehlen auch die Köpfe dafür. Sie steht nicht mehr für Inhalte, sondern für Beliebigkeit.

Weil sie sich den Sieg selber nicht zutrauen, reden sie von einer Großen Koali-
tion. Diese SPD ist nicht einmal für eine Große Ko-
alition zu gebrauchen.

Sorgen wir dafür, dass Gerhard Schröder am 22. September abgewählt wird

Eine Partei, die ohne Murren ein Wahlprogramm beschließt, das statt Pro-
grammatik den Satz „Ger-
hard Schröder mag das Le-
ben“ enthält, hat sich aufge-
geben.

Da kann ich nur sagen:
Geben wir Gerhard Schrö-
der am 22. September die Chance, das Leben wirklich zu genießen! Sorgen wir dafür, dass er abgewählt wird!

CDU und CSU standen immer für eine klare und

wertbezogene Programmatis. Dafür stehen wir auch heute. Unsere Politik stand und steht auf einem tragfähigen Fundament.

Die Union ist seit dem Zweiten Weltkrieg die große, gestaltende und kraftvolle Volkspartei.

■ **Wir haben** die konfessionellen Gegensätze in Deutschland überwunden.

■ **Wir haben** Bauern und Beamte, Arbeiter und Angestellte, Sozialhilfeempfänger und Selbständige zusammengeführt und die gegensätzlichen Interessen zusammengebunden.

■ **Wir haben** die Zersplitterung und Zerklüftung der Gesellschaft mit vielen kleinen Parteien verhindert und so die Demokratie stabilisiert!

Dies ist uns deshalb gelungen, weil wir die Sorgen der Menschen aufgreifen, weil wir die zentralen Themen ansprechen, die die Menschen bewegen, und sie einer Lösung zuführen.

CDU und CSU haben in allen historischen Phasen unseres Landes Dynamik, Erneuerung und Reformkraft bewiesen. Wir haben die Erfahrung und die Kraft, Deutschland nach rot-grüner Beliebigkeit wieder Richtung zu geben.

Wir sagen den Bürgerin-

nen und Bürgern klar und deutlich, worum es geht am 22. September. Es geht um die Wahl

- zwischen neuen Arbeitsplätzen und steigender Arbeitslosigkeit,
- zwischen Leistungsfähigkeit und Schlusslicht,
- zwischen Aufschwung und Stillstand.

Darin liegt die eigentliche Richtungsentscheidung in diesem Wahljahr. Denn nur mit mehr Beschäftigung und mit mehr Wirtschaftsleistung schaffen wir auch wieder verlässliche soziale Sicherheit für die Menschen.

■
Ich sage Ihnen: Die Zeit der „ruhigen Hand“ ist vorbei

ERSTENS: Ich werde sofort nach meiner Wahl die nächste Erhöhung der Ökosteuer stoppen.

ZWEITENS: Ich werde sofort neue 400-Euro-Jobs für die Arbeitnehmer steuer- und abgabenfrei einführen. Und ich werde dafür sorgen, dass Arbeitslose über 50 wieder eine echte Chance auf Arbeit erhalten.

DRITTENS: Ich werde sofort in diesem Land den Grundsatz wieder durchsetzen: Wer arbeitet, muss

mehr in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet. Dafür werden wir Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Niedriglohnbereich reformieren.

VIERTENS: Ich werde die private Altersvorsorge wirklich attraktiv machen. Das bürokratische Monstrum Riester-Rente muss weg.

FÜNFTE NS: Ich werde eine Offensive Zukunft Ost starten und dafür auch Privatisierungserlöse des Bundes einsetzen.

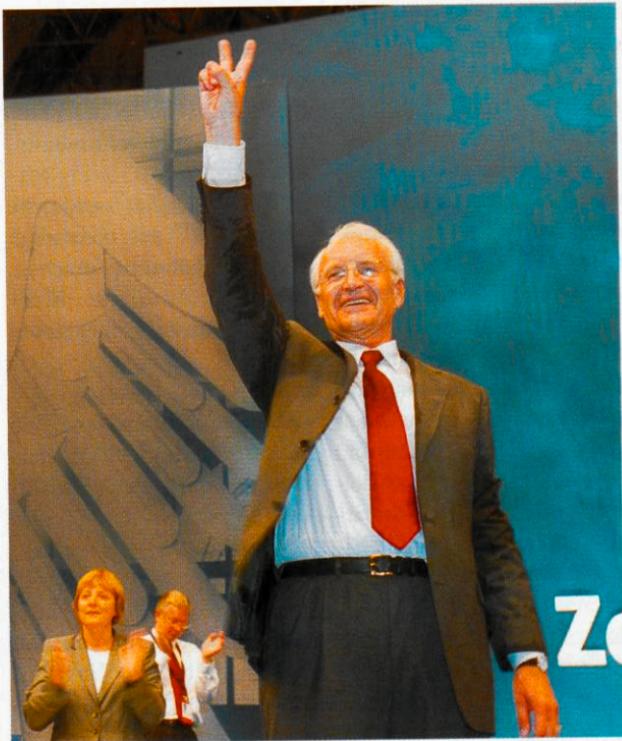
Diese Botschaften müssen wir in den kommenden 96 Tagen bis zur Wahl immer und immer wieder hinaus tragen zu den Menschen.

Und ich bin zuversichtlich. Wohin ich auch komme, welchen Landesverband der CDU ich auch besuche – überall wird diese Aufbruchsstimmung spürbar.

■ In Sachsen-Anhalt hat sie sich schon erfolgreich durchgesetzt – mit Wolfgang Böhmer.

■ Auch in Mecklenburg-Vorpommern stehen die Zeichen auf Sieg mit Eckhardt Rehberg.

■ In Niedersachsen kämpft Christian Wulff mit enormem Einsatz und hoher Kompetenz für den Sieg der Union.



- In Hessen steht Roland Koch für Aufbruch und Leistung. Das macht Mut für die Landtagswahlen 2003.
- Baden-Württemberg gehört zur Spitzenklasse in Deutschland – dank Erwin Teufel und der CDU. Die können wirklich alles außer Hochdeutsch!
- In Hamburg räumt Ole von Beust endlich auf mit dem rot-grünen Filz.
- Das Saarland macht Peter Müller souverän und umsichtig fit für die Zukunft.
- In Sachsen führt Georg Milbradt mit großer Erfah-

rung und Kompetenz das reiche Erbe von Kurt Biedenkopf fort.

- In Thüringen kämpft Bernhard Vogel wie der Löwe im Landeswappen für den Erfolg des Freistaates.
- In Nordrhein-Westfalen zeigt Jürgen Rüttgers: Dieses Land hat mehr verdient als diese ausgelaugte rot-grüne Koalition in Düsseldorf.
- In Berlin steht Christoph Stölzl für den Aufbruch der Hauptstadt-CDU.
- In Brandenburg hat Jörg Schönbohm die CDU zu neuer Stärke und Kampf-

kraft zusammengeführt.

- In Bremen hat Hartmut Perschau das Land nach vorne gebracht.
- In Rheinland-Pfalz steht Christoph Böhr für die Werte der CDU.
- In Schleswig Holstein kämpft Harry-Peter Carstensen mit der Nord-CDU für eine bessere Politik ohne Skandale.

In 96 Tagen muß Schluss sein mit rot-grüner Schlusslichtpolitik

Sie als Delegierte, die rund eine Million Mitglieder von CDU und CSU, unsere Orts- und Kreisvorsitzenden, unsere Mandatsträger auf den verschiedenen politischen Ebenen – ich bitte Sie: Gehen Sie hinaus zu den Menschen. Tragen Sie die Stimmung der Zuversicht und des Aufbruchs zu den Menschen in Deutschland. Werben Sie, überzeugen Sie!

Keine Verlängerung für Gerhard Schröder und seine Truppe!

Wir können regieren. Wir werden regieren.

■ Glück auf an Sie alle! ■ Glück auf CDU und CSU! ■ Glück auf Deutschland! ■ Es ist Zeit für Taten!

UP

LAURENZ MEYER:

Die gesamte CDU muss kämpfen – bis zum 22. September 18 Uhr

Am Freitag der letzten Woche haben wir in der Bundesgeschäftsstelle, auch vor der Öffentlichkeit, die letzten 100 Tage von Rot-Grün in Deutschland eingeläutet. Der rot-grüne Feldversuch wird in 97 Tagen beendet sein. Dann hat Deutschland wieder eine Chance für die Zukunft.

Aber das werden drei Monate harter, härtester Arbeit. Wir wollen und wir werden diese Wahl gewinnen. Der neue Bundeskanzler wird Edmund Stoiber heißen.

Lassen wir uns jetzt von den Umfragen nicht verrückt machen! Wahlen werden nicht in Sonntagsfragen gewonnen. Was zählt, sind die Stimmzettel am 22. September. Wir sind hier in Frankfurt, der Stadt der Automobilausstellung. Um im Bild zu bleiben, kann man ja sagen: Es ist beruhigend, dass wir zurzeit in der Pole-position sind.

Auch wenn sich der Abstand hin und wieder verändern sollte: Solange wir den Gegner im Blick behalten, ist es in Ordnung, und wenn

Bericht des Generalsekretärs



Laurenz Meyer auf dem 15. Parteitag der CDU in Frankfurt am Main am 17. Juni

der Gegner bei uns im Rückspiegel auftaucht, ist es umso besser.

Die SPD ist in den letzten vier Jahren als Partei im Kern stumm geblieben. Sie hat Regierungspartei gespielt. Oder können Sie sich an eine einzige Innovation, an eine einzige neue Idee aus der SPD in den letzten vier Jahren erinnern? Im Gegen teil, Prinzipien wurden aufgegeben und das, was die Regierung, was der Bundeskanzler gemacht hat, ist im Kern nichts anderes als das Wetteifern um den besten Sendeplatz in den Nachrichten-

tensendungen, reiner Opportunismus und sonst gar nichts. Wenn dann ein solcher Bundeskanzler anderen Opportunismus und Populismus vorwirft, ist das angesichts des Verhaltens, das er an den Tag gelegt hat, wirklich schon mehr als scheinheilig.

Lassen Sie mich deshalb in Ergänzung – Paul Spiegel musste schon gehen – einen aktuellen Punkt aufgreifen. Wir haben eine klare Position bezogen – und zwar durchgängig alle in der Parteispitze – zu den Vorgängen um die Äußerungen von Herrn Möllemann und anderen. Aber wenn die SPD anschließend die FDP zum Feindbild aufbaut, um hier ihren Wahlkampf führen zu können, dann muss ich einfach einmal darauf hinweisen, dass Günter Grass nichts anderes zum Lebensrecht Israels gesagt hat als Möllemann auch, und mit Günter Grass setzt sich der Bundeskanzler zu Biolek und feiert ihn als seinen Wahlkampfhelper. Das ist scheinheilig hoch drei.

Liebe Freunde, 1998 hieß der Wahlspruch der SPD „In-

novation und Gerechtigkeit“. Wenn wir das im Nachhinein aus der Sicht von heute – 2002 – übersetzen sollten, dann muss das Motto „Improvisation und Selbstgerechtigkeit“ heißen. Das ist die Wahrheit in den vergangenen Jahren gewesen.

■
Wir erinnern die
Wähler daran, was
Schröder 1998
versprochen hat

Gerhard Schröder hat seine Versprechungen nie eingelöst. Man will uns nun, wenn wir darauf hinweisen, vorwerfen, dies sei Negativ-Campaigning. Liebe Freunde, wenn nicht wir auf die miserable Bilanz dieser Regierung hinweisen – wer soll es denn sonst tun? Die anderen werden es uns doch nicht abnehmen, die machen es doch nicht selbst. Deswegen werden wir immer wieder darauf hinweisen, dass Gerhard Schröder seine Versprechen aus dem Wahlkampf 1998 nicht eingelöst hat. Deshalb haben wir diese Kärtchen nachgedruckt, weil man sie in der SPD-Geschäftsstelle nicht mehr bekommt. In dieser Sache müssen wir ein bisschen aushelfen, damit die Wähler an das erinnert werden, was 1998 versprochen wurde.

■ **Das erste Versprechen war:** Die Zahl der Arbeitslosen wollte Schröder unter 3,5 Millionen senken. ■ **Die Wahrheit:** durchschnittlich 4 Millionen Arbeitslose im Jahr 2002.

■ **Das zweite Versprechen:** Wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland. ■ **Die Wahrheit:** Wir sind Schlusslicht in Europa und das im Wahljahr 2002.

■ **Das nächste Versprechen:** Sanierung der Staatsfinanzen. ■ **Die Wahrheit:** Höchste Neuverschuldung in Europa, Stichwort blauer Brief.

■ **Dann kommt es ganz dicke:** Der Aufbau Ost wird Chefsache. Das war das Versprechen. ■ **Die Wahrheit:** höchste Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern im Jahr 2002 seit der Wiedervereinigung, das ist die Wahrheit zu diesem Versprechen von Herrn Schröder.

Deswegen sagen wir: „Versprochen – Gebrochen“, das ist die Bilanz dieser Bundesregierung. Auch deswegen werden wir es anders machen, weil wir wissen: Wenn wir uns so verhalten würden wie diese Bundesregierung jetzt, wären wir in vier Jahren genauso schnell

weg vom Fenster, wie es diese Bundesregierung jetzt sein wird.

„Mehr soziale Gerechtigkeit“, das war das Motto, unter das Gerhard Schröder seine Amtszeit als Bundeskanzler gestellt hat. Jetzt, auf dem DGB-Kongress, hat er versucht, wieder dieselbe Karte zu ziehen. Er hat dort gesagt: „Es geht um die Erneuerung unserer Gesellschaft in sozialer Gerechtigkeit.“

Nirgendwo ist der Gegensatz zwischen Wort und Wirklichkeit so eindrucksvoll wie beim Stichwort „soziale Gerechtigkeit“. Und die Menschen haben inzwischen gemerkt, dass die soziale Kluft in Deutschland größer geworden ist. Selbst 40 Prozent der SPD-Anhänger sind inzwischen mit der Arbeit der rot-grünen Bundesregierung unzufrieden und sagen, das Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ ist kein Markenzeichen der SPD mehr. Wenn Schröder sagt: „Der Mut wächst“, dann sagen wir dagegen: Wir haben den Eindruck, der Unmut in Deutschland explodiert. Schuld ist das Verhalten der Bundesregierung.

83 Prozent der Deutschen sagen in einer Allensbach-Umfrage, die soziale Kluft in Deutschland hat zugenommen. Diese Menschen liegen

richtig. Ich will Ihnen dafür fünf Beispiele nennen.

ERSTENS: Ökosteuer.

Während große Energieverbraucher durch Ausnahmeregelungen kaum oder gar nicht belastet werden, werden Rentner, Studenten, Familien, Arbeitslose und Handwerksbetriebe durch die Ökosteuer voll zur Kasse gebeten. Das nenne ich typische Politik à la SPD. Die ruhige Hand des Bundeskanzlers und von Rot-Grün steckt tief in der Tasche der Bürger in Deutschland, und das müssen wir ändern, da hat sie nämlich nichts zu suchen.

Liebe Freunde, wir sagen, das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

ZWEITES BEISPIEL: Gesundheit. Die Reserven der gesetzlichen Krankenversicherung sind aufgezehrt, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind im Schnitt auf 14 Prozent gestiegen, bei einzelnen Versicherungen auf 15 Prozent. Kassenpatienten bekommen oft nicht mehr die beste Medizin, sondern nur noch die billigste. Es gibt zwei Gruppen von Patienten, die ausgenommen sind. Das sind die Privatpatienten und die Sozialhilfeempfänger.

Meine Damen und Herren, Menschen mit chronischen Krankheiten erhalten nicht mehr in jedem Fall die notwendige Behandlung für ihre Leiden.

Da sagen wir: Das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

DRITTER PUNKT: Rente.

Die Rente, die eingeführt worden ist – Stichwort „private Altersvorsorge“ –, die so genannte Riester-Rente, ist ein Flop. Sechseinhalb Monate vor Ablauf der Frist haben über 30 Millionen infrage kommende Menschen noch keinen Vertrag für private Vorsorge abgeschlossen. Man liest, dass inzwischen 300 000 Verträge sogar wieder storniert sein sollen. Das eigentliche Ziel dieser Rentenreform, das Armutsrisko im Alter zu verringern, ist damit verfehlt worden – durch überbordende Bürokratie. Deshalb sagen wir: Wir werden das ändern.

Das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

VIERTER PUNKT: Arbeitsmarkt. Allein aus Gründen der Altersentwicklung sind in den vergangenen vier Jahren rund 800 000 Menschen aus der Statistik und aus dem

Erwerbsleben ausgeschieden. Alleine dadurch hätte die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgehen müssen. Es wird in Deutschland auch nicht mehr gearbeitet, denn die Zahl der Erwerbstunden ist seit dem Frühjahr 1999 zurückgegangen, im Jahr 2000 zum Stillstand gekommen, und sie geht seitdem stark zurück. Wir haben einmal – ich möchte dies auf der Großfläche zeigen – einmal die ganze Doppelmoral dieser Regierung aufgezeigt. Sehen Sie sich bitte diese Anzeige mit dem Logo der Bundesanstalt für Arbeit an. Sie sehen auf der Großfläche: „Kein Job – Wandern Sie aus!“ inseriert die Bundesanstalt für Arbeit. Hier werden arbeitslose, qualifizierte Facharbeiter aufgefordert, nach Skandinavien auszuwandern, und es wird ihnen sogar noch ein Sprachintensiv-training dafür angeboten.

Liebe Freunde, und das in einer Zeit, in der die SPD mehr Zuwanderung will. Damit wird der Facharbeitermarkt zusätzlich belastet.

Das ist ein Skandal, und das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

FÜNFTER PUNKT: Allein durch die Erhöhungen der Steuern und Abgaben

zum 1. Januar 2002 wurde die Hälfte der Steuerreform wieder aufgezehrt, den Menschen wurden durch Ökosteuer, Tabaksteuer, Versicherungsteuer und die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge 15 Milliarden Euro weggenommen. Der Mittelstand wird durch Rot-Grün massiv benachteiligt. Während Handwerker voll zur Kasse gebeten werden, wenn sie ihr Lebenswerk anschließend verkaufen, was auch ihre Altersversorgung darstellt, müssen große Kapitalgesellschaften bei der Veräußerung ihrer Finanzanlagen keinerlei Steuern bezahlen.

Das sind Steuergeschenke an die großen Unternehmen. Ich erinnere Sie an ein Plakat, das im Wahlkampf 1998 zu sehen war. Da steht eine Konditorenfamilie im vollen Ornat vor ihren Toren. Darüber hat die SPD geschrieben: „Das sind die, um die wir uns kümmern werden, und nicht um die in den obersten Etagen der Wolkenkratzer.“ Wo war denn dieser Bundeskanzler? Wenn überhaupt irgendwo, dann allenfalls in den obersten Etagen der Wolkenkratzer. Die anderen, die kleinen Leute haben ihn doch gar nicht interessiert. Das ist die Wahrheit.

Das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

Die SPD 2002, das sind die unsozialsten Sozialdemokraten, die es je gab, liebe Parteifreunde.

Unter dem Parteivorsitz von Schröder wurde die Identität der SPD regelrecht entkernt. Probleme wurden nicht angepackt. Wenn etwas getan wurde, dann war es allenfalls die Einrichtung von runden Tischen, Arbeitskreisen und Kommissionen. Um nur ein paar zu nennen: Nachhaltigkeitsrat, Nationaler Ethikrat, Weizsäcker-Kommission, Runder Tisch Gesundheit, Zuwanderungskommission und die Hartz-Kommission. Wann immer schwierige Situationen aufraten, wurden Dritte vorgeschickt. Wofür steht eigentlich Gerhard Schröder?

Bei gepfefferten Preisen und versalzenen Speisen bleibt die Kundschaft weg

Ich sage es Ihnen: Er steht für eine Politik ohne eigene Linie. Er hat zwar einen Posten, aber keine eigene Position. Das ist die ganze Wahrheit über diesen Bundeskanzler. Schröder hat selbst

einmal davon gesprochen, er sei der Chefkoch und Joschka Fischer sei der Kellner. Dazu sage ich Ihnen nur – geben Sie es ruhig weiter. Bei der Wahl wird es zugehen wie im richtigen Leben: Wenn die Preise zu gepfaffert und die Speisen versalzen sind, bleibt die Kundschaft weg. Das ist die Wahrheit und das werden wir bei der Wahl sehen.

Diesen Sozialdemokraten fehlt sogar offensichtlich jeder Respekt vor den Verfassungsorganen. Wir haben es bei der Verabschiebung des Zuwanderungsgesetzes erlebt. Ich will es einmal in ein Bild kleiden, damit es der eine oder andere draußen besser versteht. Stellen Sie sich einmal vor, ein junges Paar steht vor dem Standesbeamten, und der Standesbeamte fragt: „Wollen Sie heiraten?“ Darauf sagt der Mann Ja und die Frau Nein. Auf die erneute Frage sagt der Mann noch einmal Ja und die Frau: Sie kennen meine Position. Darauf sagt der Standesbeamte: „Hiermit erkläre ich Sie zu Mann und Frau.“ Das ist genau der Vorgang, wie wir ihn im Bundesrat erlebt haben.

Das werden wir nicht akzeptieren. Angela Merkel hat heute gesagt, wenn der Bundespräsident das Zuwanderungsgesetz unter-

schreibt, wird die Union das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Aber was noch wichtiger ist als diese juristische Auseinandersetzung, ist die Tatsache, dass wir dieses Zuwanderungsgesetz in der Sache ablehnen; denn mit ihm werden falsche Prioritäten gesetzt und falsche Weichenstellungen vorgenommen. Wir wollen nicht, dass unter dem Deckmantel „Zuwanderung steuern und begrenzen“ mehr Zuwanderung erfolgt. Wir wollen vielmehr Zuwanderung wirklich steuern und begrenzen. Auf dem Gesetz steht Begrenzung drauf, und drin ist mehr Zuwanderung. Das ist die Wahrheit über dieses Zuwanderungsgesetz.

Die Kinder von Zuwanderern haben nur dann eine Chance, wenn sie bei uns eine Schul- und Ausbildung erhalten

Wir merken es bei der Pisa-Studie, welchen Einfluss gerade der Anteil der Ausländer hat. Wir wollen, dass die Kinder mit sechs Jahren hier sind. Das wird verunglimpft. Es hat aber mit sozialem Verhalten nicht das Geringste zu tun, wenn in Zusammenhang mit



dem Familiennachzug ein höheres Alter ausgesucht wird. Man tut den Kindern doch keinen Gefallen. Die haben doch nur eine Chance, wenn sie bei uns die Schulbildung und Ausbildung erhalten haben. Sonst laufen sie wie auf Schienen in die Arbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe. Das wollen wir nicht für die Zukunft.

Die Arbeitslosigkeit der in Deutschland lebenden Ausländer ist prozentual doppelt so hoch wie die der Deutschen. Inzwischen sind 20 Prozent der jungen Türken ohne Hauptschulabschluss, 40 Prozent ohne Berufsausbildung. Wir können das nicht weiter hinnehmen.

Wir müssen mehr für die Integration tun. Wenn wir das aber wollen, müssen wir zunächst einmal darauf achten, dass die Zuwanderung nicht noch weiter steigt. Vielmehr müssen wir uns

zunächst um die kümmern, die hier sind.

Wir haben in dem Zusammenhang im letzten Jahr die Diskussion über die Leitkultur gehabt. Der eine mag das Wort, und der andere mag es nicht. Aber im Grunde ist das völlig egal. Was wir klipp und klar sagen müssen, ist, was dahinter stand: Wer hier in Deutschland dauerhaft leben will – ob Ausländer oder Deutscher –, muss nicht nur die Verfassung und die Gesetze beachten, sondern auch unsere Bräuche und Traditionen akzeptieren und sich danach richten.

Sie wissen ja, ich war letztes Jahr an der Diskussion über das Nationalbewusstsein beteiligt. Lassen Sie mich das einmal mit einem Bild verdeutlichen: Alle Kommunalpolitiker, die hier sitzen, engagieren sich für ihre Stadt bzw. Gemeinde, weil sie sie lieben. Ich kann

mir einfach nicht vorstellen, dass ein Bundespolitiker Politik für sein Land machen kann, wenn er Deutschland, sein Vaterland, nicht liebt. Sonst macht er es nur aus reinem Machtstreben und um der Karriere willen. Das wollen wir nicht.

Der Vorteil unseres Wahlkampfes: Wir haben unsere Planungen durchgehalten

Liebe Freunde, bereits im Frühjahr vergangenen Jahres haben wir die vorbereitenden Planungen unseres Wahlkampfes aufgenommen. Der Vorteil unseres Wahlkampfes ist: Wir haben alle unsere Planungen durchgehalten, manchmal auch gegen Kritiker aus den eigenen Reihen. Sie haben sich als richtig herausgestellt. Im Gegensatz zur SPD – und das darf ich an dieser Stelle sagen: auch zur FDP – haben wir unsere Strategie durchgehalten. Wir fahren keinen Zickzackkurs, sondern wir fahren geradlinig und unbeirrt Richtung Ziel.

An der Stelle kurz ein Wort in Richtung FDP. Ich hoffe, dass sich die FDP bald von der Krankheit erholt, die sie befallen hat. Sie wissen ja, die kränkeln zur Zeit alle auf Grund des so genannten

„Möllemann-Virus“. Das ist die Krankheit, die man bekommt, wenn man zu lange in der Luft gewesen ist.

Die werden sich hoffentlich bald erholen. Dann werden sie feststellen, dass sie ihre Strategie überprüfen müssen, dass es zu Ende ist mit dem Spaßwahlkampf und dass es darum geht, Kompetenz zu zeigen. Das ist die Wahlkampfelinie, die wir eingeschlagen haben.

Unsere Wahlkampforgанизation läuft rund. Es hat sich ausgezahlt, dass wir die Bundesgeschäftsstelle frühzeitig umstrukturiert haben. Es hat sich auch ausgezahlt, dass wir mit unserem Partner McCann-Erickson eine namhafte Agentur direkt in unsere Organisation eingebaut haben. Ich muss mich hier für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Wir führen einen sehr koordinierten Wahlkampf. Ich sage das auch ausdrücklich an die Adresse von Michael Glos und Thomas Goppel. Er ist auch sehr stark koordiniert zwischen CDU und CSU; Angela Merkel hat vorhin schon darauf hingewiesen. Die Zusammenarbeit könnte wirklich besser nicht sein.

Wir führen auch einen sehr stark koordinierten Wahlkampf mit der Basis der Partei. Wir haben früh-

zeitig die Landesgeschäfts-führer und die Generalsekretäre einbezogen. Wir haben jetzt in den Kampagnekonferenzen alle Funktionsträger, die es wollten, umfänglich informiert. Ich glaube, dass diese Information gut angekommen ist.

Wir führen einen klaren Wahlkampf. Wir haben starke Argumente, die überzeugen. Um diese Argumente auch richtig an den Mann zu bringen, ist es wichtig, dass wir uns im Rahmen dieser koordinierten Wahlkampfführung auch absprechen. Die regelmäßigen Treffen im Team 40 plus, die täglichen Telefonkonferenzen, die Zusammenarbeit mit der Fraktion und zwischen CDU und CSU zahlen sich aus.

Wir sind stolz auf die Geschlossenheit von CDU und CSU

Die Union spricht mit einer Stimme. Und das ist wichtig in diesem Wahlkampf. Wir haben in den letzten Monaten einen noch nie dagewesenen Rekordwert in Sachen Geschlossenheit von CDU und CSU erreicht. Darauf können wir stolz sein.

Wir führen einen modernen Wahlkampf mit anspre-

chenden Werbelinien. Die Botschaft muss immer auch zeitgemäß umgesetzt werden. Wir sind im Onlinewahlkampf führend. Selbst die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dies in einer Untersuchung ermittelt – und das alles vor dem Hintergrund, dass unser Wahlkampf-Budget ausgesprochen gering ist. Mit den neuen Wahlkampfseiten haben wir sogar noch einmal nachgelegt.

SPD-Anzeigen von miserabler Qualität

Dennoch: Wir haben rund ein Drittel weniger Mittel zur Verfügung als im letzten Bundestagswahlkampf. Auf der anderen Seite können die Sozialdemokraten doppelt so viel Geld ausgeben wie wir. Was die SPD in den letzten Wochen an Anzeigen geschaltet hat, ist mehr, als wir im gesamten Bundestagswahlkampf schalten können. Da aber die Anzeigen der SPD von einer solch miserablen Qualität sind, sage ich mir bei jeder Anzeige: Hopp, schon wieder 240 000 Euro weniger. Dieses Geld kann die SPD für andere Maßnahmen nicht mehr einsetzen. In diesem Fall passt der Spruch: Und das ist auch gut so.

Liebe Freunde, ich darf

Sie bitten, folgende Botschaft mit in die Wahlkreise zu nehmen. Bitte sagen Sie unseren Mitgliedern und all unseren Freunden und Anhängern, dass sie in der heißen Phase nicht nervös werden sollen, wenn die SPD mehr Anzeigen schalten und mehr Fernsehspots buchen kann als wir. Wahlen werden nicht durch Geld, sondern durch Argumente gewonnen. Wir haben die besseren Argumente. Deswegen fühlen wir uns stark.

Lassen Sie mich ein Wort zu der für uns völlig überraschenden Entscheidung des Berliner Oberverwaltungsgerichts sagen, das in Bezug auf die 21 Millionen Euro anders entschieden hat als das Verwaltungsgericht. Wir können feststellen: **Erstens.** Unser Wahlkampf ist durch diese Entscheidung nicht bedroht. **Zweitens.** Wir werden alle Rechtsmittel ausschöpfen, die uns bleiben. Um es in der Fußballsprache zu sagen: Es steht jetzt 1 : 1, und wir gehen in die Verlängerung. So weit zu diesem Thema, damit Sie es in den Kreisverbänden ansprechen können.

Wir haben viel weniger Geld und viel weniger Mitarbeiter als die SPD. Dennoch haben wir es geschafft, die Debatten zu bestimmen. Den Kampf um die Themen-

hoheit haben wir in den letzten Wochen und Monaten gewonnen. Ich möchte von dieser Stelle – ich bin sicher, Sie stimmen mir zu, dass das angebracht ist – unserer hochmotivierten und disziplinierten Truppe in der Geschäftsstelle ein herzliches Dankeschön aussprechen.

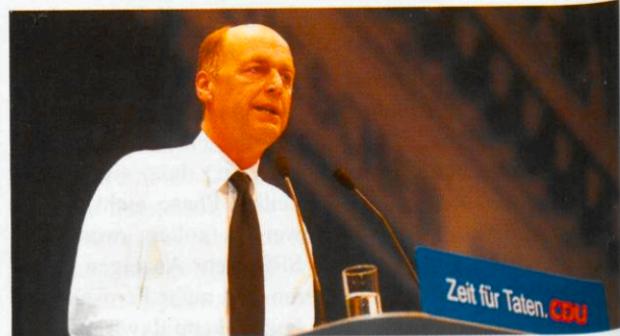
Die Arbeit macht Spaß, und die Arbeitsatmosphäre ist prima

Wir haben in der Geschäftsstelle eine tolle Truppe. Die Arbeit macht richtig Spaß, und die Arbeitsatmosphäre ist prima. Ich bin stolz auf diese Mitarbeiter und auf ihr Engagement. Die Truppe ist im Durchschnitt 36 Jahre jung. Wenn Sie abends um 22 Uhr bei uns anrufen, werden Sie mit Sicherheit noch einige von uns erreichen, die bei der Arbeit sind. Ich finde, es ist eine tolle Leistung, die hier erbracht wird – und das ohne jeden Druck, sondern aus eigenem Antrieb, weil wir diesen Wahlkampf gewinnen wollen.

Die SPD ist nervös; sie wechselt ständig ihre Strategie. Erst wollten sie unseren Kanzlerkandidaten in die rechte Ecke rücken. ■ **Gescheitert.** Dann wollten sie ihn als Kreidefresser dar-

stellen. ■ **Gescheitert.** Dann hieß Schröders Lösung „Ich oder er“. ■ **Gescheitert.** – Das war auch ein bisschen früh; er wollte diese Lösung erst in den letzten Wochen des Wahlkampfs ausgeben. – Die nächste Lösung hieß „Wir oder die“. ■ **Auch das ist schon wieder vergessen.** Jetzt wollen sie Angst vor dem politischen Gegner machen. Das ist das Schüren von sozialer Angst. Liebe Freunde, ■ auch diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt, weil wir gar nicht dieser miesen Propaganda entsprechen und von dem Bild weit weg sind, das die Sozialdemokraten über uns verbreiten wollen.

In den letzten Wochen ist klar geworden: Der Mythos „Kampa“ ist Geschichte. Müntefering und Co. zeichnen ein Zerrbild von Edmund Stoiber, als wenn er sich jeden Morgen zum Frühstück erst einmal zwei Arbeitnehmer sozusagen reinziehen würde. Das ist doch lachhaft bei einem Mann, der in seinem Bundesland über 50 Prozent der Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder erhält. Die Sozialdemokraten sollten erst einmal selber an die Arbeit gehen, ehe sie auf diese Art und Weise Menschen verunglimpfen.



■ Es ist die Einheit von Wort und Tat, die man bei Schröder vermisst

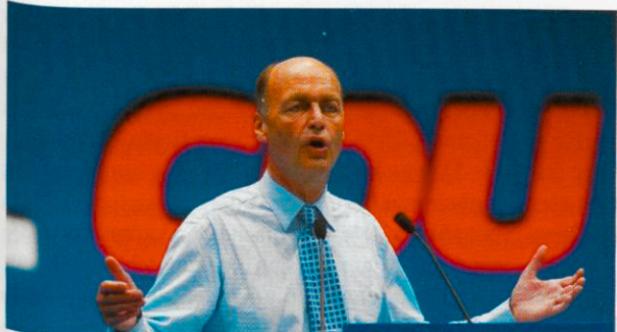
Es gibt noch einen weiteren kleinen, aber wichtigen Unterschied. Unser Kanzlerkandidat hält beim DGB und beim BDI dieselben Reden. Das kann man von Gerhard Schröder nun wirklich nicht behaupten. Deshalb stimmt, was wir sagen: Edmund Stoiber ist kantig, echt und erfolgreich. Das ist die Einheit von Wort und Tat, die man bei dem Bundeskanzler Schröder vermisst. Ich habe schon ein Versprechen abgegeben: Wir werden uns in den Gremien gemeinsam bemühen, dass er auch nach der Wahl weiter im Einsatz bleiben kann. Wir werden uns dafür einsetzen, dass er eine Talkshow im öffentlich-rechtlichen Fernsehen bekommen wird.

Im SPD-Programm steht auf Seite 1: „Gerhard Schrö-

der zeigt, dass er das Leben mag.“ Das hat mich an meine Zeit in der Industrie erinnert. Wenn sich jemand bei uns beworben hatte, dann war das nicht gerade ausreichend, wenn allein im Zeugnis stand, dass er sympathisch und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr beliebt wäre. Wenn dagegen in dem Zeugnis stand, er sei kompetent, tatkräftig und gewohnt, im Team zu arbeiten, dann war das eine sehr gute Beurteilung.

Liebe Freunde, wenn Sie als Mittelständler einen Mitarbeiter einstellen wollten, dann wäre Ihnen vielleicht derjenige, der das Leben liebt, sympathisch. Aber einstellen würden Sie doch den, der kompetent und tatkräftig ist und der im Team arbeiten kann. Das ist doch wohl klar.

Mit unserer Sachbotschaft und mit Edmund Stoiber als Kanzlerkandidaten wenden wir uns an eine



übergreifende Zielgruppe, die nicht durch Alter oder gesellschaftliche Stellung begrenzt wird. Wir wollen alle ansprechen, die bereit sind, etwas zu leisten – für sich und für andere. Wir wollen alle ansprechen, die selbst als Leistungsträger angesprochen werden möchten. Wir wollen alle ansprechen, die für ihre Leistung eine gewisse Sicherheit erwarten. Wir wollen schließlich die ansprechen, die für ihre Lebensleistung im Alter Anerkennung erwarten. Das sind unsere Zielgruppen.

Wir sprechen auch alle diejenigen an, die bei Rot-Grün hinten heruntergefallen sind

Unsere Botschaft „Leistung und Sicherheit“ richtet sich an die Sekretärin, den Handwerker, den Manager, den Studenten, die Existenzgründerin und den Rentner.

Wir sprechen auch alle die an, die bei Rot-Grün hinten heruntergefallen sind. Das sind die Jungen wie die Alten. Das sind die Familien, die Mittelständler und die Menschen in den neuen Ländern. Ich möchte zu diesen Gruppen ein paar Worte sagen.

Ich komme zunächst zur Jugend. In den Unterlagen der SPD steht, man habe die Jugendarbeitslosigkeit abgebaut. Das ist doch der reinste Hohn. Wenn man erlebt, was beispielsweise in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Schulbildung passiert, dann weiß man, warum die Jugendarbeitslosigkeit gestiegen ist. Gerade in dem letzten Monat Mai ist die Jugendarbeitslosigkeit gegenüber dem letzten Vorjahresmonat dramatisch gestiegen. Wenn man sieht, dass in Bayern ein Schüler bis zum neunten Schuljahr 1000 Unterrichtsstunden mehr erhält als ein Schüler in Nordrhein-

Westfalen – das ist ein gesamtes Schuljahr –, dann muss man sagen: Eine Landesregierung wie die in Nordrhein-Westfalen, die so etwas zulässt, versündigt sich an der Zukunft unserer Kinder.

In jedem Bereich sind die unionsregierten Länder besser als die SPD-regierten

Es ist auch kein Zufall, dass die Situation in den unionsgeführten Bundesländern auch im Bildungsbereich deutlich besser ist. Das ist genauso wie bei der inneren Sicherheit, beim Wirtschaftswachstum, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und beim Schuldenabbau: In jedem Bereich sind die unionsregierten Länder besser als die SPD-regierten Länder. CDU-Politiker in den Ländern und im Bund können es einfach besser. Das ist unsere Botschaft an die Menschen.

Liebe Freunde, ein Drittel der Wählerschaft ist älter als 60. Es soll sich keiner vormachen, wir hätten eine Art Dauerabo auf diese Stimmen. Die Menschen entscheiden nach ihrer eigenen Befindlichkeit und nach der Politik, die wir für sie machen. Deswegen dürfen

wir die Menschen mit dem Renteneintritt nicht abschreiben. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Rente für diese Menschen eine bloße Verteilmasse wird.

Liebe Freunde, wir dürfen nicht zulassen, dass in unserem Gesundheitswesen langfristig Zustände wie in England eintreten. Da bekommt man nämlich ab einem bestimmten Alter eine notwendige Operation nicht mehr, weil es sich nicht mehr lohnt, um es ganz brutal zu sagen. Das wird es mit der CDU/CSU in Deutschland nicht geben.

Auch SPD-Familienpolitik ein Fall von Wählertäuschung

Bundeskanzler Schröder und die SPD haben sich auf ihrem Parteitag auch mit Familienpolitik beschäftigt. Ich möchte zunächst einmal sagen, dass sich hier ein Fall von Wählertäuschung in diesem Wahlkampf anbahnt. Es wird versprochen – das ist ein riesengroßes Versprechen der Sozialdemokraten –, man werde nach der nächsten Wahl in der Legislaturperiode 4 Milliarden Euro für zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten und für Ganztagschulen ausgeben. Liebe Freunde, wissen Sie,

was das, wenn man das einmal herunterrechnet, für Ihre Heimatkreise, für Ihre Städte bedeutet? Das bedeutet für jede Schule 25 000 Euro im Jahr. Davon kann man noch nicht einmal Mittagessen bezahlen, geschweige denn die Lehrer oder den Ausbau der Schulen. Das mag vielleicht für das Saarland reichen, aber nicht für Deutschland. Wollen sie die Wähler in Deutschland veralbern? Ist das, was den Wählern angeboten wird, wirklich ernst gemeint? Es wird darauf gesetzt, dass man, wenn man 1 Milliarde hört, nicht mehr richtig herunterrechnet. Diese Aufgabe müssen wir übernehmen.

Wir werden in der Familienpolitik einen großen Schwerpunkt setzen. Ich war ganz glücklich, dass die Familienpolitik für Edmund Stoiber keine Pflichtaufgabe ist, sondern eine Herzensangelegenheit.

Worum geht es? Es geht nicht darum, dass sich die Politik in die Entscheidungen der Familien einmischt. Die Politik hat bei der Entscheidung, wie Familien leben wollen, nichts zu suchen. Die Entscheidung, wie Familien ihr Leben organisieren wollen, ist ausschließlich Sache der Eltern und der Kinder. Politik hat nur die

Aufgabe, Möglichkeiten zu schaffen, dass Frauen, insbesondere junge Frauen, Beruf und Familie zu vernünftigen Bedingungen unter einen Hut bringen können oder dass sich die Eltern entscheiden können, dass sich einer ausschließlich um die Kinder kümmert. Beide Entscheidungen sind gleichwertig und müssen möglich gemacht werden. Entscheiden aber müssen das die Familien ganz allein.

Schröders „Chefsache“ Ost ist zur Bedrohung geworden

Nun zu den Menschen im Osten und der Drohung von Gerhard Schröder Chefsache Ost: Das Wachstum dort ist schwächer als in den alten Bundesländern. Die Schere geht im Gegensatz zu den Zeiten der Regierung Kohl auseinander. Die Arbeitslosigkeit ist so hoch wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die Chefsache Ost ist endgültig zur Bedrohung für die Menschen geworden. Viele junge Menschen haben aus dieser Situation leider schon Konsequenzen gezogen, haben ihre Koffer gepackt und sind in den Westen gegangen, um dort Arbeit zu suchen und zu finden.

Dass vernünftige Politik

und Wahlerfolge der CDU hier etwas verändern können, dafür habe ich für Sie ein wunderschönes Beispiel zum Weitererzählen, und zwar aus der Berichterstattung im Fernsehen über die großartige Wahl in Sachsen-Anhalt, in die wir alle – ich danke allen noch einmal, die sich daran beteiligt haben – viel Kraft investiert haben. Es wurde ein junger Mann auf der Straße angesprochen, wie seine Reaktion auf das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt sei. Der junge Mann hat in die Fernsehkameras hinein gesagt: „Ich habe sofort meine Frau angerufen und habe ihr gesagt: Schatz, pack die Koffer wieder aus. Wir bleiben in Sachsen-Anhalt, wir werden es jetzt hier schaffen.“ Das ist die Botschaft, die von unserem Wahlsieg ausgegangen ist.

Den Menschen substantielle Antworten auf ihre Fragen geben

Liebe Freunde, die Pro grammarbeit, die unter der Führung von Angela Merkel geleistet worden ist und die sich in unserem Regierungsprogramm „Leistung und Sicherheit“ niederschlägt, hat sich ausgezahlt. Wir wollen den Menschen substantielle Antworten auf

ihre Fragen geben. Wir wollen Leistung belohnen und attraktiv machen und zugleich Sicherheit schaffen; dem haben wir uns für die kommenden Jahre verpflichtet. Deshalb lassen Sie mich einen Zusammenhang ansprechen, weil er in der Berichterstattung leider Gottes so nicht herausgekommen ist.

Eine echte Steuerreform und die Reform der sozialen Sicherungssysteme gehören zusammen. Da eine ist ohne das andere nicht möglich. Wir haben einmal Folgendes ausgerechnet: Ein Arbeitnehmer in Deutschland, der im Jahr 33 000 Euro verdient, müsste bis heute, 17. Juni, arbeiten, um nur Steuern und Abgaben zahlen zu können. Erst ab morgen verdienter in die eigene Tasche. Schon bei 33 000 Euro pro Jahr ist die Belastung so hoch, dass er erst ab morgen in die eigene Tasche arbeitet. Können Sie mir einmal sagen, wie man einem solchen Arbeitnehmer wirklich zumuten kann und wie er es leisten soll, dass er in größerem Maße private Altersvorsorge betreibt? Wir müssen doch zunächst einmal mit den Steuern herunter, bevor wir unsere Mitbürger auffordern können, einen größeren Teil an privater Altersvorsorge beizutragen.

Die Zusammenhänge sind doch eindeutig. Das kann sich ein Durchschnittsverdiener sonst gar nicht leisten, das in dem Maße aufzubringen. Deshalb gehören Steuerreform und Reform der sozialen Sicherungssysteme unabdingbar zusammen. Wenn Herr Schröder sagt: „Eine Steuerreform ist nicht finanzierbar“, aber er will den Menschen trotzdem eine private Altersversorgung abverlangen, dann zeigt das nur: Wir haben eine andere Einstellung zu sozialer Politik für die Menschen in Deutschland als die derzeitige Regierung.

Staatsquote unter 40 Prozent ist ein langfristiges Ziel

Einer der Punkte unseres Regierungsprogramms, der viel diskutiert wird, ist das Projekt 3 x 40. Nun muss man einmal, damit es keine Missverständnisse gibt – der eine oder andere hat das vielleicht nicht richtig nachgelesen –, darauf hinweisen, dass das im Zeithorizont ganz unterschiedliche Programm punkte sind. Die Punkte Spaltensteuersatz unter 40 Prozent und Eingangssteuersatz unter 15 Prozent wollen wir in der nächsten Legislaturperiode

erledigt haben. Das steht in der nächsten Legislaturperiode an. Sozialversicherungsbeträge unter 40 Prozent ist ein mittelfristiges Ziel. Ob wir das in der nächsten Legislaturperiode erreichen, muss man sehen, wenn ja, ist das gut. Aber wir legen uns da nicht fest. Es sind riesige Anstrengungen nötig, um das zu erreichen. Staatsquote unter 40 Prozent ist ein langfristiges Ziel. Bei dem Misserfolg, den diese Regierung gehabt hat, wird man knapp zehn Jahre brauchen, um dieses Ziel zu erreichen.

Versprochen – gebrochen: auch bei der rot-grünen Steuerpolitik

Als Gerhard Schröder auf dem DGB-Kongress zur Staatsquote gesagt hat, wir, die CDU/CSU, setzten die Abrissbirne an die Grundmauern des Sozialstaates und damit an die Zukunft unseres Landes, fing ich wirklich an, mir allen Ernstes Sorgen um das Gedächtnis dieses Mannes zu machen. Entweder hat er ein schlechtes oder gar kein Gedächtnis, oder er lügt frech drauf los. Denn er hat vor drei Jahren noch selber vorgetragen, dass es sein Ziel ist, dass er

die Staatsquote unter 44 Prozent drücken will. Das wollte er schon im Jahre 2000 erreichen.

Liebe Freunde, versprochen – gebrochen, auch in diesem Bereich. Dieser Bundeskanzler Gerhard Schröder hat es eben nicht geschafft und jetzt versucht er, andere zu verunglimpfen. Das lassen wir nicht zu.

Liebe Freunde, im ersten Jahr einer CDU/CSU-Regierung werden vier finanzielle Maßnahmen anstehen:

■ ERSTENS: Angela Merkel hat es vorhin angesprochen -: Die Ökosteuer wird zum 1. Januar 2003 nicht erhöht werden.

■ ZWEITENS: die Einführung unseres so genannten Dreisäulenmodells. In diesem Zusammenhang möchte ich in erster Linie den Punkt „400-Euro-Verträge“ ansprechen. Wir werden die alte 630-DM-Regelung im Prinzip wieder einführen. Man kann in Deutschland in Zukunft wieder bis zu 400 Euro steuerfrei hinzuerdienen. Der Arbeitgeber zahlt einen Steueranteil von 20 Prozent. Dieses Geld wird an die Sozialversicherungssysteme abgeführt. Die Menschen, die hinzuerdienen wollen,

sind alle fleißig. Es sind doch keine Großverdiener, sondern normale Arbeitnehmer, die ein bisschen etwas zu verdienen wollen, damit sie sich mit den Kindern einen Urlaub leisten oder ein paar Sachen zusätzlich kaufen können. Wir werden das wieder möglich machen in Deutschland. Das ist für die Vereine, für die Verbände und für die Menschen gut.

Was den zweiten Teil des Dreisäulenmodells angeht: Heute Morgen hat es wegen einer Äußerung von Friedrich Merz Verwirrung gegeben. Ich verstehe diese Verwirrung überhaupt nicht. Arbeitslose, die eine Arbeit annehmen, deren Nettolohn bisher bezogene Sozialleistungen nicht erreicht, sollen einen Aufstockungsbeitrag erhalten. Aber wer sich dann weigert, eine Arbeit anzunehmen, der wird mit Kürzungen seiner Sozialleistungen rechnen müssen.

Auch wenn es vor wenigen Jahren noch ein Tabu war, müssen wir in diesem Wahlkampf immer wieder folgenden Satz sagen: Wer in Deutschland arbeitet, der muss mehr Geld in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet.

■ DRITTENS: Die Anrechnung von Kinderbetreu-

ungskosten. Wir werden das schon zum 1. Januar 2003 in einem Rahmen zwischen 1 000 Euro und 5 000 Euro wieder möglich machen.

■ VIERTENS: Die frohe Botschaft an alle Kommunalpolitiker lautet: Die Gewerbesteuerumlage wird auf den alten Stand zurückversetzt. Für die Kommunen gibt es ab dem 1. Januar 2003 3 Milliarden Euro zusätzlich.

Wir müssen im Jahr 2003 die Spielräume für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen. 2004 können wir dann mit Maßnahmen wie der Steuerreform anfangen.

Zurzeit wird die wirtschaftliche Stimmung in Deutschland nach meiner festen Überzeugung leider noch falsch dargestellt. Wer sich mit Mittelständlern vor Ort, aber auch mit den großen Unternehmern unterhält, der stellt fest: Die Lage ist schlechter, als in den Medien berichtet wird. Das lässt sich zum Teil auch mit der Situation der Medien erklären. Die Verlagshäuser sind selbst in Schwierigkeiten. Es ist ganz sicher so, dass auch über kleinste positive Signale relativ groß berichtet wird. Wir haben dafür Verständnis.

Wenn Herr Schröder aber so tut, als wenn das Wirtschaftswunder sozusagen vor der Tür stehe, dann müssen wir wirklich darauf hinweisen, wie sehr sich die Situation geändert hat: Früher hatte der amerikanische Präsident den Kanzler Helmut Schmidt aufgerufen, und ihm gesagt, Deutschland müssten etwas für den Aufschwung der Weltwirtschaft tun; heute schaut die Regierung aus SPD und Grünen nur noch in Richtung USA, in der Hoffnung, dass von dort irgendeine Hilfe kommt; denn man ist nicht in der Lage, selbst etwas für Deutschland zu tun.

Wir müssen das ändern. Wir in Deutschland müssen selbstaktiv werden. Deutschland kann damit nicht zufrieden sein, Schlusslicht in Europa zu sein. Wir wollen wieder in die Spitzengruppe. Das ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik in den kommenden vier Jahren.

Lassen Sie mich noch einen sehr ernsten Punkt für die kommenden drei Monate des Wahlkampfes ansprechen. Wir haben einen harten Wahlkampf zu erwarten. Worum geht es im Kern? Weshalb werden Rote und Grüne mit Zähnen und Klauen um die Macht kämpfen? Es geht im Kern darum, dass bei dieser Wahl

entschieden wird, ob das Projekt der 68er zu Ende ist, ob es als Fußnote in die Geschichte eingehen wird. Das ist die wahre Entscheidung dieser Bundestagswahl. Bei SPD und Grünen hatte man sich das Projekt der 68er als Generationenprojekt vorgestellt. Der Durchmarsch durch die Institutionen schien gelungen angesichts all der Größen, die heute der Regierung angehören.

SPD und Grüne werden schwere Zerreißproben durchmachen, wenn sie die Regierungsmacht verloren haben

In der Realität ist es nicht so, dass in Deutschland irgend etwas ökologischer, gewaltfreier oder gar sozial gerechter geworden wäre. Die Realität ist anders. Die ursprüngliche Identität der 68er ist in beiden Parteien, – sowohl in der SPD als auch in der Partei der Grünen – regelrecht pulverisiert worden. SPD und Grüne werden – ich sage es Ihnen voraus – schwere Zerreißproben durchmachen, wenn die Regierungsmacht weggefallen sein wird. Das wissen sie. Sie haben das Scheitern vor Augen. Deshalb müssen wir darauf achten, dass die kommenden Angriffe von uns

entsprechend eingestuft werden. Wenn einer von uns in den kommenden drei Monaten angegriffen wird, dann müssen wir zusammenstehen, und jeder muss den anderen verteidigen. Jeder von uns, der angegriffen wird, hat ein Recht darauf, dass wir zusammenstehen.

Die entscheidende Frage wird sein: Liegen CDU/CSU und FDP vor Rot-Rot-Grün?

Die eigentlich entscheidende Frage ist nach meiner festen Überzeugung nicht mehr, ob wir vor der SPD liegen werden. Wir werden nach dieser Bundestagswahl vor der SPD liegen! Die entscheidende Frage ist: Liegen CDU/CSU und FDP vor Rot-Rot-Grün? Liebe Freunde, Gregor Gysi hat erklärt, dass seine Partei als Unterstützung für die SPD zur Verfügung steht. Machen wir uns nichts vor: Wenn es erforderlich sein wird, dann werden die Leute um Schröder und Müntefering alles versuchen, um eine Regierung – auch mit Unterstützung der PDS – zustande zu bringen. Ich glaube Herrn Müntefering und Herrn Schröder in dieser Beziehung kein einziges Wort mehr.

Wir müssen den Menschen sagen, was los ist. Es macht keinen Sinn, darüber hinweg zu sehen, weil man es vielleicht gar nicht für möglich hält. SPD und Grüne werden es tun; sie werden es versuchen, wenn sich die Möglichkeit dazu ergibt.

Wir haben in den vergangenen Jahren festgestellt: Selbst wenn bei der SPD fast garnichts funktioniert hat, so hat doch die „Abteilung Schmutz“ in ihrer Bundesgeschäftsstelle nahezu immer funktioniert. Das Schlimmste, was unsere Mitglieder in den vergangenen vier Jahren über sich ergehen lassen mussten, waren die übeln Beschimpfungen und Verleumdungen der Strucks, Münteferings und Stieglers, all dieser SPD-Politiker. Ob Leuna oder die inszenierte Aktenaffäre des Herrn Hirsch, das alles hatte nur ein einziges Ziel: Man wollte der CDU schaden und die CDU kaputt machen. Dabei hat sich die SPD moralisch auf ein sehr hohes Ross gesetzt. Jetzt wundert sie sich darüber, wie tief sie fällt.

Aus Wahlkampfgründen ist der Untersuchungsausschuss des Bundestages sogar nach Kanada geflogen. Man hat dieses Parlamentsgremium missbraucht und instrumentalisiert, um von einem mit Haftbefehl gesuch-

ten Mann in Kanada irgendwelche Auskünfte zu bekommen. Ich finde das, was die SPD da macht, unanständig und unerträglich. Wir werden das nicht hinnehmen.

Es ist immer dasselbe: Die SPD streitet ab, solange es geht

Dabei hätten die Sozialdemokraten in ihren eigenen Reihen so viel zu tun. Angela Merkel hat schon vorhin auf Saarbrücken und Schleswig-Holstein hingewiesen. Ich sage Ihnen: Ich kenne die ganzen Strickmuster aus meiner Zeit als NRW-Fraktionsvorsitzender. Es ist immer dasselbe: Es wird abgestritten und abgewiegelt, solange es geht. Man täuscht und versucht, dichtzumachen, bis es nicht mehr länger geht. Das hat Herr Müntefering schon in Nordrhein-Westfalen getan, und das macht er jetzt auf der Bundesebene wieder. Wie wir inzwischen wissen, handelt es sich in Köln wirklich um Korruption.

Ich will noch etwas zur moralischen Qualität der ganzen Argumentation der SPD sagen. Lassen wir einmal die Finanzgeschichten und die Korruptionsgeschichte vor der Tür. Genauso schlimm wie diese bei-

den Punkte, die an sich schon schlimm genug sind, ist Folgendes: Wie kann es überhaupt in einer Partei, die etwas auf sich hält, möglich sein, dass ein Mann wie Herr Wienand als Türöffner für Firmen dient? Es ist doch unglaublich, dass ein solcher Mann, ein verurteilter DDR-Spion, Türen für die SPD bei Unternehmen öffnet.

Was hält diese Partei eigentlich noch von sich? Was ist aus dieser stolzen SPD geworden?

Liebe Freunde, wir haben die SPD-Strategie mehrfach durchbrochen. Wir haben sie gezwungen, ihre Strategie zu ändern. Wir haben sie vor dem Hintergrund ihrer gebrochenen Versprechen und ihres Geredes von der ruhigen Hand sowie angesichts der Situation, dass wir als Schlusslicht in Europa dastehen, sicher in eine für sie argumentativ schwierige Lage gebracht. Wir sagen deutlich: Es ist Zeit für Taten. Das passt zu Edmund Stoiber und zu unserer Politik. Wir werden uns nicht beirren lassen. Wir werden einen klaren Kompetenzwahlkampf um die Frage führen, wer Deutschland besser regieren kann. Unser Regierungsprogramm, das Kom-



petenzteam und unser Kanzlerkandidat Edmund Stoiber sind unsere Antworten auf vier Jahre Rot-Grün in Deutschland.

■ Lasst uns gemeinsam kämpfen!

Liebe Freunde, lasst mich auf den wichtigsten Punkt zurückkommen: Der Wahlkampf endet am 22. September abends um 18 Uhr und keine Stunde eher. Mögen die Meinungsumfragen noch so gut sein, bis zum 22. September abends muss die gesamte CDU kämpfen. In den Kreisverbänden wird mir noch zu wenig getan. Angesichts all der Euphorie, die da ist, fühlt sich manch einer schon zu sicher. Lasst

uns gemeinsam kämpfen. Wir werden ein Riesenaufgebot haben. Die ganze Partei in ihrer Breite und Spalte, alle, werden mit riesigem Engagement in diesen Bundestagswahlkampf gehen. Es geht jetzt aber auch darum, dass man sich nicht vor Ort hinsetzt und nach Art des Aufsichtsrates schaut, was die an der Spitze machen, ob die es richtig machen und ob das alles richtig funktioniert. Die organisatorischen Voraussetzungen sind getroffen. Wir dürfen jetzt alles machen. Beim Kämpfen nachlassen dürfen wir auf keinen Fall.

Liebe Freunde, wir alle werden in der kommenden Zeit viel unterwegs sein, auf Straßen, auf Plätzen, in Betrieben, bei Festen und bei Freunden. Unser Regierungsprogramm ist das beste Argument. Es stellt eine klare Alternative zu Rot-Grün dar. Wir haben auch die besseren Köpfe. Ich bin davon überzeugt, wir werden gemeinsam mit Angela Merkel und Edmund Stoiber unser Land nach vorne bringen.

- **Es ist Zeit für Taten!**
- **Lassen Sie uns handeln!**



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kämpft um die Ablösung von Rot-Grün

Gestern sind es 97 Tage gewesen; heute Nacht haben wir schon einmal ein kleines Fest miteinander gefeiert, das zum Teil bis in die frühen Morgenstunden gereicht hat; jetzt sind es nur noch 96 Tage bis zum Regierungswechsel in Berlin und zum Ende von Rot und Grün.

Ich gebe Ihnen heute – wie auf jedem Bundesparteitag der CDU Deutschlands – den Bericht des Vorsitzenden der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, heute zum letzten Mal für diese Wahlperiode. Diese Wahlperiode, die sich in drei Monaten ihrem Ende zuneigt, wird als eine Wahlperiode in die Geschichte der Republik eingehen, die vermutlich von allen diejenige war, die am meisten von Auf und Ab geprägt war, von Freude und Niederlage, von großer Wechselhaftigkeit.

Am Anfang stand eine Wahlniederlage der Union, und am Ende steht die große Chance, dass wir nicht nur wieder stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden, sondern auch wieder Regierungsfraktion im

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag,



Friedrich Merz, auf dem 15. Parteitag der CDU in Frankfurt am Main am 18. Juni

Deutschen Bundestag werden, liebe Freunde.

Bis dahin ist es allerdings noch ein langer Weg. Drei Monate können in der Politik eine sehr lange Zeit sein. Deswegen, liebe Freunde, müssen wir bis zum Ende dieser Legislaturperiode, bis zum Ende des Wahlkampfes jeden Tag und jede Woche das tun, was wir auch in den letzten dreieinhalb Jahren getan haben: Wir müssen die Regierung stellen – im Parlament und außerhalb –, wir müssen sie

dort, wo sie Fehler macht, kritisieren, wir müssen Angriffe der Regierung auf die Union weiter beherzt abwehren, und wir müssen eine überzeugende Alternative der Union für die Bundestagswahl jeden Tag und immer wieder darstellen.

Nach vier Jahren rot-grüner Politik in Berlin gilt es Bilanz zu ziehen:

- Die rot-grüne Regierung schließt ab mit vier Millionen Arbeitslosen, mit einer Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland um über 15 % im Jahresvergleich.
- Sie schließt ab mit dem niedrigsten Wachstum aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union.
- Sie schließt ab mit der höchsten Neuverschuldung aller Mitgliedstaaten in Europa.
- Sie schließt ab mit der höchsten Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung.
- Sie schließt ab mit einem größer werdenden Abstand bei Forschung und Entwicklung zu anderen Industrienationen, insbesondere zu den

Vereinigten Staaten von Amerika. ■ Sie schließt ab mit einer geradezu katastrophalen Lage des deutschen Mittelstandes. ■ Sie schließt ab mit einer Depression in der deutschen Landwirtschaft, die von dieser Bundesregierung nur mit Füßen getreten wird. ■ Sie schließt ab mit dem Urteil nicht der deutschen Opposition, sondern unserer europäischen und transatlantischen Partner mit dem Attribut vom „kranken Mann Europas“.

Im SPD-Regierungsprogramm wörtlich: Die Richtung stimmt, wir werden den Weg weitergehen.

Liebe Freunde, in diesen Tagen wird immer wieder davon gesprochen und darüber spekuliert, ob es denn Grausamkeiten gäbe, die eine unions geführte Bundesregierung den Menschen in Deutschland zumuten würde. Ich sage dazu: Die größte Grausamkeit, die den Menschen in Deutschland passieren könnte, wäre die Fortsetzung der rot-grünen Politik in Berlin. Das wäre die größte Grausamkeit, die die Menschen in Deutschland erleben könnten!

Es hat in dieser Legislaturperiode immer wieder und bis zum heutigen Tag unverändert den Versuch gegeben, die Union zu diffamieren, ihre Politik zu dele-

gitimieren, und der rot-grünen Bundesregierung, insbesondere den Sozialdemokraten, war dabei kein Instrument zu schmutzig und keine Methode zu abwegig.

Ich spreche das an, weil in diesen Tagen die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Parteispendenaffäre der CDU, aber auch über die Verfehlungen der Sozialdemokraten zu Ende gegangen ist und weil die Abschlussberichte der Mehrheit und der Minderheit geschrieben worden sind.

■ Es war ein schwerer Weg, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen

Liebe Freunde, es hat bei uns und bei den Sozialdemokraten Verstöße gegen das Parteiengesetz gegeben. Wir, die CDU Deutschlands, haben viel verloren. Wir haben Geld verloren, wir haben Wahlen verloren, und, was viel schlimmer ist, wir haben bei den Menschen in Deutschland politisches Vertrauen verloren. Es ist ein schwerer Weg gewesen, dieses Vertrauen bei den Menschen Schritt für Schritt zurückzugewinnen, auch in der Aufarbeitung und in der Aufklärung dessen, was war.

Aber damit kein Missverständnis entsteht: Wir haben es zu keinem Zeitpunkt zugelassen, dass die Arbeit der früheren Bundesregierung von Helmut Kohl und der CDU und der CSU von SPD und Grünen kriminalisiert wurde.

Liebe Freunde, bei allem, was da war, was uns belastet hat und was wir offen angesprochen haben: Die Politik der früheren Bundesregierung ist nicht käuflich gewesen, und die CDU Deutschlands ist nicht eine kriminelle Vereinigung, wie Rot-Grün das immer hinzustellen versucht hat.

Zwischenzeitlich sind die Sozialdemokraten von ihrem sehr hohen Ross der moralischen Überlegenheit, die sie für sich selbst immer in Anspruch genommen haben, ziemlich hart heruntergefallen. Wenn es in diesen Tagen über Kriminalität, über Bestechlichkeit, über viele Dinge zu reden gilt, dann betrifft das Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Kiel bis Saarbrücken, im ganzen Land Nordrhein-Westfalen, an den verschiedensten Stellen.

Die deutsche Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, dass jetzt dieselben Maßstäbe an die Sozialdemokraten angelegt werden, wie das

über dreieinhalb Jahre – zu Recht – bei uns der Fall war.

Wir erwarten, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auch in den eigenen Reihen die Maßstäbe durchsetzt, die sie an uns angelegt hat. Wir erwarten, dass diejenigen, die sich wirklich schwerer Verfehlungen und Vergehen, bis hin zu schweren Verstößen gegen das Strafgesetzbuch, schuldig gemacht haben, nun auch wirklich aus der SPD ausgeschlossen werden. Ich nenne stellvertretend für viele nur die Namen Hoffmann aus Saarbrücken und Wienand aus Köln. Das wird in den nächsten Wochen und Monaten eine Rolle spielen.

Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Untersuchungsausschuss

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein herzliches Wort des Dankes an diejenigen Kolleginnen und Kollegen sagen, die im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages ihre Arbeit geleistet haben. Ich nenne stellvertretend für alle den Obmann in diesem Ausschuss, unseren Freund Andreas Schmidt.

Liebe Freunde, es ist nicht immer angenehm, in

einem Untersuchungsausschuss zu arbeiten, insbesondere dann nicht, wenn er sich – von der Mehrheit im Parlament instrumentalisiert – gegen die eigene Fraktion und gegen die eigene Partei richtet. Aber das, was unsere Kolleginnen und Kollegen im Untersuchungsausschuss geleistet haben, ist eine wirklich gute Arbeit gewesen. Nicht nur die Bundestagsfraktion, sondern auch beide Parteien, CDU und CSU, schulden diesen Kollegen Dank und Anerkennung für die Arbeit, die sie für uns alle in diesem Untersuchungsausschuss geleistet haben.

Mit dem Abschluss dieses Untersuchungsausschusses ist der Versuch der Sozialdemokraten, die Politik der Union zu diffamieren und zu delegitimieren, aber nicht zu Ende. Ich halte hier eine Publikation in den Händen, die deutlich macht, wie die SPD und mit ihr die Bundesregierung gegen die Union vorgehen wird. Es handelt sich um eine Veröffentlichung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, vor wenigen Monaten erschienen, die überschrieben ist mit „Zehn Jahre vereint – Deutschland 2000“, ein Bericht über zehn Jahre deutsche Einheit.

Auf 100 Seiten dieses Berichtes werden große Teile

der deutschen Geschichte umgeschrieben, wird die Geschichte der deutschen Einheit verfälscht. Es werden im Zusammenhang mit der deutschen Einheit Namen genannt, immer wieder und fast auf jeder Seite Gerhard Schröder, darüber hinaus Willy Brandt, Otto Schily, Wolfgang Thierse, Erich Honecker, Egon Krenz, Günter Schabowski, Günther Kleiber und Erich Mielke. Alle die, die dort genannt sind, werden in den historischen Kontext der deutschen Einheit gestellt. Der Name Wolfgang Schäuble – derjenige, der den Eingangsvertrag ausgehandelt hat – wird nicht ein einziges Mal erwähnt.

Der Verfälschung unserer Geschichte entgegentreten

Helmut Kohl wird auf diesen 100 Seiten in nur einem Satz erwähnt, und der lautet so: „Mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl verlässt eine Generation die politische Bühne, deren Biografien“ – jetzt hören Sie gut zu! – „von Krieg und Nachkriegsära geprägt sind.“ Liebe Freunde, wenn das das Einzige ist, was den Sozialdemokraten in diesem Land zur deutschen

Einheit, zur CDU/CSU und zu Helmut Kohl einfällt, dann müssen wir mit aller Entschiedenheit dieser Verfälschung unserer Geschichte entgegentreten. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten auch tun.

Die SPD kann die deutsche Einheit nicht für sich in Anspruch nehmen

Wenn man ein solches Machwerk in die Hände bekommt, dann fällt es schon verdammt schwer, dem zu widersprechen, was ein Leser in der Zeitung „Die Welt“ Mitte Mai in einem Leserbrief geschrieben hat, der meinte, das seien „Geschichtsfälschungen in fast stalinistischer Manier“. Es fällt verdammt schwer, dagegen noch ein gutes Argument zu finden.

Ich sage Ihnen, wir werden uns diesem Versuch, die deutsche Geschichte umzuschreiben und die deutsche Einheit allein für die Sozialdemokraten, für die Grünen und zunehmend auch für die PDS in Anspruch zu nehmen, auch ganz aktuell weiter entgegenstellen.

Wir diskutieren, ja, wir streiten im Deutschen Bundestag derzeit über eine Än-

derung des Stasi-Unterlagengesetzes. Auch dazu ein klares Wort: Wir wollen, dass die Machenschaften der Staatssicherheit in Deutschland weiter aufgeklärt werden. Wir wollen, dass klar wird, wer in Deutschland in den 40 Jahren des real existierenden Sozialismus wofür Verantwortung getragen hat – in einem Staat, in dem ein Unterdrückungssystem geherrscht hat, das aufzuklären und Verantwortlichkeiten festzumachen heute mehr denn je eine lohnenswerte Arbeit, auch des Gesetzgebers, ist. Aber damit auch das ganz klar ist: Wir werden es nicht zulassen, dass über diesen Weg der Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes die Grundrechte der Menschen in ganz Deutschland – dies hat keineswegs allein etwas mit Helmut Kohl zu tun – infrage gestellt werden. Mit CDU und CSU ist dieser Weg nicht zu machen.

Nun wissen wir alle, dass die Auseinandersetzung bei dieser Bundestagswahl – so wollen wir es jedenfalls – nicht über die Vergangenheit geführt wird. Ich habe das in Dresden schon gesagt und wiederhole es: Wenn die Sozialdemokraten das wollen, können wir diese Auseinandersetzung führen. Wenn sie zur Entschuldi-

gung ihres eigenen Versagens immer wieder auf 16 Jahre unionsgeführte Bundesregierungen Bezug nehmen, dann werden wir über diese 16 Jahre reden. Dann habe ich bei aller Kritik, die berechtigt ist, überhaupt kein Problem damit, auch öffentlich zu sagen: Jedes, aber auch wirklich jedes dieser 16 Jahre war für Deutschland besser als die vier Jahre, die Rot und Grün in Deutschland regiert haben. Ich habe keine Hemmung, das zu sagen.

Die große Herausforderung: Vier Millionen Menschen wieder Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt geben

Aber die Auseinandersetzung, liebe Freunde, soll um die Zukunft gehen. Wir wollen, auch aus der Bundestagsfraktion heraus, einen Wahlkampf mit denen, die dabei sind, und mit denen, die neu dazukommen, über die großen Fragen der Zukunft in Deutschland führen. Eine der wesentlichen Fragen, vielleicht die entscheidende Frage, zu Beginn eines neuen, des 21. Jahrhunderts wird sein: Wie schaffen wir es, die größte nicht sozialpolitische, sondern gesellschaftspolitische

Herausforderung zu bestehen, die darin besteht, mindestens 4 Millionen Menschen in Deutschland wieder Arbeit im ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Mit Aufhebung der Bewirtschaftung hat Erhard eine Entscheidung von großer Tragweite getroffen

Wir haben heute den 18. Juni. Dies ist ein historisches Datum. Am 18. Juni 1948, heute genau vor 54 Jahren, sind von den drei Westmächten in Berlin die Gesetze erlassen worden, die die Einführung der D-Mark ermöglicht haben. Zwei Tage später, am 20. Juni 1948, ist die D-Mark eingeführt worden. Mit der Einführung der D-Mark hat Ludwig Erhard eine Entscheidung verbunden, die von vielleicht noch größerer Tragweite war als die Währungsumstellung. Er hat die Entscheidung getroffen, in dem für die Menschen damals wichtigsten Bereich, nämlich der Versorgung mit Lebensmitteln, die Bewirtschaftung aufzuheben. Er ist dafür von dem amerikanischen Militärkommandanten General Lucius Clay zur Rechenschaft gezogen worden. Er hat ihn zu sich bestellt und

hat gesagt: „Herr Erhard, ich habe gehört, Sie haben an den Regeln der Bewirtschaftung etwas geändert.“ Daraufhin hat Erhard erwidert: „Herr General, ich habe an den Regeln nichts geändert. Ich habe die Bewirtschaftung abgeschafft.“ Das Ergebnis war, dass mit Währungsumstellung und Marktwirtschaft in Deutschland ein unglaublicher Boom ausgelöst war und es über Nacht Lebensmittel in allen Geschäften gab.

Liebe Freunde, 16 Jahre später, Anfang der 60er-Jahre, hat es wieder einen von der Union gestellten Minister gegeben, der Mut hatte. Das war der Wohnungsbauminister Paul Lücke, der Anfang der 60er-Jahre die staatliche Bewirtschaftung des Wohnraums in Deutschland abgeschafft hat. Die Entscheidung 1948 genauso wie die Entscheidung Anfang der 60er-Jahre musste gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften in Deutschland durchgesetzt werden. Jedes Mal wurde der Einwand erhoben: Wenn die Bewirtschaftung aufgehoben wird, dann können sich nur Reiche Lebensmittel und Wohnraum leisten. Genau das Gegenteil ist beide Male eingetreten. Es sind nicht die Rei-

chen gewesen, sondern es ist die Masse der Bevölkerung gewesen, die plötzlich ausreichend mit Lebensmitteln und später mit Wohnraum versorgt wurde.

Warum sage ich das und warum nehme ich gerade heute Bezug auf dieses historische Datum? Liebe Freunde, man kann in diesem Zusammenhang noch ein drittes Datum nennen, nämlich die Entscheidung mutiger Postminister einer unionsgeführten Bundesregierung in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts, die Bewirtschaftung des Post- und Telekommunikationssektors nicht zu ändern, sondern abzuschaffen, wieder gegen den erbitterten Widerstand von Sozialdemokraten und Gewerkschaften.

Wir brauchen heute denselben Mut, um ein ähnliches Wagnis einzugehen

Wieder war es so, dass nicht nur die Besserverdienenden, sondern alle Menschen in Deutschland eine ausreichende Versorgung mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen bekamen. Ich kann mich gut daran erinnern; ich war in meinem ersten Wahlkampf für das Europäische Parla-

ment 1989. Da wurde behauptet, mit dieser Politik der CDU-geführten Bundesregierung gebe es keine ausreichende Versorgung mehr mit Post- und Telefon in den ländlichen Räumen. Ich komme aus einem solchen ländlichen Raum. Wenige Jahre später war die Versorgung gerade der ländlichen Räumen mit einer so erstklassigen Post- und Telekommunikationsinfrastruktur erreicht, wie wir es uns vorher nie haben vorstellen können.

Warum sage ich das? Ich sage das, weil wir heute wieder den gleichen Mut brauchen, den Menschen etwas zuzumuten, aber auch ein Wagnis einzugehen. Wir brauchen den Mut, 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland die staatliche Bewirtschaftung unseres Arbeitsmarktes Schritt für Schritt zurückzunehmen.

Wir werden dabei, liebe Freunde, wieder auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten und auch den erbitterten Widerstand von Teilen der deutschen Gewerkschaften stoßen. Ich will es ganz offen sagen, so wie wir es in der Fraktion sehen und so wie ich denke: Wenn wir den Mut nicht haben, hier eine klare Alternative zur staatlichen Bewirt-

schaftung der Arbeitslosigkeit von Rot und Grün politisch vor der Wahl zu benennen und politisch nach der Wahl durchzusetzen, dann werden die Probleme auf unserem Arbeitsmarkt für Jahre und Jahrzehnte nicht gelöst werden.

Deswegen stehen jetzt Entscheidungen an. Was ist in diesem

Land eigentlich los, dass wir bei 4 Millionen Arbeitslosen und 1,5 Millionen offenen Stellen, die angeblich nicht besetzt werden können, ganz ernsthaft über die Frage diskutieren, den deutschen Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus nicht-europäischen Kulturreihen zu öffnen, damit wir weitere Arbeitskräfte bekommen, um die Probleme auf unserem Arbeitsmarkt zu lösen?

■ Wir sprechen über die Zuwanderung aus nichteuropäischen Kulturreihen

Ich sage bewusst „nicht europäische Kulturreihen“, liebe Freunde, weil der Zu-



zug von Franzosen, von Spaniern, von Portugiesen, von Briten, von Iren, von allen denen, die Bürger der Europäischen Union sind, auf den deutschen Arbeitsmarkt offen ist. Niemand von denen braucht eine Aufenthaltsgenehmigung und auch keine Arbeitsgenehmigung. Jeder aus der Europäischen Union kann nach Deutschland kommen. Nein, wir sprechen über Einwanderung und Zuwanderung aus nicht-europäischen Kulturreihen auf den deutschen Arbeitsmarkt, weil wir unsere Probleme angeblich nicht mehr selber lösen können.

Ich gebe eine Antwort: Bevor wir nicht dafür gesorgt haben, dass 1,5 Millionen offene Stellen aus dem

Potential von 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland besetzt werden, ist für einen weiteren Zuzug von Ausländern nach Deutschland kein Platz, meine Damen und Herren. Das müssen wir auch sagen und darüber müssen wir mit den Sozialdemokraten, wenn es nötig ist, auch streiten.

Zunächst Integration, bevor wir uns über den Zuzug weiterer Ausländer unterhalten

Ich will in diesem Zusammenhang übrigens auch darauf hinweisen: Das Thema Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer muss auch ein Thema der Auseinandersetzung mit Rot und Grün werden; denn jeder, der von uns in der Kommunalpolitik tätig ist, weiß, dass nicht Integration, sondern Desintegration, dass nicht besseres Zusammenleben, sondern schlechteres Zusammenleben der Menschen den Alltag in den Städten und Gemeinden Deutschlands bestimmt. Wir wollen zunächst Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer, bevor wir uns über den Zuzug weiterer Ausländer miteinander unterhalten. Auch das ist

ein Thema, wenn es um eine klare Alternative geht.

Wie lösen wir das Problem? Es gibt eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Danach können nur 5 Prozent der Unternehmen in Deutschland offene Stellen mit Hilfe der Arbeitsämter besetzen. 5 Prozent! 28 Prozent sagen, wenigstens mit der Hilfe privater Vermittler geht es. 75 Prozent der repräsentativ befragten Unternehmen klagen darüber, dass sie von den Arbeitsämtern nur ungeeignete Bewerber vermittelt bekommen.

Wir machen in diesem Zusammenhang niemandem der Betroffenen einen Vorwurf. Wir wissen, dass die Anreize nicht stimmen, dass es sich in Deutschland sehr viel häufiger lohnt, nicht zu arbeiten, als wieder arbeiten zu gehen. Ich finde, auch darüber sollten wir vorurteilsfrei miteinander sprechen. Auch deshalb haben wir unser Konzept für ein Familiengeld entwickelt.

Ich gebe zu, ich war anfangs skeptisch, auch ablehnend, als unsere Familienpolitiker Anfang des letzten Jahres in der Fraktion gesagt haben: Jetzt wollen wir endlich bessere Leistungen für die Familien durchsetzen; wir wollen mehr tun für die

Familien mit Kindern, wir wollen vor allen Dingen dafür sorgen, dass Kinder aus der Sozialhilfe herauskommen. Ich war anfangs skeptisch, ob es richtig ist, einen solchen Weg zu gehen; denn er bedeutet zwangsläufig höhere Ausgaben, höhere Mittel aus dem Bundeshaushalt für Familien mit Kindern.

Es ist richtig, 1 Million Kinder aus der Sozialhilfe herauszubringen

Aber, meine lieben Freunde, ich bin heute mehr denn je davon überzeugt, dass dieses Konzept, das wir formuliert und mitentwickelt haben, richtig ist. Es ist richtig, weil es 1 Million Kinder aus der Sozialhilfe herausbringt, und es ist vor allen Dingen richtig, weil es den Anreiz der Eltern wieder erhöht, einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nachzugehen. Diesen Zusammenhang müssen wir erläutern und erklären, wenn wir über Familiengeld in Deutschland reden.

Seien wir doch bitte ehrlich miteinander. Wir diskutieren in Berlin über Kombilohn – Mainzer Modell, Leipziger Modell, welche Modelle es da alles gibt. Dabei haben auch wir

offensichtlich übersehen, dass es in Deutschland ein Kombilohnmodell seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten gibt: Das ist die sehr erfolgreiche Kombination aus Einkommen aus sozialem Transfer und Erwerbseinkommen in der Schattenwirtschaft. Dieser Kombilohn funktioniert in Deutschland wirklich.

Eine wichtige Perspektive: unser Familiengeld

Nochmals, damit kein Missverständnis entsteht: Wir machen keinem der Betroffenen einen Vorwurf. Im Gegenteil: Diese Menschen verhalten sich marktwirtschaftlich völlig richtig; sie stellen sich nämlich die Frage, wie sie mit einem Minimum an Aufwand ein Höchstmaß an Ertrag für sich selbst erwirtschaften können, und kommen in der Regel zu dem Ergebnis, dass dies nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt geht. Wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann müssen wir es ändern, und dann müssen wir Perspektiven aufzeigen, wie man es ändern kann. Das Familiengeld der Union ist eine solche Perspektive, um es zu ändern.

Nun hören wir in diesem Zusammenhang viele Vorwürfe. Familiengeld bedeutet auch höhere Transfereinkommen für die Eltern, die sich ganz oder teilweise entschließen, eine gewisse Zeit nicht außer Haus zu arbeiten, sondern den Kindern zur Verfügung zu stehen. Wir wollen Wahlfreiheit. Wir wollen die Freiheit, ob die Eltern ganz oder teilweise zu Hause bleiben, sicheine gewisse Zeit um ihre Kinder kümmern und dann wieder einer beruflichen Tätigkeit außer Hause nachgehen, oder ob sie gleich wieder arbeiten gehen wollen und eine Betreuung für ihre Kinder ermöglichen. Ich sage angesichts dieser wirklichen Wahlfreiheit, die wir wollen: Wer dieses Konzept des Familiengeldes der Union – so wie es der Bundeskanzler auf dem SPD-Bundesparteitag vor wenigen Tagen getan hat – als Küchengeld oder Küchenprämie diffamiert, der diffamiert Hunderttausende von Familien in Deutschland, die sich dazu entschlossen haben, die Sorge und Verantwortung für ihre Kinder zu Hause zu übernehmen. Wir werden nicht zulassen, dass dies weiter geschieht.

Wir werden es nicht zu lassen, weil wir wissen, was es bedeutet, dass ein Land immer weniger Kinder hat.

Wir wissen umgekehrt, was es bedeutet, Verantwortung für Kinder zu übernehmen. Gerade nach dem schrecklichen Ereignis in Erfurt ist es doch wohl notwendiger denn je, dass wir uns über Familie, über Erziehung, über Werte unterhalten.

.... unser Bequemlichkeitsliberalismus“

Wenn dies nun schon aus den Reihen der Union auf Kritik und auf Ablehnung stößt, dann erlauben Sie mir, wenn ich an dieser Stelle etwas vortrage, was nicht in unseren Reihen formuliert worden ist, sondern von einer namhaften Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“, von der ich erst gestern Abend erfahren habe, dass sie mit einem SPD-Bundestagskollegen verheiratet ist. Susanne Gaschke schrieb Anfang Mai:

„Die Freizeitgestaltung, die jugendlichen Subkulturen, die Selbststigmatisierung durch Piercing und Gettomode, all dies wird nur selten infrage gestellt, weil es Mühe machen würde, weil man Verbote durchsetzen und zeitaufwendige Alternativen anbieten müsste, auch weil es als spießig gilt, sich einzumischen.“

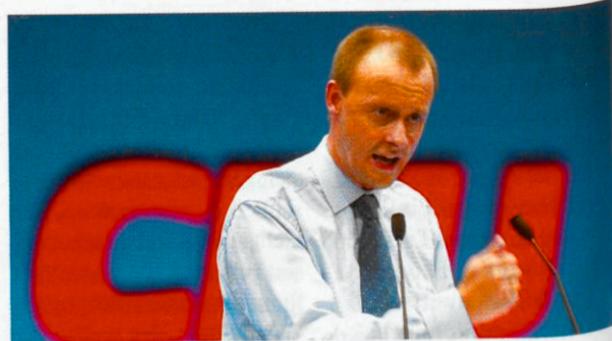
Unser Bequemlichkeitsliberalismus – so schreibt Sie weiter – ist hochentwickelt. Die Kinder werden schon wissen, was gut für sie ist.“ Und im nächsten Absatz: „Sie wissen es nicht und wir liegen falsch, wenn wir ihre Coolness zum Nennwert akzeptieren.“

Die Kinder sehnen sich nach Einmischung, die vor allem eines bedeutet: Zuwendung. Doch die wird ihnen tausendfach verweigert.

Die Schlussfolgerung ist: Warum soll man reden, wenn niemand zuhört? Warum soll man Gefühle zeigen, die keinen interessieren? Warum soll man sich an Regeln halten, die von den Erwachsenen nicht verteidigt werden? In dem Artikel heißt es weiter:

„Das Schweigen zwischen Eltern und Nachwuchs muss aufhören und ebenso der fehlgeschlagene gesellschaftliche Großversuch, Verantwortung für Kinder überall hinzuschieben, um nur ja nicht diejenigen damit zu belasten, die allein verpflichtet und berechtigt sind, sie zu tragen.“

Wir können jede Zeile und jedes Wort davon unterstreichen.



■ Wir brauchen in Zukunft gerade junge Frauen in Führungspositionen eines jeden Berufs

Es geht um Wahlfreiheit und um Verantwortung für Familien. Es geht auch darum, dass junge Frauen ihre Chancen im Berufsleben haben. Ich sage das aus einem ganz banalen Grund: Die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland kann in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf dieses gut ausgebildete Potenzial der Bevölkerung überhaupt nicht verzichten. Wir brauchen in Zukunft gerade junge Frauen in Führungspositionen in jedem Beruf. Deswegen wollen wir Wahlfreiheit für junge Familien, aber so, dass sie sich auch noch für Kinder entscheiden und zur Verantwortung der Erziehung ihrer Kinder bekennen können.

Wer dies mit einer Küchenprämie abtut, wer daherredet wie der Bundeskanzler vor Jahr und Tag, nämlich dass Kinder und Topfblumen in keinen anständigen Haushalt gehören würden, braucht sich nicht darüber zu wundern, dass junge Familien mit dieser rot-grünen Bundesregierung ein Glaubwürdigkeitsproblem verbinden. Die rot-grüne Bundesregierung entdeckt die Familien jetzt plötzlich, weil sie merkt, dass die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland längst über die Lebenswelten dieser am Ziel angekommenen Generation der 68er hinweggegangen ist. Wir stehen mitten in der Gesellschaft und nicht die späteren 68er, die plötzlich da waren und nun mit ihrer Macht nichts mehr anzufangen wissen.

In den nächsten Tagen werden die Ergebnisse über die Qualität der Schulpolitik



veröffentlicht, nämlich Pisa und Pisa II. Nächste Woche werden wir die Ergebnisse für die einzelnen Länder in Deutschland erfahren. Nach allem, was wir bisher wissen, wird das Ergebnis so sein, dass dort, wo die Union lange regiert, die Schulen besonders gut sind, und dass dort, wo die Sozialdemokraten lange regieren, die Schulen besonders schlecht sind. Liebe Freunde, ich erwähne das, weil jetzt schon der Versuch gemacht wird, zu sagen: Es geht um unsere Kinder; wir dürfen nicht streiten und dürfen vor allen Dingen keinen parteipolitischen Streit zwischen den großen Parteien um die Bildungspolitik entfachen. Ich bin völlig anderer Auffassung.

Stellen Sie sich einmal vor, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen oder gar Bayern wären auf den letzten Plätzen in Deutschland. Glauben Sie, dass uns die Sozialdemokraten in

Deutschland eine parteipolitische Auseinandersetzung über die Bildungspolitik ersparen würde? Nein, sie würden Tag für Tag und Woche für Woche darüber sprechen, dass die Union unseren Kindern die Zukunft verbaut hätte. Jetzt müssen wir es umgekehrt tun.

■ Wir nehmen es Schröder nicht ab, wenn er über die Verantwortung der Schulen für Werte-vermittlung redet

Wir müssen sagen, dass sich Generationen von sozialdemokratischen Kultusministern – ich nenne beispielsweise von Oertzen und Friedeburg – Jahre und Jahrzehnte an der Zukunft unserer Kinder versündigt haben. Das muss in den nächsten Wochen und Monaten zu einem Thema werden.

Da der Herr Bundeskanzler in seiner früheren Funk-

tion als niedersächsischer Ministerpräsident der Meinung war, Lehrer als faule Säcke beschimpfen zu müssen, nehmen wir ihm heute nicht ab, wenn er nun über die Verantwortung der Schulen für Wertevermittlung und Erziehung redet. Leute wie er sind Opportunisten. Sie haben keinen Kompass. Sie haben nie einen gehabt und werden auch im Jahre 2002 keinen haben.

Damit ist auch klar, wie die Agenda für die Zeit nach der Wahl geschrieben werden muss. Da die Spielräume in den öffentlichen Haushalten durch die rot-grüne Finanz- und Steuerpolitik so reduziert worden sind, dass zunächst nichts auf den Weg gebracht werden kann, was nennenswerte Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte hat, werden wir zunächst beim Arbeitsmarkt ansetzen müssen, so wie es der Präsident des Ifo-Institutes in einem lesenswerten Namensbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben hat: Die Rückkehr zu einem dauerhaften Wachstums- und Beschäftigungspfad in Deutschland geht nur über neue Arbeitsmarktpolitik, über eine beherzte Politik, die die staatliche Bewirtschaftung unseres Arbeitsmarktes Schritt für Schritt zurücknimmt.

Wir müssen nach dem 22. September schnell wieder auf einen Kurs der Erneuerung zurückkehren

Wir müssen den Mut haben, Reformen in Deutschland nicht nur anzukündigen, sondern sie auch durchzusetzen. Ich stimme ausdrücklich dem zu, was Roland Koch und Christian Wulff gesagt haben: Wir dürfen und wir werden nach der Bundestagswahl nichts anderes machen als das, was wir vorher angekündigt haben. Wir werden nach der Bundestagswahl nur Erfolg haben – das gilt vor allem für Niedersachsen und Hessen, im weiteren Verlauf des Jahres auch für Bayern, wo ebenfalls Landtagswahlen stattfinden –, wenn wir nach dem 22. September schnell wieder auf einen Kurs der Marktwirtschaft und auf einen Kurs der Erneuerung zurückkehren.

Die Menschen in Deutschland und insbesondere in Hessen und in Niedersachsen müssen bis Anfang Februar spüren, dass es sich gelohnt hat, eine neue Regierung in Deutschland gewählt zu haben. Wenn Sie es nicht spüren können, dann haben unsere beiden Freunde in Hessen und in

Niedersachsen ein großes Problem, zu begründen, warum es in Deutschland einen Regierungswechsel geben musste.

Ich plädiere dafür, dass wir ehrlich sind und dass wir in einem der sensibelsten Bereiche, den wir in der deutschen Politik haben, nämlich im Gesundheitsbereich, den Menschen die Wahrheit sagen. Die Wahrheit ist die: Nicht die Vorschläge der Union – das ist ein Vorwurf, den wir jeden Tag hören – führen in die Zweiklassenmedizin. Wir sind in Deutschland nämlich längst bei der Zweiklassenmedizin angekommen. Vielleicht merken die Damen und Herren Sozialdemokraten, die überwiegend privat versichert sind, das selbst noch nicht. Die Ärzte, die Krankenhäuser und die Zahnärzte sagen uns, dass jeder zweite in der Gesetzlichen Krankenkasse Versicherte in Deutschland schon heute nicht mehr die Leistung bekommt, die er eigentlich braucht. Daneben bekommt er Leistungen zum Teil erst mit einer großen Zeitverzögerung.

Was ist das anderes als eine Zweiklassenmedizin, wenn die gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland heute – nicht morgen, sondern heute – die Leistun-

gen nicht mehr bekommen, die sie eigentlich brauchen?

In diesem Zusammenhang möchte ich ganz offen darüber reden, wer noch immer die vollen Leistungen des Gesundheitssystems bekommt. Meine Damen und Herren, es gibt in der Bevölkerung zwei Gruppen, die die vollen Leistungen unseres Gesundheitssystems unverändert in Anspruch nehmen können – Gott sei Dank immer noch zwei Gruppen. Das eine sind die Privatversicherten – sie sind außen vor – und das andere – auch darüber muss man offen reden – sind die Sozialhilfeempfänger. Jeder Kommunalpolitiker hier im Saal weiß: Für die Sozialhilfeempfänger gilt das so genannte Kostenerstattungsprinzip. Sozialhilfeempfänger werden beim Arzt, beim Zahnarzt und im Krankenhaus wie Privatpatienten behandelt.

Höhere Beiträge und ein immer schlechteres Gesundheitssystem – das geht nicht

Wohl gemerkt – damit auch da kein Missverständnis entsteht –, ich will das nicht abschaffen. Ich bestreite nicht, dass das auch seine Richtigkeit hat. Aber

ich möchte den Damen und Herren Sozialdemokraten die Frage stellen: Wie lange wollen Sie eigentlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland – dem als wichtigsten ausgemachten Wählerpotenzial – noch erklären, dass sie immer höhere Beiträge zahlen und ein immer schlechteres Gesundheitssystem in Anspruch nehmen müssen, während andere gar keine Beiträge zahlen und die höchste Qualität in unserem Gesundheitssystem in Anspruch nehmen können? Diese Frage müssen die Sozialdemokraten schon beantworten, wenn sie über Gesundheitspolitik in Deutschland sprechen.

■ Wir sprechen nicht nur vom mündigen Bürger, wir nehmen ihn in Anspruch

Wir wollen mehr Eigenverantwortung, mehr Wahlfreiheit, Transparenz und Wettbewerb. Ich finde, es spricht überhaupt nichts dagegen, dass in Zukunft gesetzlich Krankenversicherte in Deutschland eine Kopie der Rechnung des Arztes, des Zahnarztes oder des Krankenhauses bekommen. Allein dadurch kommen Kontrolle und Transparenz

in das System. Wir sprechen nicht nur am Sonntag vom mündigen Bürger, sondern wir nehmen ihn auch von Montag bis Samstag in Anspruch. Wir sorgen für Transparenz, für Wettbewerb und Effizienz in diesem System und wir werden vor allen Dingen dafür sorgen, dass die Breite der Bevölkerung in Deutschland mit der besten Medizin ausgestattet bleibt bzw. wieder wird, die wir in Deutschland zur Verfügung haben.

Ich habe zu Beginn gesagt, dass die Spielräume eng sind. Es gilt gleichwohl, zum 1. Januar 2003 eine Reihe von ersten Entscheidungen zu treffen. Wir werden die fünfte Stufe der Öko-steuer nicht in Kraft setzen. Wir werden die Absetzbarkeit von Betreuungskosten für Kinder erhöhen. Ich sage ganz ausdrücklich an die Adresse unserer Kommunalpolitiker: Das ist unsere starke politische Basis in Deutschland.

Darüber hinaus gibt es nur einen Bereich, in dem wir schnell etwas tun müssen, alle Anstrengungen unternehmen müssen, damit es wieder besser wird: Wir müssen im nächsten Jahr ein wenig mehr Geld für die Bundeswehr zur Verfügung stellen. Michel Glos und ich sind vor wenigen Wochen

in Kabul gewesen und haben dort unsere Soldaten besucht. Wir haben einmal mehr den Eindruck und das Empfinden mit nach Hause genommen, dass die deutschen Bundeswehrsoldaten insbesondere dann, wenn sie in Auslandseinsätzen stationiert sind, eine wirklich hervorragende Arbeit leisten, auf die wir als Deutsche stolz sein können.

■ Wir, die Union, müssen Solidarität mit unseren Soldaten zeigen

Wir haben im Camp der deutschen Soldaten im Zelt und auf Feldbetten übernachtet. Es war eine wichtige Erfahrung, mit den Soldaten dort abends lange zusammenzusitzen. Nicht so wie der Bundeskanzler: 75 Minuten Besuch, Kulissenschieberei für die Fernsehanstalten, damit in Deutschland die richtigen Bilder ankommen, und zum Übernachten rausfliegen, um irgendwo in einem feinen Hotel zu übernachten. Nein, liebe Freunde, wir, die Union, müssen Solidarität mit unseren Soldaten leisten. Die Soldaten haben ein Stück Anspruch auf mehr Fürsorge, mehr Zuwendung und auf eine bessere Ausstattung, als sie gegenwärtig

tig unter der rot-grünen Bundesregierung bekommen.

Eine große umfassende Steuerreform soll zum 1. Januar 2004 in Kraft treten

Im Jahre 2003 müssen wir grundlegende Reformen konzipieren. Wir werden Reformen für den Arbeitsmarkt und eine große umfassende Steuerreform konzipieren. Diese Steuerreform soll zum 1. Januar 2004 in Kraft treten. Liebe Freunde, wir tun dies alles nicht losgelöst und allein in Deutschland, sondern wir wollen dies in guter und gelebter Partnerschaft mit unseren Freunden in der Europäischen Union tun.

Ich finde, wir dürfen auch an dieser Stelle noch einmal sagen, dass wir alle – die Bundestagsfraktion, aber auch die Delegierten der CDU Deutschlands – stolz, dankbar und froh darüber sind, dass unsere Freunde in Frankreich am letzten Sonntag einen so überwältigenden Wahlsieg der politischen Mitte errungen haben. Das ist ein sehr ermunterndes Zeichen. Nach einem Regierungswechsel in Berlin, liebe Freunde, wird die deutsch-französische Freundschaft

mit unseren Freunden in Paris wieder auf ein neues Fundament gestellt.

Wir werden Anfang 2003 40 Jahre Elysée-Vertrag und 40 Jahre deutsch-französische Freundschaft begehen. Diese Gelegenheit werden wir zum Anlass nehmen, deutlich zu machen, dass die unerträglichen Tritte gegen die Europäische Union, dass das unerträgliche Verhalten eines deutschen Bundeskanzlers, dass die Macho-Allüren einer deutschen Regierung in Brüssel beendet werden, dass wir uns jetzt wieder europäisch engagieren, dass die deutsch-französische Freundschaft das wichtigste Fundament ist, auf dem wir stehen, und dass die Franzosen und die Deutschen wieder zum Motor in der Europäischen Union werden.

In diesem Sinne lassen Sie mich mit einem ganz persönlichen Wort schließen. Ich lese in vielen Zeitungen, höre in vielen Berichten und werde in fast jedem Interview gefragt: Wer wird denn nun was nach der nächsten Bundestagswahl? Liebe Freunde, ich sage es Ihnen, aber insbesondere all denjenigen, die uns heute zuhören, zuschauen oder nachlesen, was wir auf diesem Bundesparteitag miteinander be-

sprochen und diskutiert haben: Es geht nicht um Ämter. Es geht nicht darum, dass der eine oder andere für seinen Lebenslauf noch den einen oder anderen Titel braucht, sondern es geht darum, dass wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und in beiden Parteien engagiert um die Ablösung von Rot und Grün in Deutschland kämpfen.

Jeder Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt sich in den Dienst der gemeinsamen Sache

Jeder von uns, jeder Abgeordnete der Bundestagsfraktion und jeder, der nach dem 22. September Abgeordneter der Bundestagsfraktion wird, einschließlich des Vorsitzenden, stellen sich in den Dienst der gemeinsamen Sache. Hier oben ist eine Mannschaft versammelt, die sich zutraut, die rot-grüne Bundesregierung abzulösen. Dieses Land wird hundsmiserabel regiert. Es geht nicht um Posten und es geht nicht um Macht um ihrer selbst willen, sondern um Verantwortung und um eine bessere Zukunft für Deutschland. Deutschland hat eine bessere Regierung verdient.

HELMUT KOHL:

Vom 17. Juni 1953 zum 17. Juni 2002 – Vom Volksaufstand zur europäischen Einigung

Heute vor 49 Jahren, am 17. Juni, spielten sich in Ostberlin dramatische Szenen ab: Panzer drangen in das Zentrum vor, Pflastersteine flogen, Schüsse fielen und Menschen flüchteten. Es gab Tote und Verletzte. Über 100.000 Demonstranten, hauptsächlich Bauarbeiter und Beschäftigte aus Großbetrieben, hatten sich auf der Leipziger Straße im Zentrum Berlins versammelt.

Aber nicht nur Berlin – die ganze DDR war in Aufruhr. In vielen Städten kam es zu Massenkundgebungen. In Dessau, Leipzig, Chemnitz, Gera und Stralsund – überall gingen an diesem Tag Menschen auf die Straße.

Sie demonstrierten gegen die beabsichtigte Erhöhung der Arbeitsnormen. Der Protest richtete sich zugleich und immer mehr gegen die Unterdrückung durch das SED-Regime.

„Kampf gegen die erhöhten Normen“, riefen die Arbeiter. Und: „Wir wollen frei sein. Wir fordern freie und geheime Wahlen!“

Rede von Bundeskanzler a.D.
Helmut Kohl



auf dem 15. Parteitag
der CDU in Frankfurt
am Main am 17. Juni

Wir bewundern den Mut unserer Landsleute, die damals für die Freiheit auf die Straße gingen und dafür ihr Leben riskierten. Vergessen wir nicht: Bei der Niederschlagung des friedlichen Aufstands fanden in der DDR nach bisherigen Erkenntnissen bis zu 125 Menschen den Tod, 68 wurden standrechtlich erschossen. Über 7.600 Personen wurden verhaftet, darunter fast ein Drittel Volkspolizisten und SED-

Funktionäre, die sich auf die Seite der Demonstranten gestellt hatten.

Die Vorgänge in der DDR wurden von der Weltöffentlichkeit, nicht zuletzt in Moskau und in Washington, mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Für das Ansehen der SED-Führung war der Aufstand eine Katastrophe.

Unter dem Eindruck dieser aufrüttelnden Ereignisse in der DDR wurde der 17. Juni am 4. August 1953 zum „Tag der deutschen Einheit“ bestimmt. In dem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz heißt es:

„Am 17. Juni 1953 hat das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden.“

Viele von uns, auch ich, haben uns all die Jahre in besonderer Weise an den Volksaufstand erinnert. Wir gedachten oft der Opfer an

der Gedenkstätte auf dem Friedhof in Berlin-Wedding.

Und wir alle haben dann erlebt, wie genau vor einem Jahr der mit Stimmen der PDS gewählte neue Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, dort einen Kranz niederlegte.

Eine Schande, dass die Berliner SPD mit Billigung Schröders mit der PDS eine Koalition eingegangen ist

Unvergessen sind mir die Fernsehbilder von wütenden und verzweifelten Protesten der Angehörigen der Opfer. Sie riefen „Verrat“ und „SPD gleich PDS“.

Sie hatten Recht! Denn es ist eine Schande, dass jetzt die Berliner SPD mit Billigung der Bundes-SPD und ihres Vorsitzenden Gerhard Schröder mit der PDS eine Koalition eingegangen ist. Diese PDS ist die direkte Nachfolgerin jener SED, die für die blutige Niederschlagung des Aufstandes von 1953 verantwortlich ist.

Damals, 1953, waren sich alle einig: Es durfte und konnte keine Zusammenarbeit mit den Kommunisten geben. Das war unter Kurt Schumacher so, das war auch unter Willi Brandt so. Doch Gerhard Schröder hat

diesen Konsens aufgekündigt!

Es ist ein Verrat an unserer Geschichte, wenn die SPD jetzt die SED-Nachfolgeorganisation hofiert, als hätte es Mauer und Stacheldraht in Deutschland nie gegeben! Die SPD scheint auch vergessen zu haben, dass die Willkürjustiz der SED rund 200.000 unserer Landsleute in die Gefängniszellen der Staatssicherheit brachte.

Die Sehnsucht der Männer und Frauen des 17. Juni nach Freiheit und Selbstbestimmung konnte das totalitäre SED-Regime auf Dauer nicht auslöschen.

Das bewiesen die Menschen in der DDR 36 Jahre später bei ihren großen Demonstrationen im Herbst 1989. Auch sie waren ein Aufbegehren gegen die Unterdrückung durch den totalitären SED-Staatsapparat.

Zu Hunderttausenden gingen Männer und Frauen in Leipzig, Dresden und an vielen anderen Orten unter großem persönlichen Risiko auf die Straße, um für die Freiheit einzutreten. Sie riefen erst: „Wir sind das Volk!“ Doch dann wurde der Ruf immer lauter: „Wir sind ein Volk!“

Anders als 1953 gelang es ihnen diesmal, die Macht des SED-Staates zu erschütt-

tern und schließlich zum Einsturz zu bringen. Der Mut und die Taten unserer ostdeutschen Landsleute zählen zu den besten Kapiteln deutscher Geschichte.

Dass die Wiedervereinigung unseres Vaterlands gelang, verdanken wir der Hilfe und Unterstützung, die uns aus dem Ausland zuteil wurde:

Vergleichbares hat es in der europäische Geschichte nicht gegeben

Ich denke an den Mut und die Weitsicht Michael Gorbatjows. Ich denke an die Freundschaft von George Bush, ohne den die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen wäre. Ich nenne die ungarische Regierung, die im Sommer 1989 ihre Grenzen öffnete. Zu den Wegbereitern der friedlichen Revolution gehörte aber auch die Solidarnosc-Bewegung in Polen. Sie sprengte zuerst die Ketten der Diktatur. Wir vergessen auch nicht den wichtigen Anteil des polnischen Papstes am Umbruch in Deutschland und Europa.

Es gelang uns innerhalb nur weniger Monate, die Deutsche Einheit mit Zustimmung all unserer Nachbarn zu verwirklichen. Dar-

auf bin ich besonders stolz! Vergleichbares hat es in der europäischen Geschichte nicht gegeben!

Aber weite Teile der politischen Linken wollten von der Wiedervereinigung nichts wissen. Noch im August 1987 hatten die Sozialdemokraten mit der SED ein sogenanntes „Grundwertepapier“ verabschiedet. Statt auf das Verfassungsgebot der deutschen Einheit zu verweisen, wurde in diesem Papier betont, beide Seiten sollten sich „auf einen langen Zeitraum“ einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssten.

■ Diesem Denken verhaftet meinte Gerhard Schröder am 12. Juni 1989, also fünf Monate vor dem Fall der Mauer:

„Nach vierzig Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“

■ Die Leitfigur der Grünen, Joschka Fischer, meinte am 27. Juli 1989, drei Wochen, bevor die Ungarn am 19. August den Eisernen Vorhang in Sopron zerschnitten:

„Die Forderung nach der Wiedervereinigung halte ich für eine gefähr-

liche Illusion. Wir sollten das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes streichen.“

■ Und noch im Herbst 1989 sagte der heutige Außenminister:

„Vergessen wir die Wiedervereinigung, halten wir die nächsten 20 Jahre die Schnauze darüber.“

■ Ja, hätte er sie doch gehalten!

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich habe noch ein anderes Ereignis in Erinnerung. Und ich möchte nicht, dass es in Vergessenheit gerät:

Bis zum Ende der DDR wurden in Salzgitter 40.000 Straftaten gemeldet

Alle Bundesländer hatten im November 1961 in Salzgitter die „Zentrale Erfassungsstelle“ eingerichtet. Der Sinn dieser Behörde war es, beweiskräftige Unterlagen über Menschenrechtsverletzungen und Straftaten des SED-Unrechtsregimes zu sammeln. Bis zum Ende der DDR wurden hier 40.000 Straftaten gemeldet.

Wir wissen von damaligen Häftlingen der DDR-Gefängnisse: Allein der

Hinweis, in Salzgitter würden die Schikanen und Quälereien dokumentiert, führte bei manchen Gefangniswärtern gelegentlich zu gewisser Vorsicht.

Erich Honecker hatte mich immer wieder auf die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter angesprochen und deren Auflösung gefordert. Denn er wusste: Im Stasi-Apparat ging die Angst umher, man könnte möglicherweise später wegen Verletzung der Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden.

Deshalb bleibt es bis heute eine Schande, wie sich in diesem Zusammenhang die Ministerpräsidenten der SPD – allen voran das Land Nordrhein-Westfalen unter Johannes Rau – verhielten. Denn sie hatten in den Jahren 1988 und 1989 beschlossen, ihre finanzielle Unterstützung für die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter einzustellen. Dabei hatten alle Bundesländer zusammen nur den lächerlichen Betrag von 250.000 D-Mark aufzubringen. Der Anteil Nordrhein-Westfalens belief sich gerade mal auf 56.000 DM!

Den SPD-Ländern ging es beim Streichen ihrer Mittel nicht darum, Geld zu sparen, sondern darum, Erich

Honecker gefällig zu sein.

Im Unterschied zu vielen Sozialdemokraten und den meisten Grünen hat sich die Union seit ihrer Gründung als die Partei der Deutschen Einheit verstanden. Wir haben dieses Verfassungsziel nie aufgegeben.

Als Erich Honecker im September 1987 zu einem Staatsbesuches in Bonn weilte, sagte ich ihm in einer Rede, die auch in der DDR direkt übertragen wurde, in aller Deutlichkeit:

„Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zu Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Die Präambel will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Wir alle wussten nicht, wann die Deutsche Einheit kommen würde. Aber ich war immer davon überzeugt, dass sie kommen wird! Vor 12 Jahren ist sie Wirklichkeit geworden.

Der 9. November 1989 und der 3. Oktober 1990 zählen zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte unseres Landes. Bei der Herstellung der Einheit Deutschlands sind wir im letzten Jahrzehnt weit vorangekom-

men. Es ist Gewaltiges geleistet worden.

Es sind aber auch Fehler gemacht worden. Wir haben nicht überall das erreicht, was wir uns erhofft hatten. Doch wer heute mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer fährt, wird feststellen: Was dort in den letzten zwölf Jahren geschaffen wurde, ist ein riesiger Fortschritt.

Mit großem Einsatz, Fleiß und Kreativität sind blühende Landschaften geschaffen worden.

■ Ohne europäische Integration hätte es keine Deutsche Einheit gegeben

Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist erreicht. Jetzt geht es um die Vereinigung Europas. Das Geschenk der Einheit verpflichtet uns dazu. Ohne die Politik der europäischen Integration, die seit Konrad Adenauer immer die Politik der Union gewesen ist, hätte es keine Deutsche Einheit gegeben. Es hätte sie auch nicht gegeben ohne die Aussöhnung mit unseren Nachbarn und ohne die Abkehr von der nationalstaatlichen Machtpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die Deutsche Einheit und die europäische Eini-

gung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Bis zur Europäischen Union mit den Verträgen von Maastricht war es ein langer, teils auch von Enttäuschungen begleiteter Weg. Oftmals mussten wir uns gegen Kleinmut und Ängstlichkeit wehren.

Doch aus der 1957 geschaffenen Europäischen Gemeinschaft mit sechs Mitgliedern ist eine Europäische Union von 15 Staaten geworden. In zwölf von ihnen wird jetzt mit einer einheitlichen Währung gezahlt. Damit hat eine neue Epoche in der Geschichte der Europäischen Union begonnen. Für mich war die Entscheidung für den Euro von größter Wichtigkeit. Denn durch die gemeinsame Währung wird die europäische Einigung unumkehrbar gemacht. Der Euro wird zu einem Identifikationsmerkmal Europas werden, zu einem sichtbaren Zeichen der Zusammengehörigkeit. Ich bin sicher: Der Euro wird neben dem Dollar und vor dem Yen zur wichtigsten Währung der Welt werden.

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist vollen-det. Nun gilt es, die Politische Union voranzutreiben!

Gerade die barbarischen Terrorakte vom 11. September letzten Jahres in Ame-

rika haben deutlich gemacht: Europa muss in allen Bereichen, vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik sowie bei der inneren Sicherheit, noch enger zusammenarbeiten. Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik hat dann Gewicht, wenn sie geschlossen vertreten wird.

Die zweite große Herausforderung ist die Erweiterung der Europäischen Union. Die Europäische Einigung bliebe ein Torso, wenn nur Westeuropa dazugehörte. Die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas sind Teil unserer Kultur!

Es ist eine große Heuchelei, wenn jetzt gesagt wird, man müsse sich bei der Aufnahme weiterer Länder Zeit lassen. Das Gegenteil ist zu tun: Es darf keine Zeit verloren werden!

Die Vielfalt Europas ist seine Stärke. Jedes Land hat seine Besonderheit. Gerade darin leistet es einen wichtigen Beitrag für das Zusammenwirken Europas.

Die Bedeutung eines Mitgliedslandes lässt sich nicht allein an der Einwohnerzahl messen. Mit Mitterrand war ich immer der Auffassung: Mehr noch als das Kriterium der Quantität gilt das der Qualität!

Zur Politik der europäischen Integration gibt es



keine verantwortbare Alternative. Diese Politik hat – in Verbindung mit der transatlantischen Partnerschaft – vor allem eines erreicht: Wir leben heute in der Mitte Europas in der längsten Friedensperiode der deutschen Geschichte überhaupt.

■ Wir müssen um jede Stimme kämpfen

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, vor uns liegen gewaltige Aufgaben. Wenn wir sie mutig angehen, dann werden wir die Zukunft meistern. In der jetzt 53-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben wir 36 Jahre lang die Regierungsverantwortung getragen. Bei allem Auf

und Ab der deutschen Geschichte waren das gute Jahre! Darauf dürfen wir als Union stolz sein!

In 97 Tagen ist Bundestagswahl. Wir als Union haben alle Chancen, die Regierungsverantwortung wieder zu übernehmen. Die CDU/CSU ist dazu bereit. Wir haben mit Edmund Stoiber einen hervorragenden Kanzlerkandidaten. Er hat in seiner bisherigen Verantwortung gezeigt, dass er mit großem Erfolg regieren kann.

Ich selbst werde im September dieses Jahres nach 44 Jahren aus dem Parlament ausscheiden. Ich konnte in dieser Zeit manches erreichen. Aber was ich geschafft habe, konnte ich nur mit Unterstützung meiner Partei und vieler Freunde schaffen.

Ich danke herzlich all denjenigen, die mir in den 44 Jahren Vertrauen entgegen gebracht und geholfen haben.

Ich bitte Sie, dieses Vertrauen und diese Unterstützung auch unserer Vorsitzenden Angela Merkel und unserem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber entgegenzubringen.

Es ist wichtig ist, dass wir geschlossen in den Wahlkampf ziehen. Wir müssen um jede Stimme kämpfen! **UID**

DIE WELT
 UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DER DIENER MORG
Geglückt

Vom Frankfurter Wahlparteitag der CDU sollte ein Signal ausgehen. Gedacht war es für die Union, die sich in ihrer wachsenden Zuversicht einen weiteren Motivationsschub geben wollte. Dies ist mit der nahezu fulminanten Rede des Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber ohne Zweifel gelungen. Noch deutlicher aber war das Signal von Frankfurt eigentlich für Gerhard Schröder und die SPD. Im Kanzleramt, in der Kampa und im Willy-Brandt-Haus müssen die Alarmsirenen geheult haben. Jetzt sind es noch 95 Tage bis zur Bundestagswahl. Um es klar und deutlich zu sagen: Wenn Schröder in den nächsten zwei bis vier Wochen aus seinem Gelegenheitswahlkampf nicht eine wirkliche Kampagne macht, dann wird die Union die Wahl am 22. September gewinnen.

Süddeutsche Zeitung

Geschlossen

CDU und CSU agieren heute konsequenter wie eine einheitliche Partei als je zuvor in ihrer Geschichte. Diese Botschaft sollte der CDU-Par-

Es herrscht wieder Wechselstimmung im Land

teitag in Frankfurt übermitteln – und er hat es getan. Zu verdanken haben die C-Parteien ihre neu errungene Einheit vor allem Angela Merkel. Damit ist zugleich das gute Abschneiden der Union in den Wählerumfragen auf die CDU-Parteichefin zurückzuführen. Denn ohne Geschlossenheit würden die beiden Parteien nicht so klar vorder SPD liegen, gegen die sie zuvor so deutlich verloren haben. Financial Times

Kampfkärtig

Wahlkämpfe sind durchaus mit einem mitreißenden Spiel bei der Fußballweltmeisterschaft zu vergleichen: Entscheidend für den Sieg sind letztlich mannschaftliche Geschlossenheit, Kampfkraft und Durchhaltevermögen. Die CDU kann in der gegenwärtigen Phase des Wahlkampfes mit allen diesen Erfolgsattributen punkten. Kanzlerkandidat Edmund Stoiber ist umstritten, die gezeigte Disziplin reicht aus, um den Eindruck von Geschlossenheit zu vermitteln. In den Meinungsumfragen liegt die Union weiterhin klar vor Gerhard Schröders SPD. Es gibt folglich für die Union gute Gründe, mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Handelsblatt

Selbstbewußt

Wenn Edmund Stoiber vor den rund 1000 Delegierten das Wort ergreift, wird er nur noch offene Türen eintreten und seinen Anhän-

NEUJ POSTERNKUR

Gründungsjahr 1907

MÜRTSCHE

gern nichts einreden müssen, was sie nicht längst selbst wüssten oder empfanden: Die CDU zeigt sich auf ihrem Parteitag geschlossen, sie zeigt sich kampfbereit, selbstbewusst und optimistisch. Angela Merkel hat mit einer kämpferischen Rede, die ihren Führungsanspruch in der eigenen Partei ebenso zur Geltung brachte wie den Regierungsanspruch der Union, offenbar genau den richtigen Ton getroffen.

General-Anzeiger, Bonn

Zuversichtlich

Die CDU birst vor Zuversicht, und sie hat allen Grund dazu. Bedanken darf sie sich dafür bei der SPD und Angela Merkel. Die rot-grüne Bundesregierung hat durch eigene Fehler mächtig dazu beigetragen, dass im Lande wieder Wechselstimmung herrscht. Doch dass die Union in der Lage scheint, sich diese Stimmung nutzbar zu machen, ist vor allem Angelas Merkels Verdienst. Die Parteivorsitzende hießt eine kämpferische, anfeuernde,

aber auch lange Rede. Die Delegierten des CDU-Bundesparteitags in Frankfurt wurden nicht etwa schlafrieger, je länger die Rede währt, sondern aufmerksamer. Dann brachen sie in Beifall aus. Bravo-Rufe wurden laut. Die Delegierten feierten Angela Merkel.

Westdeutsche Allgemeine

Führungsstark

Die Schlüsselszene des CDU-Wahlparteitags: Kohl applaudiert stehend der Parteivorsitzenden Merkel. Kohls Applaus galt einer starken Vorsitzenden. Sie hatte nicht nur die Souveränität, einen Schlussstrich zu ziehen, sondern sie hat die Kraft, die Partei zu führen. Ihre Rede ließ kein Thema aus. Mit dem Kanzlerkandidaten verbindet sie das Gespür für die Ausgewogenheit von Forderungen und Angeboten, von Reformplänen und Zusagen an die „kleinen Leute“, die von Modernisierung allenfalls um drei Ecken profitieren. Frau Merkel wirbt um alle Wähler, und sie wird jedem

in die Parade fahren, der lediglich eine Klientel bedienen will und die Wahlchancen mindert.

Frankfurter Allgemeine

So viel Union wie heute hat es bei CDU und CSU noch nie gegeben

Dies war der Tag der Angela Merkel. Voller Kampfeslust, mit Witz und Ironie stimmte sie den CDU-Parteitag auf die heiße Phase des Wahlkampfs ein. Die Delegierten erlebten eine Vorsitzende, die selbstbewusst ihren Part als Speerspitze der Union übernahm. Die Reaktion der Delegierten, „überhaupt das Echo auf dem Kongress, bewies, dass Angela Merkel endgültig ihren Platz in der Mitte des Partei gefunden hat. Dass sie nun auf dem Parteitag ohne Schönfärberei erklären konnte, so viel Union wie heute habe es bei CDU und CSU noch nie gegeben, ist vor allem ihr Verdienst. Die Ostdeutsche Seite an Seite mit dem Bayern – das ist eine Konstellation, mit der die Union wuchern kann.“ NOZ

Die „7 Gründe, CDU zu wählen“
gibt es auch als Flugblatt, das per
E-Mail versendet wird und im
Mitgliedernetz abrufbar ist.

7 Gründe, CDU zu wählen.

Zeit für Taten.



Leistung und Sicherheit

1. Wir stehen für kraftvollen Aufschwung.

- Wir schaffen Wirtschaftswachstum und führen Deutschland wieder nach vorne in Europa. Schlüssel dazu ist der Mittelstand.
- Wir führen die "400-Euro-Jobs" ein – für Arbeitnehmer steuerfrei. Damit Nebenjobs sich wieder rechnen.
- Wir werden sicherstellen, dass auch einfache Jobs wieder mehr Geld einbringen als Sozialleistungen. Wer arbeitet, soll mehr Geld in der Tasche haben als wenn er nicht arbeitet.
- Wir öffnen den Arbeitsmarkt und beseitigen unsinnige Bürokratie. So machen wir es leichter, Jobs zu schaffen – und Jobs zu finden.
- Wir werden Arbeitslose fördern und fordern. Wer arbeiten will, wird fit gemacht für eine neue Stelle. Wer arbeitslos ist und arbeiten kann, bekommt nur dann Hilfe vom Staat, wenn er sich aktiv um eine Stelle bemüht.

- Wir geben dem Aufbau Ost neuen Schwung – durch schnellere Verfahren und gezielte Investitionen in bessere Verkehrsverbindungen.

2. Wir stehen für bessere Bildung.

- Wir schaffen mehr Qualität und Leistung in unserem Bildungssystem: mit vergleichbaren Abschlüssen an den Schulen und mehr Wettbewerb an den Hochschulen.
- Wir schaffen optimale Bedingungen für Forschung und Wissenschaft – für mehr Innovation made in Germany.

3. Wir stehen für gerechte Steuern.

- Wir senken die Steuern – vor allem für Normalverdiener. Leistung muss sich wieder lohnen. Und wir sorgen dafür, dass jeder seine Steuererklärung wieder selbst machen kann.
- Wir stoppen die weitere Erhöhung der unsinnigen "Öko"-Steuer.

Leistung und Sicherheit**4. Wir stehen für mehr Sicherheit.**

- Wir sind für "Null Toleranz" gegenüber Verbrechen und konsequente Bekämpfung des Terrors.
- Wir werden Zuwanderung im Interesse unseres Landes steuern und begrenzen. Wir wollen Zuwanderer besser integrieren.

5. Wir stehen für den stabilen Sozialstaat.

- Wir werden das Vertrauen in die Altersvorsorge wieder herstellen. Wir machen eine verlässliche Rentenpolitik und fördern die private Vorsorge aller Bürger.
- Wir sorgen für bezahlbare Gesundheit - und machen Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland. Dabei setzen wir auf mehr Wettbewerb unter den Krankenversicherungen.

Klappkarte: 7 Gründe, CDU zu wählen

Best.-Nr.: 9937 • 100 Expl.: 6,90 € (7,38 €)

Kurzfassung



Zeit für Taten.

CDU
BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
 – IS-Versandzentrum –
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Broschüre (Kurzfassung)**Regierungsprogramm 2002 – 2006**

Best.-Nr.: 5933

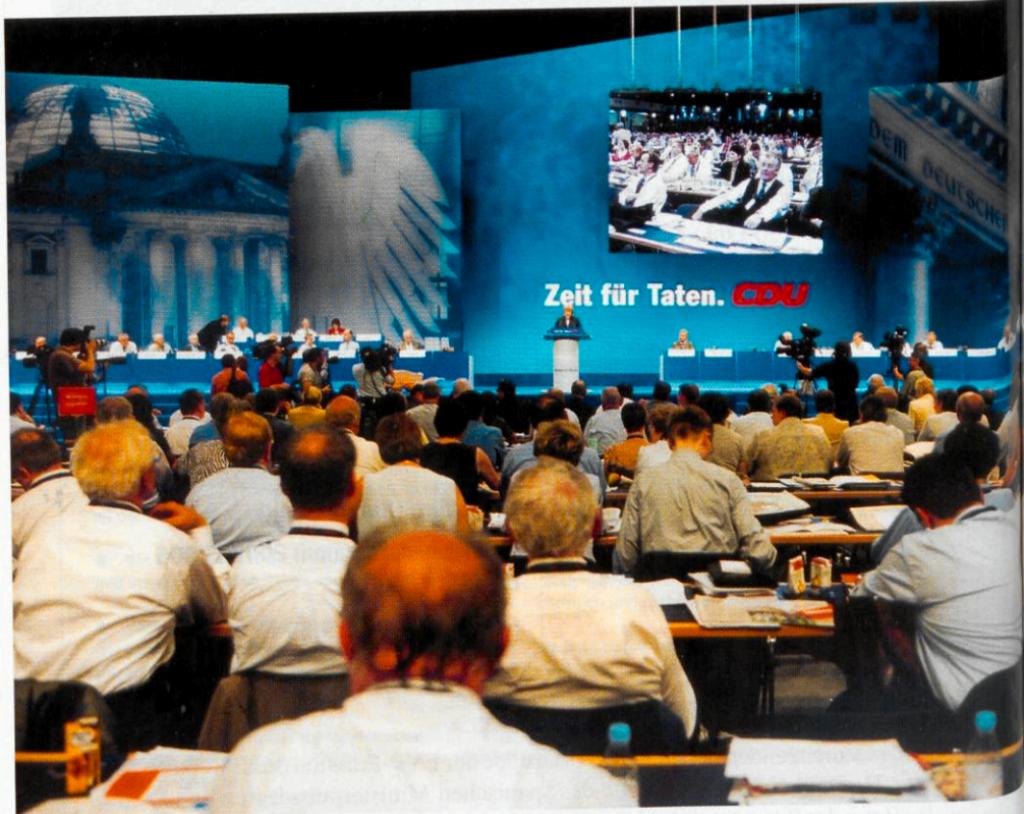
50 Expl.: 9,00 € (9,63 €)

In der nächsten Ausgabe UiD 20/2002:

- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer ■ Rede des spanischen Ministerpräsidenten und Präsidenten des Rates der Europäischen Union, José María Aznar Lopez ■ Grußworte des Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens, und des Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering ■ Aus den Beiträgen der Mitglieder des Kompetenzteams Lothar Späth Annette Schavan und Wolfgang Schäuble ■ Dokumentation: Regierungsprogramm 2002–2006, Kurzfassung

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.